

Der Ersparniswert in der Enteignung von Grundstücken eines Bergbautreibenden

(nach dem Recht der in der Bundesrepublik gelegenen Teile des
Landes Preußen).

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Rechte durch die
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

vorgelegt von

Hans-Peter Klein

aus Castrop-Rauxel

Jahr 1968

1. Berichterstatter: Prof. Dr. Boldt

2. Berichterstatter: Prof. Dr. Westermann

Dekan: Prof. Dr. Schelsky

Tag der mündlichen Prüfung: 21. Juni 1963

Der Ersparniswert in der Enteignung von Grundstücken eines Bergbautreibenden

(nach dem Recht der in der Bundesrepublik gelegenen Teile des
Landes Preußen).

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Rechte durch die
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

vorgelegt von

Hans-Peter Klein

aus Castrop-Rauxel

Jahr 1964



Inhaltsverzeichnis

Der Ersparniswert in der Enteignung von Grundstücken eines Bergbautreibenden	1
I. Teil: Das Problem der Arbeit	1
1. Kapitel: Begriffsbestimmungen	1
A) Der Ersparniswert	1
I. Definition	1
II. Erläuterung anhand eines Grundfalles	1
B) Die Enteignung als Entziehung	2
I. des Eigentums am Grundstück	2
II. bestimmter dinglicher Grundstücksrechte	3
III. bestimmter obligatorischer Rechte	5
C) Bergbautreibender	6
2. Kapitel: Die wirtschaftliche Bedeutung des Problems	6
A) Der Gesamtgrundbesitz des Steinkohlenbergbaus im Verhältnis zu der Gesamtberechtsame	6
B) Grundbesitz und Berechtsame der einzelnen Bergbautreibenden	6
C) Betrachtung der genannten Zahlen	9
3. Kapitel: Der Einwand von Isay	9
A) Die Ausführungen Isays	9
B) Kritik dieser Ansicht	10
I. § 150 ABG und seine Stellung im Gesetz	10
II. Rechtsprechung zu	
1) dem Begriff der drohenden Gefahr	10
2) der gewöhnlichen Aufmerksamkeit	11
III. Die prozessuale Seite	11
IV. § 150 ABG gegenüber öffentlichen Verkehrsanstalten	11
C) § 150 ABG in seiner tatsächlichen Bedeutung	11
II. Teil: Die Behandlung des Ersparniswertes nach den einzelnen Gesetzen	12
I. Abschnitt: Das preußische Enteignungsgesetz	12
1. Unterabschnitt: Enteignung durch andere Unternehmen als öffentliche Verkehrsanstalten	12

4. Kapitel: Entziehung und Beschränkung eines dem Bergbautreibenden gehörenden Grundstücks; Ausmaß der Entschädigung . . .	12
A) Gesetz, Rechtsprechung und Literatur zur Frage des Ausmaßes der Entschädigung	12
B) Grundsätzlicher Ersatz des Ersparniswertes als eines subjektiven Wertes	13
C) Der Ersparniswert als Ertragswert	14
I. Die Ansicht Heinemanns	14
II. Die Entscheidung des Landgerichts Essen vom 20. 6. 1929 . .	15
III. Kritik Heinemanns	15
IV. Eigene Meinung	15
D) Der Ersparniswert neben den anderen Werten des Grundstücks	19
I. Ersparniswert und Verkaufswert	19
II. Ersparniswert und sonstige Bestandteile des Ertragswertes .	19
E) Der Schutz gegen Mißbrauch	20
I. Nichtersatz des Ersparniswertes bei Erwerb in Kenntnis der bevorstehenden Enteignung	20
II. Beweislastverteilung für den Fall eines Mißbrauchs	20
III. Die Rechtsgrundlagen dieser Regelung	21
5. Kapitel: Entziehung und Beschränkung eines dem Bergbautreibenden gehörenden Grundstücks; Art der Entschädigung . . .	22
A) Entschädigung in Geld	22
I. Einmalige Abfindung bei der Enteignung	22
II. Festsetzung der Entschädigung zu einem späteren Zeitpunkt	25
B) Erklärung eines Bergschädenverzichts	27
I. Vereinbarung zwischen den Parteien	28
II. Bergschädenverzicht als Entschädigung	28
III. Auferlegung eines Bergschädenverzichts im Planfeststellungsbeschluß	29
IV. Einfluß des Bergschädenverzichts auf die Entschädigung . .	33
V. Ergebnis	33
6. Kapitel: Enteignung eines Grundstücks, an dem der Bergbautreibende ein dingliches Recht besitzt	33
A) Die gesetzliche Entschädigungsregelung beim Erlöschen dinglicher Rechte	34

B) Ersparniswertersatz bei den einzelnen Rechten	34
I. Erbbaurecht	34
II. Grunddienstbarkeit	35
III. Beschränkte persönliche Dienstbarkeit	35
IV. Nießbrauch	35
V. Dingliches Vorkaufsrecht	36
C) Die Art des Ersatzes	36
D) Die Behandlung von Bergschädenverzicht in der Enteignung	36
7. Kapitel: Enteignung eines Grundstücks, an dem der Bergbautrei- bende ein obligatorisches Recht besitzt	37
A) Die gesetzliche Entschädigungsregelung beim Erlöschen obligatorischer Rechte	37
B) Ersparniswertersatz bei den einzelnen Rechten	37
I. Miete	37
II. Pacht	37
III. Schuldrechtliches Vorkaufsrecht	38
C) Die Art der Entschädigung	38
D) Das weitere Vorgehen	38
2. Unterabschnitt: Enteignung durch öffentliche Verkehrsanstalten . .	38
8. Kapitel: Die Rechtsprechung des Reichsgerichts und ihre Grundlagen	38
A) Der Begriff der öffentlichen Verkehrsanstalt	39
B) Die Begründung des Reichsgerichts für die Ablehnung des Ersparniswertersatzes bei der Enteignung zugunsten öffent- licher Verkehrsanstalten	39
C) Die Grundlagen der Entscheidung und ihre Vereinbarkeit mit dem ABG	40
D) Die Vereinbarkeit der §§ 153 f ABG mit dem Grundgesetz	41
I. Das Wesen der Enteignung nach der neueren Rechtsprechung	41
II. §§ 153 f ABG als Bestimmung der Grenzen und Schranken des Eigentums	42
9. Kapitel: Kritik der reichsgerichtlichen Rechtsprechung	43
A) Die logische Richtigkeit des Urteils RGZ 58, 157	43
I. Ist der Ersparniswertersatz eine Entschädigung für die gesetzliche Beschränkung des Bergbaus?	43

II. Müßte es im PrEG oder ABG besonders geregelt sein, wenn der Ersparniswert auch von Verkehrsanstalten ersetzt werden müßte?	43
III. Spricht die Möglichkeit mißbräuchlicher Ausnutzung gegen den Ersparniswertersatz?	44
IV. Stehen die §§ 153 f ABG dem Ersatz des Ersparniswertes entgegen?	46
B) Die reichsgerichtliche Rechtsprechung im Verhältnis zum Grundgesetz	47
I. Verfassungswidrigkeit wegen zu geringer Enteignungsschädigung	47
II. Verfassungswidrigkeit wegen Nichtzuerkennung eines Anspruches, der allen übrigen Grundeigentümern gewährt wird	49
III. Folgen der Verfassungswidrigkeit	52
C) Der Ersparniswertersatz in der Enteignung zugunsten öffentlicher Verkehrsanstalten	54
II. Abschnitt: Gesetze aus der Zeit vor dem Ende des ersten Weltkrieges	55
10. Kapitel: Das Allgemeine Berggesetz	55
A) Das Wesen der Grundabtretung im Gegensatz zur Enteignung	55
B) Der Ersatz des Ersparniswertes in der Grundabtretung	55
I. Grundfall	55
II. Der Ersparniswertersatz	56
C) Die Art des Ersatzes	56
I. Zahlung einer Geldsumme	56
II. Erklärung eines Bergschädenverzichts	57
D) Ergebnis	59
11. Kapitel: Das Bauflichtliniengesetz	59
A) Ersatz des Ersparniswertes	59
B) Art der Entschädigung	60
I. Geldersatz	60
II. Erklärung eines Bergschädenverzichts	60
III. Abschnitt: Gesetze aus der Zeit bis zum Ende des zweiten Weltkrieges	61

12. Kapitel: Verordnung zur Behebung der dringenden Wohnungsnot	61
A) Die gesetzlichen Bestimmungen über Enteignung und Entschädigung	61
B) Der Ersatz des Ersparniswertes	61
C) Art des Ersatzes	61
13. Kapitel: Energiewirtschaftsgesetz	62
A) Die gesetzliche Regelung	62
B) Art und Höhe der Entschädigung	63
14. Kapitel: Reichsheimstättengesetz	63
A) Die gesetzliche Enteignungsvorschrift	63
B) Enteignung für Heimstätten mit Nutzgärten	64
I. Höhe der Entschädigung	64
II. Art der Entschädigung	64
C) Enteignung für Heimstätten ohne Nutzgärten	64
IV. Abschnitt: Gesetze der Bundesrepublik	64
15. Kapitel: Das Baulandbeschaffungsgesetz	64
A) Ersatz des Ersparniswertes bei der Enteignung eines dem Bergbautreibenden gehörenden Grundstücks	65
I. Entschädigung wegen des durch die Enteignung eintretenden Rechtsverlustes	65
II. Entschädigung für andere Vermögensnachteile	65
III. Art der Entschädigung	67
B) Ersatz des Ersparniswertes bei der Beschränkung eines dem Bergbautreibenden gehörenden Grundstücks	69
I. Die gesetzliche Möglichkeit einer Beschränkung im Wege der Enteignung	69
II. Die Höhe der Entschädigung bei der Belastung mit einem Erbbaurecht	69
III. Die Art der Entschädigung	70
C) Die Behandlung des Ersparniswertes bei der Enteignung eines Grundstücks, das mit einer Bergschädenansprüche ausschließenden Grunddienstbarkeit zugunsten der Bergbautreibenden belastet ist	70
I. Das Schicksal der Dienstbarkeiten in der Enteignung nach dem BLBG	70
II. Die Entschädigung für untergehende Dienstbarkeiten	71

D) Zusammenfassung	71
16. Kapitel: Das Bundesbahngesetz	72
A) Der Ersatz des Ersparniswertes	72
B) Die Art des Ersatzes	72
17. Kapitel: Das Bundesfernstraßengesetz	72
A) Die Bedeutung des Gesetzes	72
B) Das Maß der Entschädigung	73
C) Art des Ersatzes	73
I. Entschädigung in Geld	73
II. Erklärung und Eintragung eines Bergschädenverzichtes	73
18. Kapitel: Landbeschaffungs-, Schutzbereichs- und Kriegsfolgengesetz	75
A) Das Landbeschaffungsgesetz	75
I. Höhe der Entschädigung	75
II. Art des Ersatzes	76
B) Das Schutzbereichsgesetz	77
C) Das Allgemeine Kriegsfolgengesetz	77
19. Kapitel: Das Bundesbaugesetz	78
III. Teil: Das Ergebnis und seine Konsequenzen	79
20. Kapitel: Verbesserungen des gegenwärtigen Rechtszustandes de lege ferenda?	79
A) Zusammenfassung der Ergebnisse	79
B) Überlegungen de lege ferenda	80
I. Die Bedeutung	80
II. und die Notwendigkeit einer Gesetzesänderung	81
21. Kapitel: Folgerungen aus der Untersuchung für die Praxis	81
A) Die Kluft zwischen den gesetzlichen Möglichkeiten und der Rechtsprechung	81
I. Die grundsätzliche Anerkennung des Ersparniswertersatzes	81
II. Die Ablehnung des Ersparniswertersatzes in der Enteignung zugunsten öffentlicher Verkehrsanstalten	82
B) Der Vorschlag von Wecks	82
I. Ersparniswertersatz durch Belegung eigener Grundstücke mit Bergschädenverzichten	82
II. Die Entschädigung für eine Grunddienstbarkeit, die einen Bergschädenverzicht sichert	83
C) Ausblick	84

Literaturverzeichnis

I. Lehrbücher, Kommentare und Monographien

- | | |
|----------------------|---|
| Abraham u. a. | Kommentar zum Bonner Grundgesetz (Bonner Kommentar), Hamburg 1950 |
| Anschütz | Die Verfassungsurkunde für den preußischen Staat, Bd. I |
| Arndt | Allgemeines Berggesetz für die preußischen Staaten, 9. Aufl., Freiburg 1924 |
| Bähr-Langerhans | Das Gesetz über die Enteignung von Grundeigentum, 2. Aufl. |
| Bauch-Schmidt | Kommentar zum Landbeschaffungsgesetz und Schutzbereichsgesetz, Stuttgart 1957 |
| Biermann | Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Bd. III, 3. Aufl. Berlin 1914 |
| Boldt | Das Allgemeine Berggesetz und die bergrechtlichen Nebengesetze, 1.-3. Aufl. Münster 1948 |
| Brassert-Gottschalk | Das Allgemeine Berggesetz, 2. Aufl. Bonn 1914 |
| Dapprich | Leitfaden des Bergrechts, 4. Aufl. Essen 1955 |
| Dernburg | Preußisches Privatrecht Bd. I |
| Dieckmann | Das Fluchtliniengesetz, 1.-2. Aufl. Herford 1936 |
| Diester | Enteignung und Entschädigung nach altem und neuem Recht, 1953 |
| Dittus-Zinkahn | Baulandbeschaffungsgesetz, München-Berlin 1954 |
| Ebel | Preußisches Allgemeines Berggesetz mit Nebengesetzen, Berlin 1944 |
| Eger | Das Gesetz über die Enteignung von Grundeigentum, 3. Aufl. Breslau 1911 |
| Enneccerus-Nipperdey | Allgemeiner Teil des bürgerlichen Rechts, 1. Halbband, 14. Aufl. Tübingen 1952 |
| Erman | Handkommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 2. Aufl. Münster 1958 |
| Feaux de la Croix | Die Kriegsfolgenschlußgesetzgebung.
3. Lieferung: Kommentar zum Allgemeinen Kriegsfolgengesetz, Stuttgart 1958 |
| Förster-Eccius | Preußisches Privatrecht Bd. II |
| Forsthoff | Lehrbuch des Verwaltungsrechts, 6. Aufl. 1956 |
| Giese | Enteignung und Entschädigung, Tübingen 1950 |
| Hamann | Das Grundgesetz, Berlin 1956
Rechtsstaat und Wirtschaftslenkung, 1953 |

Haustein-Mayer	Bundesbahngesetz, 2. Aufl. Köln-Darmstadt 1952
Heinemann	Der Bergschaden auf der Grundlage des preußischen Rechts, 2. Aufl. Berlin 1954
Hopf	Enteignungsgesetz, Berlin 1911
Isay	Allgemeines Berggesetz für die Preußischen Staaten, Bd. II, Mannheim-Berlin-Leipzig 1920
Klostermann	Lehrbuch des Preußischen Bergrechts, Berlin 1871
Klostermann-Thielmann	Allgemeines Berggesetz, 6. Aufl. Berlin 1911
Koch	Allgemeines Landrecht, 8. Aufl.
Kodal-Gudat	Handbuch des Straßenbaurechts, München-Berlin 1954
Koffka	Kommentar zum Gesetz über die Enteignung von Grundeigentum, 2. Aufl. Berlin 1913
Lechner	Bundesverfassungsgerichtsgesetz, München-Berlin 1954
Lehmann	Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches, 7. Aufl. Berlin 1952
Loebell	Preußisches Enteignungsgesetz, Leipzig 1884
v. Mangoldt-Klein	Kommentar zum Grundgesetz, 2. Aufl.
Marschall	Bundesfernstraßengesetz, Köln-Berlin 1954
Müller-Erzbach	Das Bergrecht Preußens und des weiteren Deutschlands, Stuttgart 1917
Nawiasky	Allgemeine Staatslehre, II. Teil 2. Bd., Einsiedeln-Zürich-Köln 1955
Neufang	Grundstücksenteignungsrecht, Tübingen 1952
Neumann-Nipperdey-Scheuner	Die Grundrechte Bd. II, 1954
Palandt	Bürgerliches Gesetzbuch mit Nebengesetzen, 17. Aufl. Berlin-München 1958
Planck	Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch Bd. III, 4. Aufl. Berlin 1920
Rehbein-Reincke	Allgemeines Landrecht 5. Aufl. Berlin 1894
Reichsgerichtsräte	Das Bürgerliche Gesetzbuch unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts, 10. Aufl. Berlin 1953
Reinhard-Scheuner	Verfassungsschutz des Eigentums, Tübingen 1954
Reuß-Grotefend-Dapprich	Das Allgemeine Berggesetz, 10. Aufl. Köln-Berlin 1954

Saran	Baufluchtliniengesetz, 2. Aufl. Nachdruck Berlin 1954
Schlüter-Hense	Allgemeines Berggesetz für die Preußischen Staaten, 3. Aufl. Berlin 1913
Soergel	Bürgerliches Gesetzbuch, 8. Aufl. Stuttgart-Köln 1952
Stadler	Handbuch der Wohnungsbauförderung und des sozialen Wohnungsbaues, München-Berlin 1952
Staudinger	Kommentar zum BGB, Band I, Berlin 1957
v. Strauß und Torney-Saß	Straßen- und Baufluchtengesetz, 6. Aufl. Berlin-Leipzig 1920
Süsterhenn-Schäfer	Kommentar zur Verfassung von Rheinland-Pfalz, 1950
Uth	Zur Auslegung des § 150 des Allgemeinen Berggesetzes, Berlin 1907
Voelkel	Grundzüge des preußischen Bergrechts, 2. Aufl. Berlin 1924
Westermann	Lehrbuch des Sachenrechts, 3. Aufl. Karlsruhe 1956
Westhoff	Bergbau und Grundbesitz, 2 Bände, Berlin 1904-06
Wolff-Raiser	Sachenrecht, 10. Aufl. Tübingen 1957

II. Aufsätze, Gutachten und Dissertationen.

Barbrock	Der Verzicht auf den Bergschädenanspruch, Dissertation Münster 1954
Boldt	Grundbesitz und Bergschaden, ZfB 79, 339
Bundesjustizministerium	Gutachten vom 8. 8. 1954, 7010-32 349/54
Diester	Zwei dringende Fragen aus dem Bergschadenrecht, „Glückauf“ 1952, 254
Ehrenforth	Die Enteignungsentschädigung nach Art. 14 des Bonner Grundgesetzes, DVBl. 50, 266
Giese	Zur Frage der Enteignungsentschädigung nach dem Bonner Grundgesetz, NJW 50, 290 Enteignung ohne Ende, DRichtZ 53, 61
Grünebaum	Der Verzicht auf Ersatz künftiger Bergschäden, ZfB 71, 233
Haustein	Bergbau und öffentliche Verkehrsanstalt, DOV 56, 102

Heertz	Die dingliche Sicherung des Bergschädenverzichtsvertrages durch Eintragung einer Grunddienstbarkeit, Dissertation Frankfurt/M 1930
Hess-Heller-Deist	Gutachten über die Kosten- und Ertragslage des Westdeutschen Steinkohlenbergbaus, Essen 1949
Heinemann	Kann ein enteigneter Bergbaubesitzer eine Entschädigung für seine zukünftige Bergschadenlast geltend machen? JW 28, 2003 Der Bergschadenverzicht, „Glückauf“ 1941, 399
Isay	Bergschadenansprüche des enteigneten Bergwerksbesitzers, JW 29, 313 Gutachten über die Rechtsbeziehungen zwischen Bergbau und öffentlichen Verkehrsanstalten vom 16. 9. 1954, abgedruckt in „Glückauf“ 1954, 1519
Kirchhoff	Die Enteignungsentschädigung in der Bodenreform, RdL 51, 315
Lampe	Urteilsbesprechung, DR 40, 2021
Müller-Erzbach	Die Bergschadenshaftung des Bergbautreibenden gegenüber öffentlichen Verkehrsanstalten, ZfB 69, 515
Niemeyer	Urteilsbesprechung, JW 30, 3787
Pagenkopf	Freiheit und Bindung des Eigentums, NJW 52, 1193
Rinck	Formen und verfassungsmäßige Grenzen der Bewirtschaftung, MDR 52, 524
Schack	Das Maß der Enteignungsentschädigung, MDR 53, 195
Schulte	Eigentumsordnung und Bergschaden, ZfB 91, 297
Schultz	Enteignungsentschädigung nach dem Grundgesetz, BB 51, 12
Starck	Über das Verhältnis des Bergbaues zu öffentlichen Verkehrsanstalten, JW 14, 582
Voelkel	Die bergrechtliche Zwangsgrundabtretung, ZfB 51, 45
Wecks	Enteignung von Bergschadensverzichtsgelände — Alte Urteile und neue Gedankengänge, „Glückauf“ 1943, 463
Dittus	Briefpfandrechte in der Enteignung nach dem Baulandbeschaffungsgesetz, NJW 56, 609

Zeitschriften, Jahrbücher usw.

Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen

Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtshofes

Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen

Berg- und Hüttenmännische Zeitung „Glückauf“

Betriebsberater

Bundesgesetzblatt

Deutsche Bergwerkszeitung

Deutsches Recht

Deutsche Richterzeitung

Deutsches Verwaltungsblatt

Die öffentliche Verwaltung

Eisenbahnrechtliche Entscheidungen, herausgegeben von Eger

Gruchots Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts

Jahrbuch des deutschen Bergbaus, Jahrgang 1956

Juristische Wochenschrift

Monatsschrift für deutsches Recht

Neue juristische Wochenschrift

Recht der Landwirtschaft

Rechtsprechung, herausgegeben von Soergel

Reichsgesetzblatt

Sammlung der Entscheidungen des BGH, herausgegeben von Lindenmaier-Möhring

Die Welt, unabhängige Tageszeitung für Deutschland

Zeitschrift für Bergrecht

Verzeichnis der Abkürzungen

ABG	Allgemeines Berggesetz für die preußischen Staaten
AKG	Allgemeines Kriegsfolgendengesetz
BFluchtG	Straßen- und Baufluchtliniengesetz
BB	Betriebsberater
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BVG	Bundesverfassungsgericht
BVGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtshofes
BVGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
DBZ	Deutsche Bergwerkszeitung
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DR	Deutsches Recht
DRichtZ	Deutsche Richterzeitung
DVBL	Deutsches Verwaltungsblatt
EBE	Eisenbahnrechtliche Entscheidungen, herausgegeben von Eger
ErbbVO	Erbbaurechtsverordnung
FStrG	Bundesfernstraßengesetz
Gruchot	Gruchots Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts
„Glückauf“	Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift „Glückauf“
GG	Grundgesetz
GS	Gesetzessammlung
GZS	Großer Zivilsenat
JW	Juristische Wochenschrift
KG	Kammergericht
LBG	Landbeschaffungsgesetz
LG	Landgericht
LM	Sammlung der Entscheidungen des BGH, herausgegeben von Lindenmaier-Möhring
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht

NJW	Neue juristische Wochenschrift
OVG	Oberverwaltungsgericht
PrEG	Preußisches Enteignungsgesetz
RdL	Recht der Landwirtschaft
Reg. Präs.	Regierungspräsident
RekB	Rekursbescheid der Minister für Handel und Gewerbe sowie für Landwirtschaft, Domänen und Forsten
RFH	Reichsfinanzhof
RG	Reichsgericht
RGBI	Reichsgesetzblatt
RGRK	Reichsgerichtsrätekomentar
RGZ	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RLG	Reichsleistungsgesetz
RuW	Rechtsstaat und Wirtschaftslenkung
Scheuner	Scheuner in Reinhard-Scheuner
SoergelR	Rechtsprechung, herausgegeben von Soergel
Weber	Weber in Neumann-Nipperdey-Scheuner
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
WRV	Weimarer Reichsverfassung
ZfB	Zeitung für Bergrecht
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZustG	Zuständigkeitsgesetz

Der Ersparniswert in der Enteignung von Grundstücken eines Bergbautreibenden

(nach dem Recht der in der Bundesrepublik gelegenen Teile
des ehemaligen Landes Preußen).

I. Teil

Das Problem.

1. Kapitel

Begriffsbestimmungen.

Das Thema „Der Ersparniswert in der Enteignung von Grundstücken eines Bergbautreibenden“ enthält zwei Begriffe, die einer kurzen Definition bedürfen, der Ersparniswert deshalb, weil diese Bezeichnung weithin unbekannt ist, die Enteignung wegen der geschichtlichen Wandlungen in der Bedeutung dieses Wortes.

A) I. Das Wort „Ersparniswert“ stammt von Heinemann und wurde erstmalig in seinem 1928 veröffentlichten Aufsatz „Kann ein enteigneter Bergbaubesitzer eine Entschädigung für seine zukünftige Bergschadenlast geltend machen?“¹⁾ verwandt. Die Bedeutung des Wortes läßt sich kurz dahin erklären, daß der Ersparniswert der Wert ist, den ein Grundstück zusätzlich für seinen bergbautreibenden Eigentümer dadurch hat, daß er es von kostspieligen Bauten und Anlagen freihalten und sich damit vor Bergschädenansprüchen sichern kann.

II. Ein Grundfall möge diesen Satz näher verdeutlichen. Die Bergwerksgesellschaft X hat sich im Laufe der Zeit einen größeren Grundbesitz angeschafft, obwohl sie einen erheblichen Teil dieses Geländes nicht unmittelbar zu betrieblichen Zwecken benötigte. Sie ging bei dem Grundstückserwerb von der Überlegung aus, daß gerade in Städten und deren Umgebung jedes in fremder Hand befindliche Grundstück potentiell die Ursache hoher Bergschädenansprüche ist. Durch den Erwerb von möglichst viel Land wollte sich also die Gesellschaft davor schützen, daß ein großer Teil der Erdoberfläche über ihren Grubenfeldern mit kostspieligen Gebäuden und Anlagen bebaut wurde, die mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenso kostspielige Bergschädenansprüche auslösen würden, Ansprüche, deren Befriedigung im Laufe der Zeit einen höheren Betrag erreichen könnte, als ihn die einmalige Kaufpreiszahlung darstellte. Die Gesellschaft verpachtete dann den erworbenen Grundbesitz an Bauern oder ließ ihn sogar brachliegen mit dem Erfolg, daß die für den Kauf des Geländes angelegten

¹⁾ JW 28, 2003

Gelder sich bald durch niedrige Bergschädenziffern in den Bilanzen bezahlt machen. Ein Risiko gab es dabei nicht; denn der Grund und Boden konnte notfalls immer noch verkauft werden, wobei dann durch die Vereinbarung eines Bergschädenverzichtes mit dem Erwerber der mit dem ersten Kauf des Grundstückes bezweckte Erfolg auch erreicht wurde. Nun aber wird eines Tages das zur Vermeidung von Bergschädenansprüchen angeschaffte Gelände enteignet, und damit taucht die Frage auf, die Gegenstand dieser Untersuchung ist: Kann die Bergwerksgesellschaft Entschädigung auch dafür verlangen, daß der besondere Wert, den das Grundstück für sie hat, nunmehr durch die Enteignung verloren geht, weil der neue Eigentümer nun doch teure Bauten und Anlagen auf dem Gelände errichten wird, und wie ist gegebenenfalls die Entschädigung zu leisten, mit anderen Worten: Ist der Ersparniswert gesondert zu ersetzen, und wie hat das zu geschehen?

B) Enteignung im Sinne dieser Untersuchung kann also nur die Entziehung oder Beschränkung solcher Rechte durch staatlichen Hoheitsakt im öffentlichen Interesse sein, die einen Ersparniswert in sich tragen. In Betracht als Enteignungsobjekt kommt demnach jedes Recht, das dem Berechtigten gestattet, die Bebauung eines bestimmten Grundstücks, unter dem eigener Bergbau umgeht, zu verhindern bzw. zu regeln.

I. Ein solches Recht ist in erster Linie das Eigentum am Grundstück. Nach § 903 BGB kann der Eigentümer mit einer Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen, soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen. Das Eigentum an einem Grundstück verleiht also seinem Inhaber das Recht, das Gelände unbebaut zu halten und Bergschädenansprüche zu verhindern. Damit kann das Eigentum einen Ersparniswert beinhalten, aber es muß es nicht. Hat die Bergwerksgesellschaft z. B. ein vierstöckiges Haus auf einem ihr gehörigen Grundstück errichtet, so ist der Ersparniswert praktisch nicht mehr vorhanden, weil die infolge des Bergbaus eintretenden Schäden genau soviel kosten, wie wenn das Eigentum einem Dritten zustünde und dieser die Beseitigung der Bergschäden verlangte. Wird in einem solchen Falle die Enteignung durchgeführt, so ändert sich an der bisherigen Situation nur dann etwas, wenn der Enteigner z. B. ein sechsstöckiges Haus oder eine Fabrik oder eine Autobahn auf dem enteigneten Gelände errichten will. Dann besteht der Ersparniswert eben darin, daß das Eigentum dem Bergbautreibenden ermöglichte, den Bau noch teurerer Anlagen als seines vierstöckigen Hauses zu verhindern, und die Frage geht dahin, ob dann dieser Ersparniswert zu entschädigen ist. Dieses Beispiel zeigt, wie unterschiedlich der Begriff „Ersparniswert“ zu fassen ist. Man wird nie davon reden können, daß jedes Grundstück, welches einem Bergbautreibenden gehört, einen Ersparniswert besitzt; das ist vielmehr nur der Fall, wenn durch die Enteignung eine Verschlechterung der Vermögenslage eintritt, also die zukünftige Bergschadenslast höher sein wird als die Kosten, die die bisher durch den Bergbau an dem eigenen Grundstück erforderliche Schädenbeseitigung erreichte. Die hier zu treffende Feststellung lautet also: Das Eigentum an

einem Grundstück, unter dem der eigene Bergbau umgeht, kann einen Ersparniswert zur Folge haben.

II. Dasselbe gilt auch für einen Teil der dinglichen Rechte an einem Grundstück.

1) Das Erbbaurecht gibt seinem Inhaber nicht nur das Recht, auf oder unter der Oberfläche ein Bauwerk zu haben (§ 1 ErbbVO), sondern auch einen großen Teil der Rechte aus dem Eigentum (§ 11 Abs. 1 ErbbVO). Da das Erbbaurecht im Verkehr dem Eigentum sehr ähnlich erscheint²⁾, hat der Erbbauberechtigte auch das Recht aus § 903 BGB³⁾, jeden Dritten von der Anlage irgendwelcher Bauten auszuschließen, also zu verhindern, daß ein anderer Bergschädenansprüche erwirbt. Einen Ersparniswert wird das Erbbaurecht aber nur dann haben, wenn ein kleineres Bauwerk auf dem Grundstück errichtet ist — entsprechend den bei der Behandlung des Eigenangestellten Überlegungen. Grundsätzlich aber kann auch das Erbbaurecht an einem Grundstück, unter dem der eigene Bergbau umgeht, einen Ersparniswert haben.

2) Eine Grunddienstbarkeit an einem Grundstück, unter dem der eigene Bergbau umgeht, kann unter Umständen als einziger Wert einen Ersparniswert besitzen, (hier allerdings nicht im Sinne der Definition, nach der der Ersparniswert einen zusätzlichen Wert aufweist). Das ist dann der Fall, wenn ein Bergschädenverzicht des Grundeigentümers zugunsten des jeweiligen Bergwerkseigentümers dinglich gesichert ist. Die Eintragbarkeit eines Bergschädenverzichts als Grunddienstbarkeit wird in der neueren Rechtsprechung und Literatur überwiegend bejaht⁴⁾, jedenfalls stößt die Eintragung in der Praxis auf keine Schwierigkeiten. Der einzige Wert eines solchen Bergschädenverzichts ist der, Bergschäden einzusparen, er hat also auf jeden Fall einen (wenngleich nicht definitionsgetreuen) Ersparniswert. Aber auch andere Grunddienstbarkeiten können ihn haben, etwa eine des Inhalts, daß auf dem dienenden Grundstück kein oder kein wertvolles Gebäude errichtet oder keine besonders berggefährdete Anlage gebaut werden darf. Auf der anderen Seite gibt es auch zahlreiche Grunddienstbarkeiten, die keinen Ersparniswert besitzen, so daß auch hier nur einschränkend gesagt werden darf: Eine Grunddienstbarkeit kann unter gewissen Umständen einen Ersparniswert besitzen.

3) Für die beschränkte persönliche Dienstbarkeit, die dem Bergbautreibenden an einem Grundstück zusteht, unter dem sein eigener Abbau

²⁾ Staudinger § 11 ErbbVO Anm. 1

³⁾ Staudinger a. a. O. Anm. 4

⁴⁾ RGZ 119, 211; 130, 350; 166, 110; Barbrock S. 44 ff.; Wolff S. 396; Grünebaum ZfB 71, 233; JW 37, 2305; Planck § 1018 Anm. 2; Isay § 148 Anm. 2 b; Heinemann S. 113; Heertz S. 32; Erman § 1018 Anm. 6; a. A. RGRK § 1018 Anm. 4; Müller-Erbach S. 344; Biermann § 1018 Anm. 20; Klostermann-Thielmann § 148 Anm. 13

betrieben wird, gilt das für die Grunddienstbarkeit Ausgesagte entsprechend, da Grunddienstbarkeit und beschränkte persönliche Dienstbarkeit nur Spielarten einer Rechtsform sind⁵⁾ und denselben Inhalt, nur zugunsten verschiedener Gruppen von Berechtigten, haben können. Es ist heute nach herrschender Meinung auch zulässig, einen Bergschädenverzicht als beschränkte persönliche Dienstbarkeit eintragen zu lassen⁶⁾. Es ist also festzustellen, daß sowohl ein echter, d. h. zusätzlicher wie ein „unechter“ Ersparniswert bei der beschränkten persönlichen Dienstbarkeit vorhanden sein kann.

4) Von geringer praktischer Bedeutung ist die Frage, ob auch der Nießbrauch an einem Grundstück einen Ersparniswert besitzen kann. Es soll nur kurz darauf hingewiesen werden, daß der Nießbraucher gegenüber dem Eigentümer zur Nutzung und zum unmittelbaren Besitz⁷⁾berechtigt ist und infolgedessen — soweit nicht der dem Nießbrauch zugrundeliegende schuldrechtliche Vertrag etwas anderes bestimmt — verhindern kann, daß ein anderer das Grundstück nutzt und dort z. B. Gebäude errichtet, die Bergschädenansprüche heraufbeschwören können; denn auch Dritten gegenüber genießt der Nießbraucher Schutz wie ein Eigentümer (§ 1065 BGB). Hat also ein Bergbautreibender einen Nießbrauch an einem Grundstück, unter dem sein Bergbau umgeht, so kann sein Recht auch einen Ersparniswert haben.

5) Das dingliche Vorkaufsrecht hat nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen einen Ersparniswert. Grundsätzlich hindert es den derzeitigen Eigentümer rechtlich nicht, auf seinem Grundstück zu bauen, wie er will. Es sind jedoch Fälle denkbar, in denen der Vorkaufsberechtigte ein ganz besonderes Interesse daran hat, im Veräußerungsfalle selbst der Eigentümer des Grundstücks zu werden, dann nämlich, wenn er verhindern will, daß das Recht an einen Dritten übergeht. Besteht das Interesse darin, Dritte von einer Bebauung des Grundstücks abzuhalten, dann kann auch dem Vorkaufsrecht ein Ersparniswert zukommen. Zu Verdeutlichung möge folgender Fall dienen:

Der Eigentümer eines im Bergschädengebiet liegenden Geländes hat dem Bergbautreibenden ein dingliches Vorkaufsrecht für jeden Verkaufsfall bestellt. Der Eigentümer ist Bauer und nutzt das betreffende Grundstück zu landwirtschaftlichen Zwecken; aller Voraussicht nach wird er es nie mit Gebäuden oder anderen Anlagen bebauen. An dem Gelände hat aber ein angrenzendes Stahlwerk großes Interesse, weil es dort neue Produktionsstätten errichten möchte. Der Bergbautreibende muß nun zu verhindern suchen, daß der Landwirt seinen Acker an das Stahlwerk veräußert; denn die Anlagen des Stahlwerks oder eines ähnlich baulustigen Käufers würden weitaus höhere Bergschädenansprüche zur Folge haben als die

⁵⁾ Westermann S. 594

⁶⁾ Ebel § 148 Anm. 11; Barbrock S. 56; RGZ 119, 214; Palandt Vorbem. 1 c zu § 1018

⁷⁾ Westermann S. 579

Getreidefelder des Bauern. Das Vorkaufsrecht gibt dem Bergbautreibenden nun die Möglichkeit, den Verkauf des Geländes an einen für ihn gefährlichen Interessenten zu verhindern, indem er von dem Vorkaufsrecht Gebrauch macht.

In einem solchen Fall hat auch der dingliche Vorkaufsrecht einen Ersparniswert; das Beispiel zeigt, daß dafür aber besondere Umstände vorliegen müssen.

6) Die Reallast legt dem Eigentümer nur die Entrichtung wiederkehrender Leistungen auf, gibt dem Berechtigten aber nicht die Möglichkeit, die Bebauung des Grundstücks irgendwie zu beeinflussen. Trotz einer zugunsten des Bergbautreibenden eingetragenen Reallast kann der Eigentümer auf seinem Gelände kostspielige Gebäude errichten oder die Bebauung Dritten gestatten oder den Grund und Boden veräußern, so daß ein Ersparniswert hier nicht denkbar ist.

7) Ebenso können Hypotheken, Grund- und Rentenschulden keinen Ersparniswert haben, weil ein Inhaber solcher Rechte keinen Einfluß auf die Bebauung und Veräußerung des belasteten Grundstücks hat.

III. Schließlich bleibt noch die Frage offen, ob gewisse obligatorische Rechte einen Ersparniswert besitzen können. In Betracht kommen dafür Miete, Pacht und schuldrechtliches Vorkaufsrecht.

1) Hat ein Bergbautreibender ein Grundstück über seinen Grubenfeldern gemietet, so hat er einen Anspruch auf Gewährung des Gebrauchs des Grundstücks. Solange der Mietvertrag läuft, kann er verhindern, daß auf dem Grundstück durch den Eigentümer oder Dritte Gebäude errichtet werden, und notfalls vollen Schadenersatz verlangen. Bei einem unbebauten Grundstück wird ein Mietverhältnis also auch einen Ersparniswert haben können. Ist dagegen z. B. ein Haus gemietet, so treffen den Mieter, also den Bergbautreibenden, auch weiter hohe Bergschädenansprüche des Hauseigentümers. Sein Mietvertrag hat nur dann einen Ersparniswert, wenn er dadurch die Errichtung noch teurer Bauten verhindert. Immerhin ist also festzuhalten, daß auch ein Mietverhältnis unter Umständen einen Ersparniswert haben kann.

2) Das zur Miete Ausgeführte gilt entsprechend auch für die Pacht; denn diese gibt die Rechte des Mietvertrages und gewährt darüber hinaus noch den Fruchtgenuß⁸⁾, gestattet auch die Verhinderung der Bebauung, solange der Vertrag in Kraft ist. Demnach kann auch ein Pachtverhältnis an einem Grundstück für den Pächter, der darunter Bergbau treibt, einen Ersparniswert haben.

3) Schließlich ist es auch entsprechend den Ausführungen zu II E denkbar, daß unter gewissen Umständen sogar ein nur schuldrechtlich wirkendes Vorkaufsrecht einen Ersparniswert für den Bergbautreibenden aufweist.

⁸⁾ Erman Vorbem. 2 zu § 535

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, daß neben dem Eigentum auch beschränkte dingliche und sogar obligatorische Rechte an Grundstücken einen Ersparniswert haben können.

C) Zur Vervollständigung der vorgenommenen Begriffsbestimmungen soll noch angefügt werden, daß der „Bergbautreibende“ jeder Bergbauunternehmer ist, sei er bloßer Besitzer oder Eigentümer des Bergwerks. Der Pächter oder Nießbraucher eines Bergwerks kann allerdings nur dann einen Ersparniswertersatzanspruch erheben, wenn er selbst Eigentümer des enteigneten Grundstücks bzw. Inhaber eines Rechts an dem Grundstück ist.

Kurz zusammengefaßt geht es bei der folgenden Untersuchung also um die Frage, ob bei der Entziehung oder Beschränkung des Eigentums oder eines sonstigen Rechts an einem Grundstück, das dem Bergbautreibenden gehört oder an dem er sein Recht hat, der Bergschädenansprüche ausschließende besondere Wert ersetzt wird, und wie das zu geschehen hat.

2. Kapitel

Die wirtschaftliche Bedeutung des Problems.

Einige aus dem Jahrbuch^{a)} des deutschen Bergbaus entnommene Zahlen mögen die wirtschaftliche Bedeutung des hier angeschnittenen Problems verdeutlichen.

A) Besonders interessant ist das Verhältnis zwischen den Berechtigten des deutschen Steinkohlenbergbaus in der Bundesrepublik und seinem Grundbesitz. Einer Gesamtberechtigten von

402 335,2 ha

steht ein Grundbesitz von

50 937,3 ha

gegenüber. Unterstellt man, daß jede Bergwerksgesellschaft nur Gelände über ihren eigenen Feldern besitzt, was wegen des hohen Interesses an der Einsparung von Bergschädenansprüchen ziemlich weitgehend den Tatsachen entsprechen dürfte, dann kann man feststellen, daß der westdeutsche Steinkohlenbergbau insgesamt

12,66 %

des über seinem Abbaugelände liegenden Geländes besitzt.

B) Wie die nachfolgende Aufstellung beweist, liegen die Verhältnisse in einzelnen Fällen jedoch noch weit günstiger.

^{a)} Jg. 1956 S. 656

Grundbesitz der einzelnen Steinkohlenbergwerke im Verhältnis zu den Berechtsamen.

Bergwerksgesellschaft	Berechtsame in ha	Grundbesitz in ha	% (ca.)
A) Ruhrrevier			
Hibernia	31 029	4 250	14
Rheinelbe	4 380	1 005	23
Essener Steinkohlenbergwerke	10 129	3 224	32
Harpen	17 780	2 998	17
Ewald-König Ludwig	6 718	1 802	27
Rheinpreußen	10 252	2 507	24
Arenberg	4 801	3 160	66
Neue Hoffnung	98 821	2 145	2
Dortmunder Bergbau	10 531	900	9
Märkische Steinkohlengewerkschaft	15 222	1 710	11
Altenessener Bergwerks-AG	5 918	1 430	24
Mathias Stinnes	3 978	1 326	33
Hoesch	7 440	1 329	18
Klöckner-Bergbau Königsborn-Werne	8 384	1 076	13
Hansa	2 840	728	26
Graf Bismarck	1 778	540	30
Bochumer Bergbau	7 582	785	10
Klöckner-Bergbau Victor-Ickern	7 570	1 930	25
Friedrich Thyssen	4 684	857	18
Hamborner Bergbau	5 055	1 032	20
Constantin der Große	2 077	660	32
Friedrich-Heinrich	8 975	1 191	13
Lothringen	8 429	371	4
Walsum	6 057	1 470	24
Hannover-Hannibal	1 139	512	45
Essen-Rossenray	11 671	1 116	10
Minister Achenbach	3 887	492	13
Auguste Victoria	4 090	664	16

Bergwerksgesellschaft	Berechtsame in ha	Grundbesitz in ha	% (ca.)
Heinrich Robert	1 755	479	27
Friedrich der Große	2 380	346	15
Westfalen	13 350	310	2
Niederrheinische Bergwerks AG	7 037	291	4
Concordia	2 129	240	11
Heinrich	5 925	91	2
Diergardt-Mevissen	6 990	206	3
Emscher-Lippe	2 726	435	16
Erin	1 324	139	10
Graf Moltke	881	137	16
Dahlbusch	2 465	648	26
Victoria Mathias	630	281	45
Mansfeld	1 063	53	5
VEW	6 709	105	2
Carolinenglück	206	45	22
Langenbrahm	3 150	72	2
Klosterbusch	455	30	7
Wohlverwahrt	250	3	1
Ver. Gewalt und Gottvertraut	200	4	2
Aurora	722	5	1
B) Aachener Bezirk			
Eschweiler Bergwerksverein	15 334	2 098	14
Sophia Jacoba	1 890	501	27
Carl-Alexander	3 600	290	8
Carolus Magnus	2 080	211	10
C) Niedersächsischer Bezirk			
Preußag	95 760	520	0,5

Diese Aufstellung zeigt, daß es nicht weniger als 18 Steinkohlenbergwerksgesellschaften gibt, denen mehr als 20 % des Geländes über ihren Grubenfeldern gehört. Die Ungenauigkeiten, die bei dieser Rechnung dadurch entstanden sind, daß diese oder jene Zeche vielleicht auch Grundstücke außerhalb ihres Einwirkungsbereiches besitzt, werden dadurch zumindest ausgeglichen, daß die Aufstellung alle die Grundstücke nicht berücksichtigt, die vom Bergbautreibenden gepachtet oder mit einem Bergschädenverzicht zu seinen Gunsten belastet sind und deshalb auch einen Ersparniswert besitzen.

C) Wenn aber der Bergbau 12,66% des seinen Einwirkungen unterliegenden Geländes besitzt, dann hat er nach einer ganz groben und viele Faktoren außeracht lassenden Wahrscheinlichkeitsrechnung z. B. in den Jahren von 1924 bis 1948 zwar ca. 443 Millionen RM/DM für die Beseitigung von Bergschäden ausgegeben⁹⁾, aber auch rd. 64,2 Millionen RM/DM gespart, die er dann noch dazu hätte zahlen müssen, wenn er überhaupt kein Gelände besessen hätte. Diese Zahlen besitzen zwar keinen echten Beweiswert, da die Bergschäden auf dem im Eigentum des Bergbaus stehenden Gelände ebenso doppelt wie halb so groß hätten sein können, wenn dieser Grund und Boden Dritten gehört und deshalb Bergschädenansprüche ausgelöst hätte, aber die genannten Summen deuten doch zumindest an, in welchen Größenordnungen sich die Beträge bewegen, die bei der Lösung des Ersparniswertproblems auf dem Spiel stehen können.

Nun kommt es natürlich nicht in Betracht, daß der gesamte Grundbesitz der deutschen Zechen enteignet wird, weder in einem Zuge noch im Laufe einer längeren Entwicklung. Andererseits läßt es sich aber nicht übersehen, daß insbesondere im Ruhrgebiet der Bergbau viel von seinem Gelände abgeben mußte und noch weiter wird abgeben müssen, man denke nur an die fertigen oder im Bau befindlichen oder projektierten Autobahnen und sonstigen Straßen sowie den Wohnungsbau. Hinzu kommt, daß die enteignenden Unternehmen das Gelände durchweg zum Bau teurer Gebäude und Anlagen benutzen. Wenn z. B. das Grundstück einer Bergwerksgesellschaft für die Bundesautobahn enteignet wird und sich später an der Fahrbahn Bergschäden zeigen, die fast stets größere Reparaturarbeiten erfordern, dann kann der Bergbautreibende hohe finanzielle Einbuße erleiden, wenn der Ersparniswert nicht bereits in der Enteignung berücksichtigt wird. Auch das zeigt die Bedeutung des hier behandelten Problems.

3. Kapitel

Der Einwand von Isay.

Zum Abschluß dieser einleitenden Vorbemerkungen soll hier noch eine kurze Auseinandersetzung mit einer Ansicht folgen, nach der das Problem des Ersparniswertes durch eine gesetzliche Regelung ihre Bedeutung eingebüßt haben soll.

A) Als Entgegnung auf den eingangs erwähnten Beitrag von Heinemann¹⁰⁾ führte Isay¹¹⁾ im Jahre 1929 aus, das Problem der Entschädigung für den Ersparniswert bestehe nur in Ausnahmefällen, nämlich dann, wenn der

⁹⁾ Hess, Heller und Deist, Gutachten S. 17 ff

¹⁰⁾ JW 28, 2003

¹¹⁾ JW 29, 313

enteignete Bergbautreibende aus übergroßer Vorsicht solche Grundstücke erworben habe, für die zur Zeit der Enteignung irgendeine konkrete Berggefahr gar nicht bestand. In allen anderen Fällen habe der Enteignende aufgrund des entgegenstehenden Einwandes aus § 150 Abs. I ABG überhaupt keine Bergschädenansprüche. Auch § 150 Abs. II sei ohne Bedeutung, weil der Schaden schon vor der Besitzzeit des Enteigners eingetreten sei. Der Bergbautreibende werde also durch die Enteignung gar nicht schlechter gestellt; denn wenn ihm vorher das Eigentum an dem Grundstück die Bergschadenlast abgenommen habe, so bewirke jetzt das Gesetz, nämlich § 150 ABG, denselben Erfolg.

B) I. Der Wortlaut des § 150 Abs. I ABG scheint diese Ansicht zu bestätigen:

„Der Bergwerksbesitzer ist nicht zum Ersatz des Schadens verpflichtet, welcher an Gebäuden oder anderen Anlagen durch den Betrieb des Bergwerks entsteht, wenn solche Anlagen zu einer Zeit errichtet worden sind, wo die denselben durch den Bergbau drohende Gefahr dem Grundbesitzer bei Anwendung gewöhnlicher Aufmerksamkeit nicht unbekannt bleiben konnte.“

Eine Überprüfung der Rechtsprechung zeigt aber, daß Isay die Lage des enteigneten Bergbautreibenden allzu optimistisch beurteilt hat. Niemeyer¹²⁾ hat bereits 1930 darauf hingewiesen, daß der Einwand von Isay schon deshalb nicht stichhaltig sein könne, weil § 150 ABG die Schadensersatzpflicht des Bergbautreibenden unter dem Gesichtspunkt⁺ des konkurrierenden Verschuldens¹³⁾ nur einschränke, nicht aber aufhebe.

II. Wie wenig § 150 ABG den Bergbautreibenden tatsächlich gegen die Geltendmachung von Bergschäden schützt, zeigen folgende Gesichtspunkte:

1) Zu den Voraussetzungen des Einwandes aus § 150 Abs. I ABG gehört die Voraussehbarkeit der Berggefahr. Dabei genügt nicht die allgemeine Wahrscheinlichkeit bergbaulicher Einwirkungen, sondern erforderlich ist eine konkrete Gefahr, die sich in dem später eintretenden Schadensereignis für das einzelne Grundstück verwirklicht, und diese Gefahr muß bereits bei Beginn der Bauausführung bestehen¹⁴⁾. Diese Voraussetzung liegt häufig nicht vor; denn oft werden Kohlenfelder abgebaut, mit deren Abbau wenige Jahre zuvor noch gar nicht gerechnet wurde. So hat man in vielen Fällen bestimmte Flöze wegen der zu hohen Gewinnungskosten zunächst unbeachtet gelassen, bis dann technische Neuerungen oder andere Umstände auch hier den Mineralabbau rentabel erscheinen ließen, oder man sah in Bodensenkungen keine besondere drohende Gefahr, weil sie sich

¹²⁾ JW 30, 3787

¹³⁾ Brassert-Gottschalk § 150 Anm. 1; Westhoff Bd. I S. 341; Müller-Erzbach S. 363; a. A. Klostermann-Thielmann S. 426; Uth S. 11 ff

¹⁴⁾ Ebel § 150 Anm. 1 a und b; Boldt Anm. 1 b; Heinemann S. 76; RG ZfB 30, 101; 44, 242; 58, 98; 65, 484

zunächst gleichmäßig vollzogen und lange keine Schäden herbeiführten, bis dann doch solche auftraten, wie es in einem vom Reichsgericht zu entscheidenden Prozeß der Fall war¹⁵⁾.

2) Der Einwand aus § 150 ist ferner nur dann erfolgversprechend, wenn der Geschädigte die Berggefahr kannte oder ihm bei Anwendung gewöhnlicher Aufmerksamkeit nicht unbekannt bleiben konnte. Nach der Rechtsprechung liegt aber eine Außerachtlassung der „gewöhnlichen Aufmerksamkeit“ nur bei grober Fahrlässigkeit vor, wodurch die Zahl der Fälle, in denen § 150 materiell den Bergbautreibenden vor späteren Bergschädenansprüchen des Enteigners schützt, weiter eingeschränkt wird¹⁶⁾.

III. Schließlich ist aber auch die Prozeßsituation für den Bergbautreibenden recht ungünstig. Da § 150 ABG eine Einwendung ist, trifft ihn die Beweispflicht für das Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen¹⁷⁾; d. h. er muß vortragen und im Falle, daß der Gegner bestreitet, beweisen, daß einmal eine konkrete Berggefahr bei Baubeginn vorlag und zum anderen der Geschädigte diese Berggefahr kannte oder infolge grober Fahrlässigkeit nicht kannte. Will man also den enteigneten Bergbautreibenden auf den Schutz des § 150 verweisen, statt ihm den Ersparniswert zu ersetzen, so lastet man ihm als dem Beweispflichtigen ein recht beträchtliches Prozeßrisiko auf. Hier zumal muß er solche Tatsachen beweisen, deren Subsumtion unter die Begriffe „konkrete Berggefahr“ und „grobe Fahrlässigkeit“ in hohem Maße dem Ermessen des jeweiligen Gerichts unterliegt, was einen neuen Unsicherheitsfaktor in jeden Rechtsstreit trägt.

IV. Greift somit § 150 häufig schon deshalb nicht zugunsten des Bergbautreibenden, der sich durch ihn schützen soll, in einem Prozeß durch, ist ferner der von ihm ausgehende Schutz wegen der Beweisschwierigkeiten mangelhaft, so kommt noch hinzu, daß das Reichsgericht in ständiger Rechtsprechung die Anwendung dieser Vorschrift gegenüber einer höchst bedeutsamen Gruppe von Enteignern, nämlich den öffentlichen Verkehrsanstalten, ganz und gar ablehnt, wenn der Schaden nach dem Augenblick verursacht wurde, in dem die Planung der Verkehrsanstalt für den Bergbautreibenden erkennbar wurde¹⁸⁾, eine Rechtsprechung, an der der Widerstand fast der gesamten Lehre bisher nichts zu ändern vermochte¹⁹⁾.

C) Es kann also festgestellt werden, daß § 150 ABG nur in wenigen Fällen einen Schutz für den Bergbautreibenden bedeutet, dessen Grundstück enteignet wurde und der deshalb Bergschädenansprüche zu befürchten hat. Das Problem des Ersatzes für den durch die Enteignung

¹⁵⁾ RG ZfB 58, 98

¹⁶⁾ RG ZfB 58, 98; 64, 220; 65, 484; 76, 463; Boldt § 150 Anm. 1 c; Ebel Anm. 1 c; Heinemann S. 79

¹⁷⁾ RG ZfB 56. 267; Boldt § 150 Anm. 1 b; Ebel Anm. 1 d

¹⁸⁾ RG ZfB 33, 232; 33, 237 u. s. w. bis 78, 460

¹⁹⁾ Heinemann S. 122; Müller-Erzbach ZfB 69, 515; Boldt ZfB 79, 352; § 153 Aum. 4 b; Isay § 153 Anm. 5; Starck JW 14, 582; Diester „Glückauf“ 1951, 255

verlorengehenden Ersparniswert bleibt also entgegen Isays Ansicht trotz § 150 ABG bestehen. Anzumerken bleibt noch, daß interessanterweise Rudolf Isay selbst in einer seiner letzten großen Arbeiten mit einer gewissen Resignation feststellte, die Gerichte hätten § 150 Abs. I ABG nahezu völlig außer Kraft gesetzt, indem sie diese Vorschrift eng auslegten und gegenüber öffentlichen Verkehrsanstalten nicht zum Zuge kommen ließen²⁰⁾.

II. Teil

Die Behandlung des Ersparniswertes nach den einzelnen Gesetzen.

1. Abschnitt

Das preußische Enteignungsgesetz.

1. Unterabschnitt

Enteignung durch andere Unternehmer als öffentliche Verkehrsanstalten.

4. Kapitel

Entziehung und Beschränkung eines dem Bergbautreibenden gehörenden Grundstücks; Ausmaß der Entschädigung.

Das Gesetz über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. 6. 1874 ist nicht nur eines der ehrwürdigsten, sondern auch eines der bedeutendsten deutschen Enteignungsgesetze. Bei der nun folgenden Untersuchung der Frage, wie der Ersparniswert aufgrund der Entschädigungsregeln und Verfahrensvorschriften der einzelnen Gesetze in der Enteignung zu behandeln ist, soll deshalb das PrEG an erster Stelle stehen. Aus Gründen, die sich im Folgenden noch zeigen werden, ist dabei zunächst die Prüfung nur für den Fall vorzunehmen, daß es sich bei dem Enteigner um ein anderes Unternehmen als eine öffentliche Verkehrsanstalt handelt.

A) Da die Frage, ob der Ersparniswert ersetzt wird, in erster Linie eine solche Entschädigung ist, sind zunächst die gesetzlichen Entschädigungsregeln zu betrachten, und zwar für den Tatbestand, daß ein dem Bergbautreibenden gehörendes Grundstück ihm ganz entzogen oder belastet wird.

²⁰⁾ Gutachten S. 19

Nach § 1 PrEG kann Grundeigentum nur gegen vollständige Entschädigung entzogen oder beschränkt werden, Näheres bestimmt § 8 Abs. 1:

„Die Entschädigung für die Abtretung des Grundeigentums besteht in dem vollen Wert des abzutretenden Grundstücks einschließlich der enteigneten Zubehörungen und Früchte.“

Derselbe Grundsatz gilt gemäß § 12 Abs. 1 PrEG für die Entschädigung bei einer Beschränkung des Grundeigentums.

Der Begriff des vollen Wertes ist von einer im Laufe der Zeit herrschend gewordenen Rechtsprechung und Lehre²¹⁾ dahin ausgelegt worden, daß er einmal der volle Wert ist, der sich bei Anwendung der üblichen Schätzungsmethoden als der höchste darstellt, aber auch unter Ausschluß des besonderen Wertes, den das Grundstück nur und gerade für den enteignenden Unternehmer hat, den höheren subjektiven Wert für den derzeitigen Grundstückseigentümer umfaßt. Einschränkungen bestehen hier nur insofern, als einerseits der Affektionswert nicht ersetzt wird und andererseits gemäß § 10 Abs. 1 PrEG die bisherige Benutzungsart nicht über den Betrag hinaus berücksichtigt wird, der zum Erwerb eines anderen Grundstücks mit demselben Ertrag erforderlich ist.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die nach § 8 PrEG zu leistende Entschädigung den vollkommenen Ersatz des gesamten Schadens durch Erstattung der Vermögensdifferenz vor und nach der Enteignung bedeutet²²⁾. An diesem Grundsatz hat sich auch nach dem Inkrafttreten des Bonner Grundgesetzes nichts geändert; denn die Entschädigungsregelung in Art. 14 Abs. III legt nur die untere Grenze der auf jeden Fall zu zahlenden Entschädigung fest; dieses Mindestmaß kann durch Bundes- oder Landesgesetz erhöht werden²³⁾.

B) Voraussetzung für einen Ersatz des Ersparniswertes ist also, daß dieser ein Wert ist, gleichgültig, ob ein subjektiver oder objektiver, und daß dieser Wert durch die Enteignung verloren geht.

Zweifellos hat wie jedes andere Grundstück auch das eines Bergbautreibenden einen objektiven oder Verkaufswert. Dazu kommt aber noch ein weiterer Wert, der nur deshalb besteht, weil der Grundeigentümer gleichzeitig Bergbau treibt; dieser Wert ist nur für den derzeitigen Eigentümer vorhanden, nicht aber für Dritte, muß also als ein subjektiver Wert angesehen werden, ein Wert, der zwar nicht in Bargeld oder Überweisungen auf das Bankkonto oder dem Erwerb irgendwelcher Gegenstände zum

²¹⁾ RG EBE 25, 280; RGZ 32, 301; Hopf S. 31; Koffka S. 63; Neufang S. 52; Dernburg Bd. I S. 69; Förster-Eccius Bd. II S. 143; Rehbein-Reincke Bd. I S. 489; Koch § 8 PrEG Anm. 25; a. A. Eger Bd. I S. 119 ff und Böhr-Langerhans S. 33 ff, nach denen die vollständige Entschädigung in dem reichlich bemessenen objektiven Wert besteht

²²⁾ Diester S. 35; Giese S. 10; Anschütz Bd. I S. 168 ff

²³⁾ Diester S. 179; Forsthoß S. 292

Ausdruck kommt, sondern in geringeren Ausgaben für Bergschäden. Für den Bestand eines Vermögens ist es nun gleichgültig, ob durch einen Umstand ein Einnahmeposten höher oder ein Ausgabeposten niedriger wird. Das zeigt sich nicht nur in der Bilanz, sondern äußert sich auch darin, daß von einer gewissen für Bergschäden veranschlagten Summe nur ein Teil ausgegeben wird. Wenn wertvoll im materiellen Sinne alles ist, was seinem Eigentümer Vorteil bringt, dann ist auch der Ersparniswert ein echter Wert; denn er bringt den Vorteil, sonst notwendige oder zumindest sehr wahrscheinliche Ausgaben einzusparen²⁴⁾. Auch der Reichsfinanzhof hat in einer Entscheidung vom 10. 10. 1939 den Ersparniswert als einen Wert anerkannt²⁵⁾. Da dieser subjektive Wert eine Folge des uneingeschränkten Eigentums am Grundstück ist, geht er bei der Enteignung verloren. Das ist immer der Fall bei der Entziehung des Eigentums, oft aber auch, wenn durch die Enteignung eine Beschränkung des Grundeigentums vollzogen wird. Diese Beschränkung muß dem enteignenden Unternehmer das Recht zur Errichtung von Anlagen geben, die durch bergbauliche Einwirkungen beschädigt oder zerstört werden können.

Dieser Verlust des Ersparniswertes ist in der Enteignung zu ersetzen, da das PrEG vollständige Entschädigung, d. h. Zahlung des gesamten subjektiven und objektiven Wertes vorschreibt²⁶⁾.

C) Nach der grundsätzlichen Erörterung, ob der Ersparniswert zu ersetzen sei, hat nun die Prüfung der Frage zu erfolgen, nach welcher Schätzungsmethode der Ersparniswert festzustellen ist. In Betracht kommen dafür die der Literatur und Rechtsprechung bekannten Schätzungsmethoden nach dem Verkaufswert (gemeiner Wert) und Ertragswert (Gebrauchswert).

I. Heinemann, der als erster²⁷⁾ diese Frage erörtert hat, ist der Ansicht, daß weder der gemeine Wert noch der Ertragswert dem Bergbautreibenden einen Ersatz für den verlorengegangenen Ersparniswert bieten könnte. Einen hohen Verkaufswert, der den Ersparniswert decken könne, besitze ein von Bergschäden bedrohtes Grundstück ohnehin nicht. Der Ertragswert könne deshalb nicht herangezogen werden, weil das Freibleiben von Bergschädenansprüchen kein Ertrag sei, den der Gebrauch des Grundstücks gewähre; denn der Nichtgebrauch ermögliche gerade das Ausbleiben von Bergschädenansprüchen. Wenn aber der besondere Vorteil des Nichtgebrauchs weder mit dem Verkaufs- noch Gebrauchswert erfaßt werden könne, dann helfe nur eine neue Methode der Wertberechnung. Heinemann schlägt dafür folgenden Weg vor:

Das Eigentum gewähre seinem Inhaber nicht nur die Befugnis, die Sache zu gebrauchen, sondern auch die, sie nicht zu gebrauchen. Es entwickle

²⁴⁾ LG Essen in JW 30, 3787; Westhoff Bd. II S. 179

²⁵⁾ DBZ vom 29. 11. 1942

²⁶⁾ LG Essen vom 29. 6. 1929 in JW 30, 3787; Westhoff Bd. II S. 179; Niemeyer JW 30, 3787; Heinemann JW 28, 2003 und Bergschaden S. 111

²⁷⁾ JW 28, 2003

einmal eine Außenwirkung gegen jedermann derart, daß Dritte von der Sache ausgeschlossen werden können, zum anderen aber auch eine Innenwirkung, nach der ein Eigentümer mit seiner Sache nach Belieben verfahren dürfe. Gemäß § 903 BGB sei auch die Ausschließung aller Dritten ein Gebrauch. Wenn dieser eigenartige Sachgebrauch dem Eigentümer wirtschaftliche Vorteile biete, dann müsse er auch durch eine besondere Wertberechnungsmethode faßbar sein. Die Ersparnis an Bergschadensersatzansprüchen könne Gewinn erzielen, der durch die der Sachlage angepaßten Form des Eigentumsgebrauchs tatsächlich vorhanden sei. Der Ersparniswert des Grundstückes, der sich in dem Gesamtvermögen des Eigentümers durch Vermeidung oder Verminderung sonst entstehender Ausgaben auswirke, bestehe ausschließlich wegen des uneingeschränkten Eigentums am Grundstück. Eine Beeinträchtigung oder Entziehung dieses Eigentums treffe unmittelbar den Ersparniswert. Seine Verletzung sei eine Folge des Eingriffes in das Eigentum. Wenn man überhaupt eine Entschädigung nach dem subjektiven Wert zulasse, so müsse man darunter auch den Ersparniswert als eine besondere Form des subjektiven Gebrauchswertes erfassen, der gerade auf der eigenartigen Verknüpfung dieses Grundstückes mit dem Vermögen des derzeitigen Inhabers beruhe.

II. Auch das Landgericht Essen²⁸⁾ geht in seiner Entscheidung vom 20. 6. 1929, auf § 903 BGB fußend, davon aus, daß die Ausübung der Befugnis, andere von jeder Einwirkung auszuschließen, ein Gebrauch der Sache sei, führt aber dann die Auseinandersetzung mit der Frage, ob der Ersparniswert zum Verkaufs- oder Ertragswert zu rechnen sei, nicht konsequent durch, sondern begnügt sich mit der Feststellung, der Ersparniswert sei nach dem Grundsatz der subjektiven Entschädigung zu ersetzen.

III. Bei der Prüfung der Ausführungen Heinemanns fällt auf, daß er zunächst zu der Auffassung kommt, der Ersparniswert könne kein Gebrauchswert sein, weil er gerade aus dem Nichtgebrauch resultiere, kurz darauf aber meint, die Ausschließung aller Dritten gemäß § 903 BGB sei ein Gebrauch. Wenn die Ausschließung aller Dritten ein Gebrauch ist, dann bedarf es vielleicht doch nicht der Erfindung einer besonderen Wertberechnungsmethode, sondern möglicherweise ist der Ersparniswert ein echter Gebrauchs- oder Ertragswert.

IV. 1) Heinemann ist zuzustimmen, wenn er meint, mit der Zahlung des Verkaufswertes dem Bergbautreibenden nicht helfen zu können, jedenfalls dann, wenn kein gleichwertiges Grundstück zu finden ist. Ein solches Grundstück ist praktisch fast nie vorhanden; denn der Ersparniswert des Geländes, das enteignet werden soll, ist wegen der künftigen Bebauung so eigenartig, daß er bei kaum einem anderen Grundstück ebenso hoch ist²⁹⁾. Im übrigen sind unter den heutigen Verhältnissen die Chancen, ein nur

²⁸⁾ JW 30, 3787

²⁹⁾ ebenso RFH DBZ vom 29. 11. 1942

annähernd gleichwertiges Grundstück erwerben zu können, sehr gering. Ohne die Möglichkeit, mit der als Entschädigung gezahlten Summe ein Ersatzgelände zu beschaffen, ist dem Bergbautreibenden auch mit dem höchsten Verkaufswert nicht gedient. Selbst wenn das enteignete Grundstück in der Innenstadt einer Ruhrgebietsgroßstadt läge und entsprechend den Vergleichspreisen als Entschädigung 100 und noch mehr DM pro qm geleistet werden müßten, kann das dem Bergbautreibenden wenig nützen, wenn der Enteigner auf dem Grundstück ein zehnstöckiges Geschäftshaus oder Anlagen mit hochempfindlichen Maschinen und Instrumenten errichtet, die dann später Bergschädenansprüche auslösen, welche die gezahlte Entschädigung nicht nur aufzehren, sondern sogar noch übersteigen.

2) Die zweite übliche Schätzungsmethode ist die nach dem Ertrags-, oder Gebrauchswert. Es ist daher zu untersuchen, ob der Ersparniswert durch den Ertragswert gedeckt werden kann, also einen Ertragswert darstellt.

- a) Dieser wird berechnet nach den Erträgen, die das Grundstück
 - aa) dem Enteigneten nach seiner gegenwärtigen Benutzung gewähren kann oder
 - bb) abweichend von der derzeitigen Benutzung nach der zweckmäßigsten, die größtmögliche Ausnutzung bedeutenden anderweitigen Benutzung zu gewähren in der Lage ist³⁰⁾.

Von diesen beiden Berechnungsgrundlagen kommt in den meisten Fällen nur die erste in Betracht; denn der Ersparniswert eines Grundstückes besteht zumeist bereits vor der Enteignung, nämlich dann, wenn der Bergbautreibende das Grundstück schon von kostspieligen Bauten und Anlagen freigehalten hat und die Berggefahr bereits besteht. Sollte allerdings der Bergbau das zu enteignende Grundstück noch nicht bedrohen, sondern erst in Zukunft Schäden verursachen können, müßte die Berechnung nach der Methode zu bb) erfolgen. Grundsätzlich aber kommt nur ein Ertragswert nach der gegenwärtigen Benutzung in Betracht; es müssen also die Erträge zugrundegelegt werden — immer unter der Voraussetzung, daß der Ersparniswert überhaupt Erträge bringt — die schon erreicht worden sind. Maßstab dafür sind die bereits aus dem Grundstück gezogenen Nutzungen³¹⁾. Das Problem, ob der Ersparniswert ein Ertragswert ist, spitzt sich also auf die Frage zu, ob Ersparnisse an Bergschadenlasten Nutzungen sind.

- b) Nutzungen sind nach der Legaldefinition in § 100 BGB „die Früchte einer Sache oder eines Rechts sowie die Vorteile, die der Gebrauch der Sache oder des Rechts gewährt“.

aa) Ist die Bergschadenlasteinsparung eine Frucht? Nach § 99 BGB sind zu unterscheiden Sach- und Rechtsfrüchte, eine hier allerdings überflüssige

³⁰⁾ Koffka S. 91; ³¹⁾ Koffka S. 92; Eger Bd. I S. 168

Differenzierung, weil die Einsparungen an Bergschadenlasten sowohl als Nutzungen einer Sache, nämlich des Grundstücks, als auch eines Rechts, nämlich des Eigentums am Grundstück betrachtet werden können³²⁾.

a3) Früchte einer Sache sind nach § 99 Abs. I BGB Erzeugnisse einer Sache und die sonstige Ausbeute, welche aus der Sache ihrer Bestimmung gemäß gewonnen werden. Erzeugnisse einer Sache sind nur Naturgegenstände, deren Bestandteile ganz oder zum großen Teil der Sache selbst entnommen sein müssen³³⁾. Ein Naturgegenstand ist eine Geldeinsparung freilich nicht, ebensowenig eine Ausbeute, die aus der Sache ihrer Bestimmung gemäß gewonnen werden kann; denn die Ausnutzung eines Grundstücks zur Einsparung von Bergschadenlasten ist nicht die „naturgemäße oder eine der Verkehrsübung entsprechende“³⁴⁾.

b3) Rechtsfrüchte sind nach § 99 Abs. III BGB die Erträge, die ein Recht seiner Bestimmung gemäß gewährt, eine Definition, die ebenfalls das Wesen des Ersparniswertes nicht trifft.

c3) Schließlich sind nach § 99 Abs. III BGB Früchte auch die Erträge, die eine Sache oder ein Recht vermöge eines Rechtsverhältnisses gewährt. Solche Erträge sind die, welche dem Besitzer einer Sache oder Inhaber eines Rechtes als Vergütung dafür gewährt werden, daß er den Gebrauch oder die Nutzung einer Sache oder eines Rechts durch Rechtsgeschäft oder kraft gesetzlicher Bestimmung einem anderen überlassen hat³⁵⁾. Auch diese Voraussetzung liegt nicht vor.

Demnach ist die Einsparung von Bergschädenansprüchen also keine Frucht im Sinne des BGB.

bb) Um eine Nutzung im Sinne des § 100 BGB könnte es sich bei der Einsparung von Bergschadenlasten also nur dann handeln, wenn diese Ersparnis ein Vorteil ist, den der Gebrauch der Sache oder des Rechts gewährt.

a3) Daß die Einsparung ein Vorteil ist, bedarf keiner weiteren Erörterung. Ein Blick in die Bilanzen zu der Position „Bergschäden“ bei zwei vergleichbaren Bergwerksgesellschaften, von denen die eine 50 % des über ihren Berechtsamen liegenden Geländes besitzt und die andere nur 5 %, dürfte am sinnfälligsten beweisen, daß der Ersparniswert ein Vorteil ist.

b3) Gewährt diesen Vorteil auch der Gebrauch des Grundstücks? Ein Gebrauch im Sinne des § 100 BGB liegt nicht nur dann vor, wenn auf dem Grundstück irgendwelche tatsächlichen Handlungen vorgenommen werden, sondern es genügt, wenn der Besitz einer Sache benutzt wird, um Rechte

³²⁾ Lehmann § 53 I 1 c

³³⁾ RGRK § 99 Anm. 10; Enneccerus-Nipperdey S. 539; Soergel § 99 Anm. 2 a

³⁴⁾ Staudinger § 99 Anm. 9; ebenso Enneccerus-Nipperdey a. a. O.,

³⁵⁾ RGRK a. a. O.; Soergel § 99 Anm. 4; Lehmann § 53 I 1 d

auszuüben³⁶⁾. Davon ausgehend kann nun die Überlegung angestellt werden, ob in diesem Sinne der Bergbautreibende, der Eigentümer und (zumindest) mittelbarer Besitzer des Grundstücks ist, seinen Boden zur Ausübung von Rechten benutzt, wenn er ihn von kostspieligen Bauten und Anlagen freihält. In der Tat übt der Eigentümer dadurch ein Recht aus, nämlich das aus § 903 BGB. Nach dieser Vorschrift ist er berechtigt, mit seiner Sache nach Belieben zu verfahren und andere von jeder Einwirkung auszuschließen, soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen. Demnach ist das Freihalten des Grundstücks von Bauten und Anlagen, die Bergschädenansprüche auslösen können, ein Gebrauch der Sache; die eingesparten Gelder sind Vorteile, die der Gebrauch des Grundstücks gewährt, und somit echte Nutzungen.

c3) Dieses Ergebnis könnte nun in Widerspruch zu einer Entscheidung des Reichsgerichts stehen³⁷⁾, nach der ersparte Zinsen keine Nutzungen sind. Bei diesem Urteil handelte es sich um die Frage, ob sich im Falle des § 818 Abs. I BGB die Bereicherung, die bei einem nichtigen Darlehensvertrag durch den Empfang des Geldes entstanden ist, um die vom Empfänger gezahlten Zinsen für das vermeintliche Darlehen vermindert. Das Berufungsgericht hatte — nach Ansicht des Reichsgerichts zu Unrecht — die Meinung vertreten, der Bereicherte habe Nutzungen aus dem empfangenen Gelde in Höhe der Zinsen gezogen, da er sonst das Geld von anderer Seite hätte aufnehmen und in gleicher Höhe verzinsen müssen.

Der Sachverhalt scheint dem hier behandelten ähnlich zu sein, da in beiden Fällen etwas erspart worden ist — hier Bergschadenlasten, dort Zinsen. Und doch besteht ein entscheidender Unterschied. Der Bergbautreibende benutzt wirklich den Besitz einer Sache, um Rechte daran auszuüben, der ungerechtfertigt Bereicherte aber nicht. Er übt keine Rechte an seiner Sache, nämlich dem als Darlehen empfangenen Gelde aus, wenn er es ausgibt, sondern er verbraucht es. Bei dem Verbrauch einer Sache aber liegt kein Gebrauch vor³⁸⁾. Deshalb sind die sich aus dem Verbrauch des Geldes ergebenden Vorteile auch keine Nutzungen, und deshalb ist auch das Reichsgericht zu seiner Entscheidung gekommen, daß ersparte Zinsen keine Nutzungen sind. Ein Widerspruch zu dem Ergebnis, daß Einsparungen an Bergschadenlasten Nutzungen sind, ist in dem erwähnten Urteil des Reichsgerichts nicht zu finden.

cc) Wenn aber die Einsparungen an Bergschadenlasten Nutzungen sind, dann ist der Ersparniswert ein Ertragswert, der aufgrund dieser Nutzungen berechnet werden kann, allerdings nur dann, wenn die bereits gezogenen Nutzungen auf Umständen beruhen, mit deren Fortdauer gerechnet werden kann³⁹⁾. Diese Voraussetzung liegt jedoch im Normalfall

³⁶⁾ Staudinger § 100 Anm. 4; RGRK Anm. 4; RGZ 118, 269

³⁷⁾ RGZ 136, 136

³⁸⁾ Erman § 100 Anm. 3; RG JW 15, 324; RGRK § 100 Anm. 4

³⁹⁾ Koffka S. 92; RG JW 96, 141 und 99, 122; RGZ 54, 115; RG EBE 26, 387

immer vor; ebenso wie dem Bergbautreibenden für bebaute Grundstücke, die sich in fremder Hand befinden, jährlich neue Bergschädenansprüche auferlegt werden und er dieser Last teilweise bisher durch den Besitz eigener Grundstücke ledig gewesen ist, so hätte er auch in Zukunft Einsparungen erzielt, wenn ihm das Grundstück geblieben wäre; während er nun nach dem wahrscheinlichen Lauf der Dinge hohen Bergschädenansprüchen ausgesetzt sein wird, die ohne die Enteignung nicht hätten entstehen können. Dem Bergbautreibenden sind somit künftige Gewinnaussichten, die schon feste Gestalt angenommen hatten⁴⁰⁾, verlorengegangen.

Entgegen der Auffassung von Heinemann kann nach diesem Ergebnis der subjektive volle Wert des dem Bergbautreibenden gehörenden Grundstücks doch nach einer der beiden üblichen Wertberechnungsmethoden beziffert werden, nämlich aufgrund des Ertragswertes.

D) Nachdem nun festgestellt ist, daß der Ersparniswert als Ertragswert grundsätzlich zu ersetzen ist, bleibt noch die Frage offen, in welchem Verhältnis er zu den übrigen Werten des Grundstücks steht, also dem Verkaufswert einerseits und den übrigen Faktoren, aus denen sich der Ertragswert zusammensetzt, andererseits.

I. Ersparniswert und gemeiner Wert können sicherlich nicht nebeneinander verlangt werden; denn der Verkaufswert ist ein objektiver Wert und der Ersparniswert ein subjektiver, und wenn der nach subjektiven Gesichtspunkten errechnete Wert von dem objektiven abweicht, kann der Enteignete zwischen beiden wählen, nicht aber beide zusammen verlangen⁴¹⁾. Hinzu kommt, daß Ertragswert und Verkaufswert sich gegenseitig ausschließen; denn wenn ein Grundstück einen Ertrag abwirft, geht er mit dem Verkauf verloren, und ein Verkaufswert kann nicht realisiert werden, wenn die Erträge des Grundstücks dem Eigentümer weiter zufließen sollen. Ein enteigneter Landwirt kann auch nicht den Ertragswert seiner Ländereien und noch dazu den Verkaufswert verlangen; ebenso ist der Bergbautreibende gezwungen, sich für einen von beiden Werten zu entscheiden.

II. Andererseits ist der Ersparniswert aber nicht die einzige Entschädigung, die der enteignete Bergbautreibende verlangen kann. Der Ersparniswert ist zwar ein Ertragswert, aber ein zur Einsparung von Bergschäden benutztes Grundstück kann auch noch weitere Erträge abwerfen, etwa durch Verpachtung an Landwirte oder Vermietung als Lagerplatz, meistens aber auch durch irgendeine Verwendung im Rahmen des eigenen Betriebes. Die dabei gewonnenen Nutzungen sind ebenfalls für die Berechnung des Ertragswertes anzusetzen. Insgesamt erhält der Bergbautreibende als Enteignungsentschädigung den gesamten kapitalisierten Jahresertrag seines Grundstücks.

⁴⁰⁾ Hopf § 8 Anm. 6

⁴¹⁾ Koffka S. 69; Eger Bd. I S. 162

E) Das bisherige Ergebnis der Untersuchung, daß der Bergbautreibende den Ersparniswert in vollem Umfange ersetzt verlangen kann, bedarf jedoch einer Einschränkung.

I. Es ist nämlich denkbar, daß Bergwerksgesellschaften Grundstücke erwerben, sobald sie wissen, daß eine Enteignung dieses Geländes bevorsteht und sie als Bergbautreibende den Ersparniswert ersetzt bekommen. Es ist durchaus nicht selten, daß Enteignungspläne vorzeitig bekannt werden. Nicht nur öffentliche Verkehrsunternehmen, sondern auch andere Enteigner können oder wollen es oft nicht verhindern, daß der Plan lange vor dem eigentlichen Verfahren an die Öffentlichkeit dringt. Um Mißbräuche bei der Forderung auf Ersatz des Ersparniswertes auszuschließen, muß der gerade im Hinblick auf die bevorstehende Enteignung erworbene Grundbesitz von dem Ersatz des Ersparniswertes ausgeschlossen werden. Dazu genügt nicht die allgemeine Feststellung, daß bei in Spekulationsabsicht erworbenem Gelände nur der gemeine Wert ersetzt wird. Mit einem solchen Satz würde man dem Enteigner eine Beweislast auferlegen, der er selten gerecht werden könnte — mit dem Ergebnis, daß auch der Spekulant praktisch zu seinem „Ersparniswert“ käme und die Gerichte und Enteigner einen gewichtigen Grund hätten, den Ersatz des Ersparniswertes abzulehnen, ein Gesichtspunkt, den das Reichsgericht⁴²⁾ schon einmal bei der Begründung der Ablehnung eines Anspruches dieser Art benutzt hat.

II. Es bietet sich hier eine gerechte Beweislastverteilung analog der im Konkurs- und Anfechtungsrecht an. Stellt man die Vermutung auf, daß von der ersten Bekanntgabe der geplanten Enteignung an auch der später Enteignete diese Nachricht kannte, so steht auch der weiteren Vermutung nichts im Wege, daß er das betreffende Grundstück gerade im Hinblick auf die bevorstehende Enteignung und damit in Spekulationsabsicht erworben hat. Wenn er trotzdem den Ersparniswert verlangt, müßte er das Gegenteil dieser Vermutung beweisen. Bei einer solchen Regelung ist die Beweislast folgendermaßen verteilt:

Der Enteigner hat den Zeitpunkt zu beweisen, in dem seine Absichten erstmals der Öffentlichkeit bekannt geworden sind, ferner das Datum des Grundstückserwerbes. Demgegenüber muß der Bergbautreibende beweisen, daß er von dem Enteignungsplan keine Kenntnis erhalten hat oder das Grundstück im Hinblick auf dringende betriebliche Erfordernisse erwerben mußte.

Hat der Bergbautreibende das betreffende Grundstück vor der öffentlichen Bekanntgabe erworben, dann hat der Enteigner gleichwohl die Möglichkeit, die Zahlung des Ersparniswertes abzulehnen, indem er beweist, daß der Bergbautreibende vor dem Bekanntwerden in der Öffentlichkeit auf andere Weise von der bevorstehenden Enteignung unterrichtet worden ist; denn es ist nicht einzusehen, daß der gut Informierte besser

⁴²⁾ RGZ 58, 147

gestellt werden soll als derjenige, dem nicht so viele Nachrichtenquellen zur Verfügung stehen.

Diese Vorschläge gelten nicht der Schaffung eines neuen Gesetzes, sollen auch nicht dem Einbau neuer Bestimmungen in die bestehenden Gesetze dienen, sondern lediglich zeigen, auf welche Weise sich ein Mißbrauch des Grundsatzes, daß der Ersparniswert in der Enteignung zu ersetzen sei, von der Rechtsprechung verhindern läßt.

III. Wo ist nun die gesetzliche Grundlage, die es erlaubt, den Mißbrauchenden von dem Ersatz des Ersparniswertes auszuschließen?

1a) Es liegt nahe, hier an eine Analogie zu § PEG zu denken. Diese Vorschrift lautet:

„Für Neubauten, Anpflanzungen, sonstige neue Anlagen und Verbesserungen wird beim Widerspruch des Unternehmers eine Vergütung nicht gewährt, vielmehr dem Eigentümer nur die Wiederwegnahme auf seine Kosten bis zur Enteignung des Grundstücks vorbehalten, wenn aus der Art der Anlage, dem Zeitpunkt ihrer Errichtung oder den sonst waltenden Umständen erhellt, daß dieselben nur in der Absicht vorgenommen sind, eine höhere Entschädigung zu erzielen.“

Hält man den Tatbestand dieses Paragraphen und den eben skizzierten Fall, in dem der Bergbautreibende Grundstücke aufkauft, um bei der Enteignung den Ersparniswert als einen die Entschädigung erhöhenden und für zukünftige Bergschadenlasten vorweg entschädigenden Wertbemessungsfaktor auszuspielen, einmal gegeneinander, so leuchtet ein, daß § 13 PrEG zwar eine Bestimmung ist, die einen ähnlichen Fall wie den hier behandelten regelt, aber nicht so genau trifft, daß die für den einen Tatbestand getroffene Bestimmung auch auf den anderen vollinhaltlich angewandt werden kann. Man wird vielmehr den allgemeinen Rechtsgedanken des § 13 PrEG, daß der Enteigner gegen dolose Herbeiführung von Werterhöhungen durch den Enteigneten geschützt werden müsse⁴³⁾, allein zur Stützung der hier vorgeschlagenen Methode der Verhinderung von Spekulationsgewinnen heranziehen müssen.

2) Die rechtliche Grundlage ergibt sich weiterhin auch unmittelbar aus dem Sinn der Entschädigung. Sie soll einen Vermögensschaden verhindern, nicht einen Vermögensvorteil ermöglichen, den Rechtsstand des Enteigneten gewährleisten, nicht seine Spekulationsabsichten honorieren.

⁴³⁾ Koffka S. 170

Entziehung und Beschränkung eines dem Bergbautreibenden gehörenden Grundstücks; Art der Entschädigung.

Das vorangehende Kapitel war der Frage gewidmet, ob ein Ersatz des Ersparniswertes grundsätzlich zu erfolgen habe. Die positive Beantwortung des „ob“ macht nun eine Untersuchung des „wie“ erforderlich.

A) Nach § 7 S. 2 PrEG wird die Entschädigung in Geld gewährt. Dies gilt sowohl für den Fall der Entziehung wie der Beschränkung des Grundeigentums (§ 12 Abs. II PrEG). Somit ist grundsätzlich davon auszugehen, daß der Ersparniswert durch Zahlung einer Geldsumme zu ersetzen ist. Wie das im einzelnen zu geschehen hat, soll im folgenden geklärt werden.

I. Zunächst kann die Geldentschädigung in der Form erfolgen, daß durch Entschädigungsfeststellungsbeschluß gemäß § 29 PrEG dem Enteigner die Zahlung einer bestimmten Geldsumme auferlegt und die Erfüllung dieser Auflage zur Voraussetzung der Enteignung gemacht wird.

1) Diese Regelung ist im Normalfall der Enteignung fast immer anwendbar. Trifft das auch hier zu? Der Ersparniswert ist ein Ertragswert und demnach durch Kapitalisierung des jährlichen Reinertrages zu berechnen⁴⁴⁾. Sicherlich hat das der Abwehr von Bergschädenansprüchen dienende Grundstück einen jährlichen Reinertrag in Höhe der ersparten Bergschädenlasten abzüglich der Kosten für Grundsteuern und dgl., aber wieviel tatsächlich erspart worden ist, läßt sich schwer errechnen. Nicht jedes gleichgroße Grundstück in einem Abbaugebiet kostet den Bergbau in einem bestimmten Zeitraum die gleiche Summe; diese hängt von vielen Komponenten ab, etwa der Stärke und Dauer der Einwirkungen, die u. a. durch die Gesteinsart und die Intensität des Abbaus beeinflußt werden, ferner von der Art und dem Wert der auf dem einzelnen Grundstück errichteten Anlagen. Die freie Schadensschätzung (§ 287 ZPO) findet kaum irgendwelche Anhaltspunkte; denn niemand kann sagen, wieviel der Bergbautreibende jährlich für Bergschäden hätte ausgeben müssen, wäre das Grundstück nicht in seinem Besitz gewesen, und wieviel er durch sein Eigentum an dem Gelände folglich erspart hat. Ebenso unklar ist, wieviel er in Zukunft ohne die Enteignung gespart hätte; denn der Ersparniswert ist auch nicht in jedem Jahre der gleiche. Selbst wenn an einem bestimmten Gebäudetyp, bei völlig gleichen Bedingungen und Umständen eine genaue Schadensfeststellung getroffen werden könnte, man also z. B. wüßte, daß ein Haus der vom Eigentümer geplanten Art in fünf Jahren

⁴⁴⁾ Eger Bd. I S. 168

infolge von Bergsenkungen ganz bestimmte Reparaturarbeiten nötig machen würde, könnte doch die von dem enteigneten Bergbautreibenden in Zukunft zu leistende Summe für die Beseitigung der Schäden viel höher oder niedriger als nach der im Voraus angestellten Berechnung sein, weil infolge gestiegener bzw. gesunkener Löhne und Materialpreise die Schadensbeseitigung viel teurer bzw. billiger geworden ist — ein Gesichtspunkt, der aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre von großer Bedeutung ist⁴⁵⁾. Es besteht also wohl ein Ersparniswert, aber seine Höhe ist nicht festzulegen.

2) Grundlage der freien richterlichen Schadensbestimmung gemäß § 287 ZPO kann demnach nur eine Schätzung des Ersparniswertes aufgrund von Vergleichswerten sein, die weitgehend einer Wahrscheinlichkeitsrechnung nahekommmt.

a) Die erste Methode besteht darin, irgendein dem Bergbautreibenden nicht gehörendes Grundstück zu suchen, das in einer hinsichtlich der bergbaulichen Einwirkungen vergleichbaren Gegend liegt und ähnlich bebaut ist, wie der Enteigner es mit dem zu enteignenden Grundstück plant. Sodann ist festzustellen, wieviel dieses Grundstück die Bergwerksgesellschaft, die unter ihm Abbau treibt, an Aufwendungen für Bergschäden im Jahresdurchschnitt kostet. Die so ermittelte Summe ist dann eine Grundlage für die Schätzung des Ersparniswertes, den das enteignete Grundstück hat, wobei natürlich die Größe des Vergleichsobjektes und des Gegenstandes der Enteignung zu berücksichtigen ist.

b) Sollte die zu a) vorgeschlagene Methode nicht durchführbar sein, weil im Einzelfalle ein Vergleichsgrundstück sich nicht ermitteln läßt, so kommt eine zweite Art der Schadensschätzung in Betracht, die zwar fast immer möglich sein dürfte, aber dem individuellen Wert gerade dieses zu enteignenden Grundstücks wenig gerecht wird und deshalb tunlichst nur dann anzuwenden ist, wenn sich kein anderer Weg finden läßt. Diese Methode besteht darin, daß man alle für die Beseitigung von Bergschäden aufgewandten Summen addiert, die fremde bebaute Grundstücke den Bergbautreibenden z. B. im Verlauf der letzten fünf Jahre vor der Enteignung gekostet haben. Die Zeit von fünf Jahren ist lang genug, um Schwankungen einzelner Jahre auszugleichen, aber nicht so lang, daß die Werte durch Kostensteigerungen z. B. bereits nicht mehr aktuell sein könnten. Die ermittelte DM-Summe ist durch die Summe der in qm anzugebenden Größen aller bebauten Grundstücke zu dividieren, die über den Berechtigten des Bergbautreibenden liegen und die weder in seinem Eigentum stehen noch mit Bergschädenverzichten oder ähnlichen Rechten zu seinen Gunsten belastet sind. Die sich dann ergebende Zahl ist durch fünf — die Jahre, für die die Bergschädenbelastung errechnet worden ist — zu teilen, und das Ergebnis stellt die Belastung des Bergbautreibenden in DM durch

⁴⁵⁾ dazu Barbrock S. 85

jeden qm in fremder Hand befindlicher und bebauter Fläche dar. Ebenso, wie den Bergbautreibenden jeder qm, der einem anderen gehörte und bebaut wurde, eine bestimmte Summe an Bergschadenlasten pro Jahr kostet, erspart ihm durchschnittlich jeder qm, den er selbst besitzt und dadurch der Bebauung entzieht, die gleiche Summe. Den wahrscheinlichen jährlichen Ertrag durch Einsparung von Bergschadenansprüchen erhält man durch Multiplikation des errechneten Durchschnittsbetrages pro qm mit der Quadratmeterzahl des enteigneten Grundstückes; aus diesem Betrag kann dann durch Kapitalisierung ein annähernder Ersparniswert des enteigneten Grundstückes berechnet und der Entschädigung zugrundegelegt werden.

Ein Beispiel möge diese Berechnung erläutern:

Die Bergwerksgesellschaft X, deren Berechtsame 5000 ha umfassen, hat für die Beseitigung von Bergschäden, Minderwert und dgl. an bebauten Grundstücken innerhalb von fünf Jahren 5 000 000 DM bezahlt. 4000 ha der über ihren Berechtsamen befindlichen Grundstücke sind in fremder Hand, davon 2500 ha bebaut. In fünf Jahren hat die Gesellschaft pro qm fremden bebauten Geländes 5 000 000 dividiert durch 25 000 000 (DM : qm) = 0,20 DM ausgegeben, jährlich also 0,04 DM. Wenn nun das enteignete Grundstück 5000 qm groß ist, dann beträgt sein jährlicher Ertrag durch Einsparung von Bergschadenlasten $5000 \times 0,04 = 200$ DM; die Kapitalisierung dieses Betrages ergibt den Ersparniswert, der der Enteignungsschädigung zugrundegelegt ist.

Die in diesem Beispiel angenommene Bergschadenlast mag sehr überhöht erscheinen. Zwei Beispiele aus der Praxis mögen darlegen, wie die tatsächliche Belastung der Zechen durch Bergschadenansprüche aussieht:

Mit welchen Bergschäden eine Gesellschaft rechnet, zeigt ein Blick in die Bilanz der Bergwerksgesellschaft Hibernia AG Herne zum 31. 12. 1957⁴⁶⁾, wo in den Passiva allein für Bergschäden unter Pos. IV — Rückstellungen für ungewisse Schulden — ein Betrag von 68 673 870 DM angegeben ist. Diese Gesellschaft besitzt⁴⁷⁾ 31 029 ha Berechtsame. Bei einem eigenen Grundbesitz von 4250 ha befinden sich also 26 779 ha des für Bergschadenansprüche in Betracht kommenden Geländes in fremder Hand. Demnach nimmt die Hibernia für jeden qm Grundfläche, der Bergschadenansprüche auslösen könnte, Rückstellungen in Höhe von rd. 0,26 DM vor, wobei zu berücksichtigen ist, daß ein großer Teil des Geländes unbebaut sein wird.

Nun geben diese Rückstellungen nicht die tatsächliche Bergschadenbelastung einer Bergwerksgesellschaft wieder, sondern lediglich im besten Falle die zu befürchtende. Bei einer anderen Bergwerksgesellschaft konnte ich auf Grund der mir vertraulich mitgeteilten wirklichen Bergschadenbelastung eine tatsächliche Durchschnittsbelastungsziffer von 0,018 DM pro

⁴⁶⁾ „Die Welt“ vom 26. 7. 1958, S. 10

⁴⁷⁾ Jahrbuch des Bergbaus 1956

qm Fremdbesitz im Jahr ermitteln. Von dem gesamten Fremdbesitz waren jedoch schätzungsweise nur 10% bebautes Gelände. Berücksichtigt man, daß auch der unbebaute Boden — etwa, wenn er landwirtschaftlich genutzt wird — gewisse, allerdings nur geringfügige Bergschäden erleidet, so dürfte die Bergschädenbelastung des bebauten Geländes etwa siebenmal so groß sein wie die genannte Gesamtdurchschnittsziffer von 0,018 DM, also 0,126 DM betragen. Wenn also bei dieser Zeche ein Grundstück von 5000 qm enteignet und das enteignete Gelände bebaut würde, so wäre mit einem jährlichen Ersparniswert nicht von 200,— DM zu rechnen, wie in dem oben angeführten Beispiel, sondern mit einem von 630 DM. Unter diesen Umständen dürfte die im Beispiel angenommene Bergschädenbelastung keineswegs zu hoch, sondern eher zu gering sein.

Es ist also festzustellen, daß die Entschädigung durch Zahlung einer Geldsumme bei der Beschränkung und Entziehung des Eigentums zwar an sich möglich ist, aber wegen der Schwierigkeiten bei der Ermittlung des Ersparniswertes viele Nachteile bietet, weil eine besondere Berücksichtigung der speziellen Verhältnisse gerade bei diesem zu enteignenden Grundstück fast unmöglich ist.

II. Wenn eine Entschädigung in Geld gewährt wird, wäre es günstiger, sie später festzusetzen, also etwa nach Ablauf eines oder mehrerer Jahre, weil sich bis dahin Anhaltspunkte dafür ergeben haben werden, wieviel Geld der Bergbautreibende durch das Eigentum an dem Grundstück jährlich ohne die Enteignung erspart hätte. Bis dahin wird sich nämlich herausgestellt haben, wieviel er durch die Beseitigung von Bergschäden jährlich zugunsten des Enteigners ausgeben muß, und der Betrag, den er nun zu zahlen hat, hat er vor der Enteignung jährlich eingespart und hätte er ohne die Enteignung auch jetzt noch jährlich erspart.

1) Einer nachträglichen Festsetzung der Entschädigung bei der Entziehung des Grundeigentums steht jedoch entgegen, daß auch dann, wenn betagte oder bedingte zukünftige Vor- und Nachteile in Betracht kommen, die Feststellung der Entschädigung nicht ausgesetzt oder von dem Eintritt der Bedingung abhängig gemacht werden kann⁴⁸⁾, woraus zu schließen ist, daß grundsätzlich eine spätere Entschädigungsfestsetzung nicht erfolgen kann. Das ergibt sich im übrigen auch daraus, daß die Enteignung gemäß § 32 PrEG erst dann ausgesprochen wird, wenn die vereinbarte oder festgestellte Entschädigung rechtsgültig gezahlt oder hinterlegt ist. Auch § 31 PrEG bietet keine Möglichkeit zur Abhilfe. Nach dieser Vorschrift kann der Enteignete noch während dreier Jahre nach Ausführung einer auf dem enteigneten Grundstück errichteten Anlage einen Anspruch wegen solcher Nachteile geltend machen, die im Entschädigungsfeststellungstermin noch nicht erkennbar waren. Es muß sich aber um solche Schäden handeln, die aus dem Bau oder dem Betriebe des Unternehmens

⁴⁸⁾ Hopf S. 42

entspringen⁴⁹⁾, eine Voraussetzung, die bei Bergschäden nicht vorliegt, weil diese durch den Bergbau und nicht durch eine Anlage des Enteigners verursacht werden.

2) Für den Fall jedoch, daß durch die Enteignung lediglich eine Beschränkung des Grundeigentums erfolgt, weist § 12 Abs. II PrEG einen Ausweg. Nach dieser Bestimmung kann der Eigentümer die Bestellung einer angemessenen Kautio sowie die Festsetzung der Entschädigung nach Ablauf eines jeden halben Jahres der Beschränkung verlangen, wenn durch die Beschränkung eine Benachteiligung des Eigentümers eintritt, die sich bei der Anordnung der Beschränkung nicht im Voraus abschätzen läßt. Da der Ersparniswert sich erst danach berechnen läßt, welche Bergschädenansprüche später gegen den Bergbautreibenden erhoben werden, liegen die Voraussetzungen des § 12 Abs. II für den Ersatz des Ersparniswertes bei einer Beschränkung immer vor. Der Bergbautreibende muß also während des Enteignungsverfahrens einen entsprechenden Antrag stellen, worauf dann der Enteigner eine Kautio zu leisten hat und die Entschädigung nach Ablauf eines jeden halben Jahres festzusetzen ist. Die Entschädigungssumme muß dann übereinstimmen mit dem Betrag, den der Bergbautreibende aufgrund von Ansprüchen aus § 148 ABG in dem betreffenden halben Jahre aufzuwenden hatte; denn diese Aufwendungen sind die aus der Beschränkung entspringenden Nachteile. Praktisch wird diese Regelung darauf hinauslaufen, daß der Enteigner überhaupt keine Bergschädenansprüche mehr geltend macht, weil er weiß, daß er dem Bergbautreibenden dessen Aufwendungen doch nach der nächsten Entschädigungsfestsetzung wird ersetzen müssen.

3) Diese sehr glückliche Regelung sieht das Gesetz nur für den Fall der Beschränkung des Grundeigentums vor. Der Gedanke liegt nun nahe, § 12 Abs. II PrEG auch bei der Entziehung des Grundeigentums analog anzuwenden. Allerdings stellt man damit auch die Frage, warum der Gesetzgeber diese Möglichkeit nicht selbst bestimmt hat. Daß er wußte, wie schwer die Festsetzung der Entschädigung im Voraus manchmal sein kann, zeigt die Aufnahme des § 12 Abs. II in das PrEG. Wenn trotzdem keine Regelung dahingehend getroffen worden ist, daß auch bei der Entziehung des Grundeigentums die Entschädigung in halbjährlichen Raten nachträglich festzustellen ist, wenn die Nachteile der Enteignung nicht im Voraus abschätzbar sind, so kann daraus nur der Schluß gezogen werden, daß der Gesetzgeber eine solche Art der Entschädigungsregelung nicht gewünscht hat. Der Grund dafür ist wahrscheinlich darin zu sehen, daß er grundsätzlich den Standpunkt einnahm, bei der Enteignung sollten alle Beziehungen zwischen Eigentümer und Unternehmer geklärt werden, also auch eine abschließende Regelung der Entschädigungsfrage erfolgen. Diese Tendenz kommt z. B. auch in der Sondervorschrift des § 31 PrEG zum Ausdruck, aufgrund deren nach der Enteignung noch Ansprüche wegen der

⁴⁹⁾ Hopf S. 160; Eger Bd. II S. 325; Koch § 31 PrEG Anm. 7; RGZ 7, 258 und 55, 363

Schäden, die durch den Bau oder den Betrieb einer auf dem enteigneten Grundstück errichteten Anlage entstanden sind, geltend gemacht werden können; denn auch dieser Anspruch kann nur bis zum Ablauf von drei Jahren nach der Errichtung der Anlage geltend gemacht werden. Wenn dagegen die Bestimmung des § 12 Abs. II für Beschränkungen getroffen wurde, so ist das wohl darauf zurückzuführen, daß zwischen dem Grundeigentümer und dem dringlich Berechtigten ohnehin Beziehungen bestehen bleiben, zum anderen Beschränkungen meistens das Grundstück auch nicht für immer belasten. Bei der Entziehung des Grundeigentums dagegen bestehen nach der Enteignung in der Regel zwischen Enteignetem und Enteigner keinerlei Rechtsbeziehungen mehr; außerdem ist der Eigentumsübergang endgültig, d. h. die durch ihn geschaffene Rechtslage bleibt immer bestehen, und demnach müßte die Entschädigung als ewige Rente weiterlaufen, ohne daß jemals eine Zäsur einträte, wenn § 12 Abs. II analog anwendbar wäre.

Abgesehen davon, daß der Gesetzgeber also selbst die in § 12 Abs. II geregelte Möglichkeit nicht auf den Fall der Entziehung des Grundeigentums anwenden wollte, ist eine Analogie hier aus folgendem Grunde abzulehnen: Grundsätzlich muß die Festsetzung der Entschädigung sofort erfolgen und kann nicht hinausgeschoben werden. Nur bei Beschränkungen, deren Nachteile im Voraus nicht abschätzbar sind, kann auf Antrag des Eigentümers die Entschädigung nach einem jeden halben Jahr festgesetzt werden. § 12 Abs. II ist also eine Ausnahmebestimmung, die nicht ausdehnend angewandt werden kann.

Demnach ist also ein Aufschub des Ersparniswertersatzes solange, bis der erlittene Nachteil ziffernmäßig feststeht, nur dann möglich, wenn die Enteignung in der Auferlegung einer Beschränkung besteht. Bei der Entziehung des Grundeigentums ist dagegen sofortige Festsetzung erforderlich⁵⁰⁾.

B) Die beste Lösung des Problems, eine Art der Entschädigung zu finden, die keinen der Beteiligten auf Kosten des anderen bevorzugt, zudem jede finanzielle Transaktion erspart, wäre eine Erklärung des Enteignenden, daß er auf alle ihm zukünftig entstehenden Ansprüche betr. den Ersatz von Bergschäden verzichte (sogenannter Bergschädenverzicht) und dann evtl. die Sicherung dieses Verzichts durch Eintragung im Grundbuch. Diese Lösung erspart jeden späteren Prozeß oder doch zumindestens langwierige Verhandlungen, macht die Entschädigungsfeststellung und ihre umfangreichen Berechnungen zu einer Formsache, fordert nicht von dem Enteigner die sofortige Zahlung und gibt dem Bergbautreibenden die gewünschte Sicherheit. Der größte Vorteil einer solchen Lösung jedoch wäre, daß durch sie sowohl eine zu hohe Ersatzleistung wie eine zu geringe unmöglich gemacht würde. Im Folgenden soll nun untersucht werden, wie

⁵⁰⁾ Eger Bd. I S. 472

eine solche Verzichtserklärung und ihre Eintragung im Grundbuch erreicht werden kann.

I. Zweifellos kann dieser Erfolg durch eine Vereinbarung zwischen den Parteien erreicht werden. Es spricht keine Bestimmung im PEG dagegen, daß auf dem enteigneten Grundstück dingliche Lasten ruhen dürfen; entgegen § 45 ist es sogar möglich, die Übertragung des Eigentums im Wege der Enteignung mit einer darauf ruhenden dinglichen Belastung darauf vorzunehmen⁵¹⁾; erst recht muß es dann dem Unternehmer, der die Entschädigungsfrage durch Vereinbarung mit dem Grundeigentümer klärt, gestattet sein, die Grundstücke mit Rechten Dritter, also einem Bergschädenverzicht, zu belasten. Die Aussichten einer vertraglichen Einigung sind nicht einmal gering. Wenn es feststeht, daß der Ersparniswert eines Grundstücks im Entschädigungsfeststellungsverfahren und im evtl. nachfolgenden Prozeß vor dem ordentlichen Gericht anerkannt wird, dann besteht der Bergbautreibende sicherlich auch bei einer vergleichweisen Regelung auf einer Vergütung des Ersparniswertes, und wenn der Enteigner auch an einer Einigung im Verhandlungswege interessiert ist — was zumeist wegen der schnelleren Abwicklung und der geringeren Kosten der Fall ist —, er zudem weiß, daß er bei Durchführung des Verfahrens ohnehin den Ersparniswert ersetzen muß, dann wird er dem Verlangen seines Vertragspartners häufig Rechnung tragen. Auch wird er keine Bedenken haben, die Vergütung des Ersparniswertes durch einen Bergschädenverzicht und dessen Eintragung in das Grundbuch vorzunehmen, weil die Vorteile einer solchen Regelung vom wirtschaftlichen wie vom juristischen Standpunkt aus allzu einleuchtend sind. So wird in vielen Fällen die Rechtsfrage nach dem Ersparniswertersatz ohne Kommissar und Gericht ihre Erledigung finden.

II. Für die nicht minder zahlreichen Fälle, in denen eine Einigung nicht zustandekommt, ist nun zu prüfen, ob der Bergschädenverzicht als Entschädigung verlangt, d. h. dem Enteigner in dem Entschädigungsfeststellungsbeschluß auferlegt werden kann. Die Meinungen zu dieser Frage sind geteilt. Heinemann⁵²⁾ vertritt mit dem Hinweis, daß es so „am einfachsten“ sei, die Auffassung, daß dem Enteigner ein Bergschädenverzicht auferlegt werden solle, weil dieser Verzicht ein Bestandteil der Entschädigung sei. Die von ihm zitierte Entscheidung des LG Essen⁵³⁾ kann allerdings hier nicht herangezogen werden, weil sie nicht den Fall einer Enteignung gemäß dem PrEG, sondern den einer Grundabtretung nach dem ABG betraf. Im Gegensatz zu Heinemann ist der Regierungspräsident in Arnberg⁵⁴⁾ der Ansicht, daß eine Bergschädenverzichtserklärung nicht als Enteignungsentuschädigung verlangt werden könne, weil gemäß § 7 S. 2 PrEG die Entschädigung in Geld gewährt werde. Dieser Auffassung ist zuzustimmen.

⁵¹⁾ Koffka S. 209

⁵²⁾ S. 112 f

⁵³⁾ JW 30, 3787

⁵⁴⁾ Beschl. vom 18. 2. 56, G. Z. I E 21/53

Von dem Grundsatz, daß die Entschädigung in Geld zu leisten ist⁵⁵⁾, gibt es nur die Ausnahme des § 7 S. 3 PrEG, wonach eine andersartige Entschädigung in gesetzlich vorgesehenen Fällen in Grund und Boden in Betracht kommt. Über den klaren Gesetzeswortlaut aber kann nicht hinweggegangen werden. Demnach kann der Bergschädenverzicht nicht als Entschädigung verlangt werden.

III. Schließlich ist noch zu untersuchen, ob nicht die Möglichkeit besteht, dem Enteigner im Planfeststellungsbeschluß einen Bergschädenverzicht aufzuerlegen. Gesetzliche Grundlage dafür kann nur § 21 Abs I PrEG sein. Diese Vorschrift lautet:

„Der Kommissar hat nach Beendigung der Verhandlungen letztere der Bezirksregierung vorzulegen, welche prüft, ob die vorgeschriebenen Förmlichkeiten beobachtet sind, mittels motivierten Beschlusses über die erhobenen Einwendungen entscheidet und danach

- 1) den Gegenstand der Enteignung, die Größe und die Grenzen des abzutretenden Grundbesitzes, die Art und den Umfang der aufzuerlegenden Beschränkungen sowie auch die Zeit, innerhalb deren längstens vom Enteignungsrechte Gebrauch zu machen ist — soweit die Königliche Verordnung (§ 2) über diese Punkte keine Bestimmungen enthält —,
- 2) die Anlagen, zu deren Errichtung wie Unterhaltung der Unternehmer verpflichtet ist (§ 14), feststellt.“

1) Es liegt nun nahe, die Auferlegung des Bergschädenverzichts als eine Feststellung der Art und des Umfanges der aufzuerlegenden Beschränkungen zu betrachten. Das Gesetz sagt nichts darüber, wem die Beschränkungen nach § 21 Abs. I Ziff. 1 auferlegt werden können. Auch die Motive enthalten zu diesem Punkte nichts Wesentliches. § 21 des Regierungsentwurfes⁵⁶⁾ formulierte die hier bedeutsame Bestimmung mit „Art und Umfang der beanspruchten Eigentumsbeschränkungen“, woraus sich aber ebensowenig ergibt, ob damit das alte Eigentum des Enteigneten oder das zukünftige des Enteigners oder beide gemeint sind, und welcher Beteiligte „beansprucht“. Es spricht vieles dafür, daß zumindest in erster Linie der Grundeigentümer derjenige ist, dem gemäß § 21 Abs. I S. 1 Beschränkungen auferlegt werden können. Nachdem in den vorangegangenen Worten „die Größe und die Grenzen des abzutretenden Grundbesitzes“ vorgeschrieben wurde, welche Feststellungen der Beschluß bei der Entziehung des Grundeigentums enthalten muß, folgt dann die Regelung eines Falles der Beschränkung des Grundeigentums. Die einfache Nebeneinanderstellung beider Vorschriften ohne eine Trennung wie „oder“ oder „beziehungsweise“ steht dem nicht entgegen; denn der § 21 PrEG schreibt nicht vor, daß nun alle in ihm aufgeführten Bestandteile tatsächlich in den

⁵⁵⁾ Koffka S. 62; Forsthoff S. 292; RGZ 71, 206

⁵⁶⁾ Eger Bd. II S. 135

Beschluß aufgenommen werden, sondern nur diejenigen, die in konkretem Fall einer Feststellung bedürfen; das ergibt sich ganz klar aus der Nr. 2 des § 21 Abs. 1: Wenn der Unternehmer im speziellen Enteignungsfall keine Anlagen im Sinne des § 14 errichten und unterhalten muß, kann eine Feststellung dieser Art im Beschluß auch nicht getroffen werden; es dürfte wohl auch nicht erforderlich sein, eigens zu erklären, daß keine Anlagen zu errichten sind. Im übrigen beweist die Tatsache, daß für die Planfeststellung sonst keine Bestimmung vorhanden ist, die auf die Beschränkung des Grundeigentums angewandt werden kann, daß § 21 Abs. 1 Nr. 1 zumindestens in erster Linie mit den Worten „aufzuerlegendende Beschränkungen“ die zugunsten des Enteigners dem Enteigneten auferlegten meint.

2) Daneben ist es aber auch denkbar, daß die in § 21 Abs. 1 Nr. 1 erwähnten Beschränkungen auch solche sind, die dem Enteigner auferlegt werden. Dagegen könnte zunächst die Fassung des Gesetzes sprechen.

a) Oberflächlich betrachtet sieht es so aus, als sei in Nr. 1 des § 21 Abs. 1 von den Rechten die Rede, die dem Enteigner durch das Verfahren erwachsen sollen, und in Nr. 2 von seinen Pflichten. Bei genauer Nachprüfung zeigt sich, daß Nr. 2 allein diesem ersten Anschein entspricht, und das rein zufällig, weil hier ein spezieller Fall vorliegt; genau so hätte der Gesetzgeber einen speziellen Vorteil für den Unternehmer in Nr. 2 regeln können. Auch in Nr. 1 hat er nämlich nicht nur solche Bestimmungen des Beschlusses angeführt, die sich zugunsten des Enteigners auswirken; im Gegenteil kann sich unter diesen Feststellungen eine befinden, durch die ihm das, was er bei der Enteignung erstrebte, nicht gegeben wird, sondern wesentlich weniger; denn der Planfeststellungsbeschluß enthält z. B. die Entscheidung darüber, ob die Flächen, für die die Planfeststellung beantragt ist, für die Ausführung des mit dem Enteignungsrecht ausgestatteten Unternehmens erforderlich sind; er kann eine Beschränkung anordnen, wo eine Entziehung des Grundeigentums beantragt ist⁵⁷⁾. Und schließlich enthält die Nr. 1 in ihrem letzten Teil noch eine Vorschrift, die praktisch eine Auflage ist: Der Beschluß hat die Zeit anzugeben, in der von dem Enteignungsrecht Gebrauch zu machen ist. Das heißt nichts anderes, als daß dem Unternehmer die Auflage gemacht wird, bis zu einem bestimmten Termin den Antrag auf Feststellung der Entschädigung zu stellen⁵⁸⁾, und daß im Falle der Nichterfüllung dieser Auflage das Enteignungsrecht erlischt (§ 42 Abs. 1 S. 1 PrEG). Der Aufbau des § 21 und seine Fassung widersprechen also nicht der Auffassung, daß die Beschränkungen der Nr. 1 auch dem Enteigner auferlegt werden können; denn die Auferlegung des Bergschädenverzichts ist ebenso eine Auflage wie die, innerhalb einer bestimmten Zeit von dem Enteignungsrechte Gebrauch zu machen, womit allerdings nicht behauptet werden soll, daß auch hier die Nichterfüllung so schwere Folgen wie das Erlöschen des Enteignungsrechtes haben müßte.

⁵⁷⁾ Hopf S. 119

⁵⁸⁾ Koffka S. 209

b) Voraussetzung für die Möglichkeit, dem Unternehmer im Planfeststellungsbeschluß einen Bergschädenverzicht aufzuerlegen, ist weiterhin, daß es überhaupt zulässig ist, eine Entziehung oder Beschränkung des Grundeigentums unter Beschränkung des Rechtes, das der Unternehmer erhalten soll, vorzunehmen, und daß keine andere rechtliche Grundlage besteht als die des § 21 Abs. Nr. 1, solche Beschränkungen anzuordnen.

aa) Bei einer Enteignung ergibt sich sehr oft die Notwendigkeit, das von dem Unternehmer zu erwerbende Recht einzuschränken, sei es zum Schutz des Enteigneten oder Dritter. Fälle, in denen sich gar keine andere Lösung ergibt als diese, sind z. B. folgende:

Der Enteignete kann einem Wasser- oder Elektrizitätswerk gestattet haben, über sein Grundstück Leitungen zu verlegen, ohne daß etwas derartiges ins Grundbuch eingetragen worden wäre. Wenn nun die Enteignung erfolgt und wie gewöhnlich ein öffentliches Interesse an der Aufrechterhaltung des Versorgungsunternehmens besteht, macht das die Eintragung eines Dienstbarkeits nötig, und das muß durch staatlichen Zwang geschehen können, wenn zwischen dem Unternehmer und dem Wasser- oder Elektrizitätswerk keine entsprechende Einigung zustandekommt.

Wird einem Grundeigentümer das Grundstück genommen, das bisher die einzige Verbindung zwischen der Straße und seinen übrigen Ländereien war, dann muß ihm durch die Eintragung eines Wegerechts bzw. eine dahingehende Auflage an den Enteigner weiterhin die Möglichkeit gegeben werden, auch nach der Enteignung zu der Straße zu gelangen.

Daran, daß in solchen Fällen die Auferlegung einer Beschränkung für den Unternehmer zulässig ist, kann kaum ein Zweifel bestehen. Bei der Planfeststellung hat eine Prüfung dahin zu erfolgen, ob und in welchem Ausmaße eine Enteignung notwendig ist; dabei kann sich ergeben, daß eine Entziehung des Grundeigentums nicht erforderlich ist, sondern eine Beschränkung genügt. Zwischen beiden liegt die Entziehung des Eigentums unter einer Auflage, die eine Beschränkung des neuen, durch die Enteignung beim Unternehmer liegenden Eigentums bezweckt. Da diese Form der Enteignung zwischen der völligen Entziehung des Eigentums und der bloßen Beschränkung liegt, beide Extreme also zulässig sind, muß auch der mittlere Weg zulässig sein. Wenn also der Kommissar zu der Überzeugung kommt, daß zur Durchführung des Plans ein Eigentum, das mit einer Beschränkung belastet ist, genügt, dann kann er dem Enteigner auch eine Beschränkung auferlegen, genau so, wie es möglich ist, die Übertragung des Eigentums so anzuordnen, daß sie entgegen § 45 PEG nur mit einer darauf ruhenden dinglichen Belastung erfolgt⁵⁹⁾. Auch in diesem Fall wird wie bei jenem der Gegenstand der Enteignung eingeschränkt.

bb) Nachdem nun klagestellt ist, daß eine Auflage an den Unternehmer zulässig und notwendig sein kann, bleibt noch zu untersuchen, ob für

⁵⁹⁾ Koffka S. 209

die Festsetzung einer solchen Auflage § 21 Abs. 1 Nr. 1 oder Nr. 2 Anwendung findet. Hopf⁶⁰⁾ ist der Meinung, auch lediglich rechtliche Vorgänge könnten gegebenenfalls als Anlagen im Sinne des § 14 anzusehen sein und demnach nach § 21 Abs. 1 Nr. 2 auferlegt werden. Wenn einem Grundstück die nötige Wegeverbindung oder das erforderliche Licht genommen werde, so sei nicht einzusehen, warum hier zur Abstellung dieser Schäden nicht dem Unternehmer die Beschaffung ausgleichender Servitute aufgegeben werden dürfe. Dieser Auffassung muß jedoch entgegengehalten werden, daß sie dem Sprachgebrauch zuviel Gewalt antut. Wie sich aus dem Wortlaut der §§ 14 und 21 Abs. 1 Nr. 1 PrEG ergibt, versteht der Gesetzgeber unter „Anlagen“ Bauwerke und ähnliche Dinge, die durch tatsächliche Handlungen geschaffen werden („errichten“ und „unterhalten“), nicht aber Willenserklärungen, wie sie zur Einräumung von Rechten erforderlich sind. Es scheint wesentlich einfacher und sinnvoller, § 21 Abs. 1 Nr. 1 so auszulegen, daß er „... die Art und den Umfang der dem Grundeigentümer oder Unternehmer aufzuerlegenden Beschränkungen ...“ zu lesen ist, was dem Wortlaut oder Sinn des Gesetzes nicht widerspricht, da dieses nicht zu erkennen gibt, ob die Beschränkungen nur dem Grundeigentümer oder nur dem Unternehmer oder beiden auferlegt werden können.

3) Wenn nach den vorausgegangenen Ausführungen die Möglichkeit besteht, dem Unternehmer Beschränkungen aufzuerlegen, dann ist auch eine die Erklärung und Eintragung eines Bergschädenverzichts bezweckende Auflage zulässig; denn der Bergschädenverzicht ist eine Beschränkung des Enteignenden, der das Eigentum mit der Einschränkung erwirbt, daß er keine Bergschädenansprüche geltend machen kann.

4) Gegen diese Lösung könnte nun eingewandt werden, daß sie dem Grundsatz des § 7 S. 2 widerspreche, nach dem die Entschädigung nur in Geld gewährt wird; daß weiter hier eine Entschädigungsfrage im Planfeststellungsbeschluß geregelt werde, in den sie freilich nicht gehört⁶¹⁾. Dazu ist zu sagen, daß die Auferlegung eines Bergschädenverzichts keine Entschädigung ist, sondern daß sie einen infolge der Enteignung demnächst wahrscheinlich auftretenden Schaden verhindert. Die Beschränkungen des § 21 Abs. 1 Nr. 1 können ebenso wie die Anlagen des § 21 Abs. 1 Nr. 2, zu deren Errichtung der Unternehmer verpflichtet werden kann, im Interesse des Enteigneten auferlegt werden; in diesem Falle tritt ein Schaden gar nicht erst ein, und die Entschädigung wird entsprechend geringer⁶²⁾.

5) Demnach steht also nichts der Ansicht entgegen, daß nach § 21 PrEG durch Beschluß dem Enteigner ein Bergschädenverzicht auferlegt werden kann. Da es sich bei diesem Beschluß nicht um einen solchen handelt, der die Entschädigung regelt, kann er auch nur im Verwaltungsrechtswege

⁶⁰⁾ S. 73

⁶¹⁾ Hopf S. 116

⁶²⁾ Koffka S. 62; RGZ 71, 203

angefochten werden, und zwar verläuft der Rechtsmittelweg nach dem Widerspruch an den Ressortminister (§§ 22 PrEG, 150 ZustG) zu den Verwaltungsgerichten gemäß der VwGO des Bundes^{62a)}. Das ist für die Beteiligten deshalb nachteilig, weil kein Anspruch auf diese oder jene Entscheidung der Behörde besteht, sondern die Auferlegung des Bergschädenverzichts praktisch eine Ermessensentscheidung ist.

IV. Wenn der Bergschädenverzicht durch Einigung zwischen den Parteien oder durch Auflage im Planfeststellungsverfahren tatsächlich zustandekommt, bleibt noch die Frage offen, welchen Einfluß die Erklärung des Bergschädenverzichts auf die Höhe der Entschädigung hat. Bei der gütlichen Regelung wird man auch hierüber eine vernünftige Vereinbarung treffen; akut wird das Problem aber dann, wenn der Bergschädenverzicht eine Auflage im Planfeststellungsbeschluß ist. Bei der Antwort auf diese Frage ist davon auszugehen, daß der Schaden, der durch den Verlust des Ersparniswertes entstehen würde, nunmehr verhindert ist. Wählt der Bergbautreibende den Verlust des Ertragswertes, so ist von den Nutzungen der jährliche Ertrag durch Einsparung von Bergschädenansprüchen abzuziehen, der restliche Ertrag zu kapitalisieren und zu bezahlen; dient der gemeine Wert als Berechnungsgrundlage, so ist der Preis zugrunde zu legen, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr für das mit dem Bergschädenverzicht belastete Grundstück erzielt worden wäre, in der Regel also ein geringerer.

V.) Das gewonnene Ergebnis zeigt, daß es entweder vom guten Willen des Enteigners oder vom Ermessen der Verwaltung abhängt, ob die wirtschaftlich wie rechtlich so glückliche Lösung, das Ersparniswertproblem durch einen Bergschädenverzicht des Enteigners auszuräumen, in die Tat umgesetzt werden kann, eine Tatsache, die zweifellos zu bedauern ist. Ein restlos befriedigendes Ergebnis wäre nur dann zu erzielen, wenn entgegen § 7 S. 2 PrEG der Bergbautreibende einen Anspruch auf Entschädigung durch Erklärung und Eintragung eines Bergschädenverzichts besäße.

6. Kapitel

Die Enteignung eines Grundstücks, auf dem ein dingliches Recht des Bergbautreibenden lastet.

Wie im ersten Kapitel unter B II bereits dargelegt, taucht das Problem „Ersparniswert“ nicht nur bei der Enteignung solcher Grundstücke auf, die einem Bergbautreibenden gehören, sondern auch bei denen, die zwar im Eigentum eines Dritten stehen, aber mit einem dinglichen Recht zugunsten des Bergbautreibenden oder des Bergwerkseigentums belastet sind. Es war

^{62a)} BGBl. 1960, Teil I, S. 17

auch schon darauf hingewiesen worden, daß unter Umständen das Erbbaurecht, die Grunddienstbarkeit, die beschränkte persönliche Dienstbarkeit, der Nießbrauch und das dinglich gesicherte Vorkaufsrecht einen Ersparniswert besitzen können. Für den Fall, daß der Ersparniswert tatsächlich besteht, ist nun die Frage zu prüfen, ob er auch ersetzt wird, da dingliche Rechte durch die Enteignung in der Regel erlöschen (§ 45 Abs. 1 PrEG).

A) Die Entschädigung der dinglich Berechtigten ist in § 11 geregelt. Nach dieser Vorschrift ist der Betrag des Schadens, den Nutzungs-, Gebrauchs- und Servitutberechtigte durch die Enteignung erleiden, besonders zu ersetzen, soweit er nicht in der für die Entziehung des Grundeigentums gezahlten Entschädigung enthalten ist. Das bedeutet, daß grundsätzlich die Entschädigung für das zu enteignende Grundstück ohne Rücksicht auf die Belastungen gezahlt wird und die Entschädigungssumme gemäß § 45 Abs. 11 PrEG wegen aller Eigentums-, Nutzungs- und Realansprüche an die Stelle des enteigneten Grundstücks tritt⁶³). Oft ist jedoch ein Schaden, den ein dinglich Berechtigter durch das Erlöschen seines Rechtes gemäß § 45 Abs. 1 erleidet, höher als der Betrag, um den der Wert des enteigneten Grundstücks durch die daraufliegende Belastung vermindert wurde. Dann ist dieser Mehrwert gemäß § 11 besonders dem Berechtigten zu ersetzen⁶⁴).

B) Es soll nun untersucht werden, ob bei den einzelnen dinglichen Rechten über den Minderwert, den das belastete Grundstück infolge der Belastung besitzt, hinaus dem Berechtigten ein höherer Schaden — wegen des verlorenen Ersparniswertes — erwachsen und dieser nach § 11 ersetzt werden kann.

I. Zunächst soll diese Frage für das Erbbaurecht gestellt werden. Durch diese Belastung wird das Grundstück in seinem Wert dadurch beeinträchtigt, daß dem Besteller praktisch nur der Erbbauzins von seinem Eigentum bleibt, im übrigen nutzt der Berechtigte das Grundstück dadurch, daß er ein Gebäude darauf errichtet. Der Schaden, den der Bergbautreibende, also der Inhaber des Erbbaurechts, durch die Enteignung erleidet, besteht darin, daß er das Recht, für das er bisher den Erbbauzins zahlte, verliert; sein Verlust ist also identisch mit dem Minderwert, den das Grundstück bisher für den Eigentümer infolge der Belastung hatte. Bedenkt man, daß ein Grundstück nur gegen einen entsprechenden Gegenwert in Gestalt eines Erbbauzinses mit diesem Recht belastet wird, dann muß man auch zu dem Ergebnis kommen, daß ein über den Minderwert hinausgehender Schaden des Bergbautreibenden nur dann bestehen kann, wenn der Erbbauzins einen geringeren Wert hat als der Reingewinn aus dem Haus, das der Bergbautreibende auf dem Grundstück besitzt, und dem aus der Einsparung von Bergschädenansprüchen bestehenden Ertrag. Ist das der Fall, dann kann der Bergbautreibende einen Schaden erleiden, der über den bereits für das Erbbaurecht an den Eigentümer bezahlten Betrag hinausgeht. Da dieser Schaden einem Nutzungsberechtigten — das Erbbaurecht

⁶³) Koffka S. 164; RG JW 99, 122

⁶⁴) Neufang S. 60f; Koffka S. 164

ist ein Nutzungsrecht — entstanden ist, kann der Bergbautreibende diesen Schaden nach § 11 PrEG gesondert geltend machen. Allerdings muß noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Voraussetzungen dafür nur in Ausnahmefällen vorliegen werden. Der Normalfall ist der: In einer bestimmten Wohngegend werden dreistöckige Häuser behördlicherseits zugelassen. In diesem Gebiet läßt sich der Bergbautreibende ein Erbbaurecht bestellen. Als Grundlage für die Berechnung des Erbbauzinses dienen dann natürlich die Einkünfte eines dreistöckigen Hauses, und will der Bergwerksbesitzer einen Ersparniswert erzielen, darf er nur ein- oder zweistöckig bauen. Damit aber wird der Ersparniswert dadurch aufgezehrt, daß mehr Erbbauzins gezahlt werden muß, als es ein ein- oder zweistöckiges Haus wirtschaftlich erträglich macht. Theoretisch zumindest aber kann der Bergbautreibende gesonderten Ersatz seines zusätzlichen Schadens geltend machen, weil ihm auch als Grundstückseigentümer ein Ersatz des Ersparniswertes neben dem auf Ersatz des Grundstückswertes zusteht⁶⁵⁾.

II. Der typische Fall des Ersparniswertes, der aus einem dinglichen Recht fließt, ist der einer Grunddienstbarkeit, die einen Bergschädenverzicht zum Gegenstand hat. Hier allerdings kann ein über den Minderwert, der für den Eigentümer durch die Belastung entsteht, hinausgehender Schaden nicht vorliegen. Wenn auf einem im Bergschädengebiet gelegenen Grundstück ein Bergschädenverzicht lastet, dann vermindert sich der Wert des Geländes um eben den Wert der Grunddienstbarkeit; die Entschädigung dafür ist also bereits in der dem Eigentümer zu zahlenden Summe enthalten. Aber auch dann, wenn die Grunddienstbarkeit nicht einen Bergschädenverzicht zum Gegenstand hat, sondern dem Eigentümer z. B. verbietet, ein mehr als einstöckiges Haus zu errichten, wodurch sie ebenfalls einen Ersparniswert hat, gilt dasselbe; denn dem Eigentümer selbst steht von der Entschädigung nur der Teil zu, der dem Gegenwert für das belastete Grundstück entspricht; der Rest gebührt dem Bergbautreibenden und entspricht dem Wert der Dienstbarkeit.

III. Das zu II) Gesagte gilt entsprechend auch für die beschränkte persönliche Dienstbarkeit, die einen Ersparniswert besitzt.

IV. Für den Ersparniswert, den der Nießbrauch an einem Grundstück für den an ihm berechtigten Bergbautreibenden hat, gilt folgendes: Entscheidend ist, ob die durch die Rechte des Gebrauchs und der Fruchtziehung dem Berechtigten zustehenden Nutzungen durch die nach § 8 zu leistende Entschädigung erfaßt sind⁶⁶⁾. Der besondere Gebrauch, der in der Freihaltung des Grundstücks von teuren Bauten und Anlagen besteht, wird bei der Enteignung nur berücksichtigt, wenn Gründe ersichtlich sind, die diesen Gebrauch wertvoll machen. Bei einem Grundeigentümer, der keinen Bergbau treibt, ist das in der Regel nicht der Fall; deshalb wird

⁶⁵⁾ Koffka S. 165

⁶⁶⁾ Koffka S. 166

diese Nutzung in der Entschädigung nicht berücksichtigt und muß daher vom bergbautreibenden Nießbraucher als Nutzungsberechtigten nach § 11 PrEG besonders geltend gemacht werden.

V. Das dingliche Vorkaufsrecht ist nicht besonders in § 11 genannt. Der Kreis der in dieser Vorschrift aufgezählten Berechtigten darf jedoch nicht ausgedehnt werden⁶⁷⁾; auch das dingliche Vorkaufsrecht speziell fällt nicht unter § 11; ein gesonderter Ersatz kommt deshalb nicht in Betracht⁶⁸⁾.

C) Für die Art des Ersatzes, der den dinglich Berechtigten u. U. nach § 11 zusteht, trifft das Gesetz keine besonderen Regelungen, der Ersatz ist vielmehr nach den bereits entwickelten Grundsätzen zu leisten. Insoweit kann auf Kap. 5 verwiesen werden.

D) Einige Worte sollen jedoch noch der Behandlung von Bergschädenverzicht gelten, die in Gestalt von Grund- oder beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten auf einem zu enteignenden Grundstück lasten. Grundsätzlich gehen solche Belastungen unter, da das enteignete Grundstück mit der Zustellung des Enteignungsbeschlusses von allen darauf haftenden privatrechtlichen Verpflichtungen, also auch dinglich gesicherten Bergschädenverzicht, frei wird (§ 45 Abs. I PrEG); wegen der Entschädigung kann der Bergbautreibende sich nur an den Grundeigentümer halten (§ 45 Abs. II), da nach den oben unter B II) angestellten Überlegungen ein besonderer Schaden im Sinne des § 11 nicht in Betracht kommt. Deshalb muß also der Bergbautreibende in Geld entschädigt werden. Statt dessen können sich aber die Beteiligten, also der Unternehmer und der dinglich Berechtigte, auch auf Übernahme der Belastungen einigen (§ 45 Abs. I). Und schließlich kann durch den Planfeststellungsbeschluß nach § 21 angeordnet werden, daß der Bergschädenverzicht als Belastung vom Unternehmer übernommen werden muß⁶⁹⁾. Zwar ist das nur möglich, wenn die Übernahme der Beschränkung das Unternehmen nicht behindert oder unmöglich macht⁷⁰⁾, doch liegt diese Voraussetzung beim Bergschädenverzicht vor, da dieser das Unternehmen nicht behindert, sondern höchstens verteuert. Deshalb ist die Übernahme eines auf dem Grundstück lastenden Bergschädenverzichts durch Vertrag oder Anordnung im Planfeststellungsbeschluß zulässig.

⁶⁷⁾ Koffka S. 164; Hopf S. 59; RG Soergel R 1907, 1009; Neufang S. 60; a. A. Eger Bd. I S. 396

⁶⁸⁾ Neufang S. 60; RG 86, 184

⁶⁹⁾ Hopf S. 211; Koffka S. 209

⁷⁰⁾ Neufang S. 112

7. Kapitel

Die Enteignung eines Grundstücks, an dem der Bergbautreibende ein obligatorisches Recht hat.

Im ersten Kapitel unter B III) hatte sich gezeigt, daß auch gewisse obligatorische Rechte an einem Grundstück unter gewissen Umständen einen Ersparniswert haben können, nämlich Miete, Pacht und schuldrechtliches Vorkaufsrecht. Es ist nun zu prüfen, ob auch dieser Ersparniswert, den ein fremdes Grundstück für den an ihm obligatorisch berechtigten Bergbautreibenden haben kann, in der Enteignung entschädigt wird.

A) Grundsätzlich erlischt auch ein schuldrechtliches Verhältnis, das zu dem betreffenden Grundstück besteht, durch die Enteignung. Dabei ist es ohne Bedeutung, ob der § 45 Abs. I diesen Erfolg bewirkt⁷¹⁾ oder die Enteignung sich als höhere Gewalt darstellt und infolgedessen die Verträge gelöst werden, wie das Reichsgericht meint⁷²⁾. Jedenfalls hat der Berechtigte seine Entschädigung für den Verlust des Rechts vom Eigentümer zu verlangen, da gemäß § 45 Abs. II die Entschädigung hinsichtlich aller Eigentums-, Nutzungs- und Realansprüche an die Stelle des Grundstücks tritt. Nur ausnahmsweise kann der Berechtigte gemäß § 11 den Schaden, der nicht in der für das enteignete Grundeigentum gezahlten Entschädigung enthalten ist, gesondert geltend machen.

B) Es ist nun hinsichtlich der einzelnen Rechte zu untersuchen, ob die Voraussetzungen des § 11 vorliegen und demnach der Ersparniswert gesondert verlangt werden kann.

I. Daß der Mieter seinen Schaden gesondert verlangen kann, ist in § 11 ausdrücklich gesagt. Das gilt auch dann, wenn der Mietvertrag auf unbestimmte Zeit geschlossen war⁷³⁾. Falls ein gemietetes Grundstück einen Ersparniswert hat, dann ist dieser normalerweise auch nicht durch die Entschädigung abgegolten, die der Eigentümer erhalten hat; denn dieser erhält nur Ersatz für die Nutzungen, die er selbst ziehen könnte, nicht aber für den Ertrag aus der Einsparung von Bergschäden, den nur ein Bergbautreibender ziehen kann. Sollte also ein besonderer Ersparniswert bestehen, so kann er auch zusätzlich verlangt werden; doch dürfte dieser Fall aus den bei der Behandlung des Erbbaurechts genannten Gründen äußerst selten sein.

II. Auch die gesonderte Entschädigung des Pächters ist in § 11 geregelt, wobei es wiederum nicht darauf ankommt, ob die Pacht auf bestimmte oder unbestimmte Zeit vereinbart wurde⁷³⁾. Hier wird auch meistens ein

⁷¹⁾ Koffka S. 297; Neufang S. 111

⁷²⁾ Gruchot 50, 1217

⁷³⁾ BGHZ 26, 248 ff

gesonderter Schaden vorliegen, wenn überhaupt ein Ersparniswert vorhanden ist; denn der Pachtzins wird im Allgemeinen nach dem aus den Früchten zu gewinnenden Betrag berechnet. Das, was der Bergbautreibende darüberhinaus durch die Verhinderung der Bebauung erspart, ist sein gesonderter und in der Entschädigung für das Grundstück nicht erhaltener Ertrag, den er — entsprechend den zum Nießbrauch gemachten Ausführungen — nach § 11 als Enteignungsschaden gesondert geltend machen kann.

III. Der schuldrechtlich Vorkaufsberechtigte ist in § 11 nicht erwähnt; für ihn kommt eine besondere Entschädigung nicht in Betracht.

C) Besondere Bestimmungen für die Art der Entschädigung beim Untergang obligatorischer Rechte bestehen nicht. Der gesondert geltend gemachte Schaden ist also in Geld zu ersetzen. Die Auferlegung eines Bergschädenverzichts kommt dagegen nicht in Frage, weil der Bergbautreibende sonst infolge der Enteignung günstiger dastehen würde als vorher; denn er erlangte damit statt eines obligatorischen, nur gegenüber dem Grundeigentümer wirkenden und in der Regel unter gewissen Fristen kündbaren Rechtes ein dingliches, das gegenüber jedermann wirkt, auch einen Eigentumswechsel überdauert und von stärkerem Bestand ist als etwa Pacht oder Miete.

D) Abschließend zu diesem Unterabschnitt soll noch bemerkt werden, daß diese Behandlung des Problems aufgrund des PrEG bei der Enteignung durch andere Unternehmen als öffentliche Verkehrsanstalten in solcher Breite und Ausführlichkeit erfolgte, um möglichst viele der auftauchenden Fragen einmal grundsätzlich zu erörtern. Zur Vermeidung allzuvieler Wiederholungen und zu großer Ausdehnung der Untersuchung wird bei den folgenden Überlegungen nur noch der Fall der Entziehung des Eigentums an einem dem Bergbautreibenden gehörenden Grundstück behandelt werden, weil dieser der wichtigste sowohl hinsichtlich seiner Folgen wie auch seiner Häufigkeit ist. Eine gewisse Durchbrechung dieses Aufbaues wird sich nur bei der Behandlung des Baulandbeschaffungsgesetzes ergeben.

2. Unterabschnitt

Enteignung durch öffentliche Verkehrsanstalten.

8. Kapitel

Die Rechtsprechung des Reichsgerichts.

Die bisherigen Erörterungen haben ergeben, daß der Ersparniswert grundsätzlich zu entschädigen ist, und zwar in Geld, daß es aber weiterhin auch möglich ist, das Eintreten eines Schadens infolge Verlustes des Ersparniswertes dadurch zu verhindern, daß ein Bergschädenverzicht verein-

bart oder nach § 21 PrEG dem Enteigner auferlegt wird. Nunmehr ist zu prüfen, ob dieses Ergebnis auch für den Fall einer Enteignung zugunsten einer öffentlichen Verkehrsanstalt gilt.

A) Der Begriff der öffentlichen Verkehrsanstalt ist dem § 153 Abs. I ABG entnommen. Diese Vorschrift lautet:

„Gegen die Ausführung von Chausseen, Eisenbahnen, Kanälen und anderen öffentlichen Verkehrsmitteln, zu deren Anlegung dem Unternehmer durch Gesetz oder besondere landesherrliche Verordnung das Expropriationsrecht beigelegt ist, steht dem Bergbautreibenden ein Widerspruchsrecht nicht zu.“

Sprach das Gesetz zunächst nur von Verkehrsmitteln und zählte es dazu nur echte Verkehrswege wie Straßen, Eisenbahnen und Kanäle, so hat die Praxis unterdessen den Ausdruck „öffentliche Verkehrsanstalten“ übernommen und dazu alle dem Transport von Personen, Gütern und Nachrichten dienenden ortsfesten Einrichtungen gemacht, denen ein Enteignungsrecht zusteht und an deren Aufrechterhaltung ein öffentliches Interesse besteht, z. B. außer den bereits vom Gesetz erwähnten Autobahnen und die Post- und Telegraphenanstalten⁷⁴⁾. Die Tendenz geht dahin, in wachsendem Umfang weitere Unternehmen als öffentliche Verkehrsanstalten zu betrachten. So hat der Regierungspräsident in Arnsberg⁷⁵⁾ auch die Energieunternehmen als öffentliche Verkehrsanstalten bezeichnet, und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß in den nächsten Jahren dazu auch die Wasserwerke oder die Pipe-Line-Gesellschaften gezählt werden. Das gibt Anlaß zu der Vermutung, daß der Anteil der Verkehrsanstalten an den durchzuführenden Enteignungen immer höher werden wird. Allerdings ist nicht das der Grund zu dieser Sonderbetrachtung der nach dem PrEG zugunsten öffentlicher Verkehrsanstalten durchgeführten Enteignungen, sondern die Rechtsprechung des Reichsgerichts, nach der der Ersparniswert in diesen Fällen nicht ersetzt wird.

B) In zwei Urteilen von 1904 und 1914⁷⁶⁾ lehnte das Reichsgericht es ab, die Enteignungsentschädigung deshalb zu erhöhen, weil das enteignete Grundstück dem Eigentümer dazu diene, Ersatzansprüchen wegen Bergschäden zu entgegen. Dieser Auffassung hat sich der Regierungspräsident in Arnsberg angeschlossen⁷⁵⁾. In der Begründung führte das Reichsgericht⁷⁷⁾ aus, das Bergwerkseigentum sei durch §§ 153 f ABG mit der gesetzlichen Beschränkung belastet, daß es Anlagen öffentlicher Verkehrsanstalten auf der Oberfläche und ihre Benutzung weder gefährden noch behindern

⁷⁴⁾ Boldt § 153 Anm. 2; Heinemann S. 118; RG JW 38, 1406

⁷⁵⁾ Beschluß vom 18. 2. 1956, GZ I E 21/63

⁷⁶⁾ RGZ 58, 157 ff und 84, 254 ff

⁷⁷⁾ RGZ 58, 157 ff

dürfe. Der Bergbau hafte unter Ausschluß des konkurrierenden Verschuldens im Sinne des § 150 ABG für jede Beschädigung der öffentlichen Verkehrsanstalt und habe sogar Einrichtungen zu treffen, um deren Unge-
störtheit zu gewährleisten. Dabei stehe ihm nur unter den Voraussetzungen des § 154 ein Schadensersatzanspruch gegen den Unternehmer zu. Das Verlangen der Klägerin, einer Bergwerksgesellschaft, laufe nun darauf hinaus, daß sie durch die Eisenbahn, die Beklagte, für die gesetzliche Beschränkung des Bergwerkseigentums entschädigt werden wolle. Dieser Anspruch lasse sich nicht aus dem PrEG, insbesondere dem Gesichtspunkte des individuellen Wertes, herleiten. Zwar fänden die Vorteile, die das Eigentum an den enteigneten Grundstücken der Klägerin durch die Befreiung von Bergschädenansprüchen verschaffe, tatsächlich in dem objektiven Wert keine Deckung, doch könne das wegen der besonderen berggesetzlichen Normen keine Berücksichtigung finden. Wenn diesen Vorschriften zufolge der Bergbau hinter dem mit Enteignungsrecht ausgestatteten Verkehrsunternehmen zurückstehen müsse, ferner mit der beschränkten Ersatzforderung gemäß § 154 ABG vorlieb zu nehmen habe, so sei damit eine weitere Ersatzforderung unter dem Gesichtspunkt der Enteignung unverträglich. Hätte eine Entschädigung für die dem Bergbau auferlegte Last dann gewährt werden sollen, wenn der Bergwerkseigentümer zugleich Eigentümer des enteigneten Grundstücks wäre, dann hätte das PrEG oder ABG dies aussprechen müssen. Da das nicht der Fall sei, könne das Gericht eine Rechtsanschauung nicht annehmen, nach der es den Zechen ermöglicht würde, künftig von öffentlichen Verkehrsanstalten benötigte Grundstücke zu erwerben, sich dadurch der gesetzlichen Eigentumsbeschränkung zu entziehen und die Vermögensnachteile auf die Bahn abzuwälzen. Aus der Bestimmung, die den Bergbau verbiete, sofern er den Verkehr schädige, folge von selbst, daß der Unternehmer nicht gezwungen werden könne, den Enteigneten wegen der aus der Übertretung des Verbots fließenden Nachteile schadlos zu halten und als Enteignungsschädigung auch die dem Ablösungswerte der gesetzlichen Last des Bergbaus entsprechende Summe zu zahlen; mit der vollzogenen Enteignung trete das Verhältnis zwischen der Verkehrsanstalt und dem Bergwerksbesitzer, wie es in den §§ 153 f ABG geregelt sei, ohne weiteres in Kraft.

C) Die Darlegung der Gründe ergibt, daß das Reichsgericht seine Entscheidung auf drei Rechtsgedanken stützt:

- I. Der Bergbau muß hinter dem mit dem Enteignungsrecht ausgestatteten Verkehrsunternehmen zurückstehen.
- II. Das Bergwerkseigentum ist gesetzlich dadurch beschränkt, daß es öffentliche Verkehrsanstalten nicht gefährden oder behindern darf.
- III. Der Bergbautreibende hat Einrichtungen zu treffen, um jede Störung des Verkehrs zu vermeiden.

Da diese Thesen die Grundlage der Reichsgerichtsentscheidung bilden, sind sie zunächst zu untersuchen.

I. Der Satz, daß der Bergbau hinter dem mit Enteignungsbefugnis ausgestatteten Verkehrsunternehmen zurückstehen muß, besagt allein für diesen Fall noch nichts. Es liegt im Wesen der Enteignungsbefugnis, daß der, dem sie verliehen ist, gegenüber anderen Rechtsgenossen bevorrechtigt ist, soweit es um dieses oder jenes benötigte Grundstück geht. Ein darüberhinausgehendes Vorrecht des Verkehrsunternehmens läßt sich direkt aus den §§ 153 f ABG, den ausschließlichen gesetzlichen Bestimmungen über das Verhältnis zwischen Bergbau und öffentlichen Verkehrsanstalten, nicht herleiten, doch lassen die beiden Paragraphen den allgemeinen Rechtsgedanken erkennen, dessen Ausprägungen sie sind: Im Verhältnis zwischen Bergbau und öffentlicher Verkehrsanstalt geht das Interesse des Verkehrsunternehmens vor⁷⁸⁾. Diese Grundlage der Reichsgerichtsentscheidung ist also richtig.

II. u. III. Es trifft auch zu, daß das Bergwerkseigentum mit der gesetzlichen Beschränkung belastet ist, öffentliche Verkehrsanstalten nicht behindern oder gefährden zu dürfen⁷⁹⁾, woraus sich weiter unmittelbar ergibt, daß der Bergbau Einrichtungen zu treffen hat, um jede Störung zu vermeiden. Beide Grundsätze folgen aus dem Gesetz. Da § 154 ABG dem Bergbautreibenden einen Schadenersatzanspruch für im Interesse des Unternehmens errichtete oder beseitigte oder geänderte Anlagen zugesteht, muß andererseits auch die Pflicht zur Errichtung, Beseitigung und Änderung solcher Anlagen bestehen. Es kann also davon ausgegangen werden, daß die Entscheidung des Reichsgerichts auf Grundsätzen aufbaut, die im Einklang mit den §§ 153 f ABG stehen.

D) Die Prüfung eines alten Urteils hat nun nicht den Zweck festzustellen ob es zu der Zeit, wo es gefällt wurde, richtig war, sondern es geht darum, ob auch heute noch so entschieden werden könnte. „Heute“ bedeutet hier „unter der Herrschaft des Bonner Grundgesetzes“. Es erhebt sich die Frage, ob nach geltendem Recht jene „gesetzliche Beschränkung des Bergbaus“ nicht eine Enteignung ist. Wäre das der Fall, dann könnten sich aufgrund der Entschädigungsvorschrift in Art. 14 GG schwere Bedenken hinsichtlich der weiteren Anwendbarkeit der §§ 153 f ABG ergeben, da diese keine Entschädigung vorsehen.

I. Die neuere Rechtsprechung definiert die Enteignung folgendermaßen: „Bei der Enteignung handelt es sich nicht um eine allgemeine und gleichwirkende, mit dem Wesen des betroffenen Rechts zu vereinbarende inhaltliche Bestimmung und Begrenzung des Eigentumsrechts, sondern um einen gesetzlich zulässigen, zwangsweise staatlichen Eingriff in das Eigentum, sei es in der Gestalt der Enteignung oder Belastung, der die betroffenen Einzelnen oder Gruppen im Verhältnis zu anderen ungleich besonders trifft und sie zu einem besonderen, den übrigen nicht zugemuteten Opfer für die Allgemeinheit zwingt, und zwar zu einem Opfer, das gerade nicht

⁷⁸⁾ Boldt § 1 53 Anm. 3

⁷⁹⁾ Boldt § 153 Anm. 4a

den Inhalt und die Grenzen der betroffenen Rechtsgattung allgemein und inhaltlich festlegt, sondern das aus dem Kreis der Rechtsträger Einzelne oder Gruppen von ihnen unter Verletzung des Gleichheitssatzes besonders trifft.“⁸⁰⁾

Gemäß Art. 14 GG kann also durch Gesetz Inhalt und Schranke des an sich institutionell gewährleisteten Eigentums⁸¹⁾ bestimmt werden. Wenn also die §§ 153 f ABG lediglich eine solche Bestimmung der Grenzen und Schranken des Eigentums enthalten, sind sie keine Enteignungsvorschriften.

II. Unter „Eigentum“ im Sinne des Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG sind alle privaten und öffentlichrechtlichen Vermögensrechte zu verstehen⁸²⁾, also auch das Recht des Bergbautreibenden, Mineralien selbst unter Beschädigung der Erdoberfläche und darauf errichteter Gebäude und Anlagen abzubauen. Im Allgemeinen ist die Beschädigung im Rahmen der betriebsplanmäßigen Abbautätigkeit keine objektive Rechtsüberschreitung, sondern eine rechtmäßige Einwirkung auf die Erdoberfläche⁸³⁾. Dieses Recht zur Beschädigung des Grundeigentums steht aufgrund der §§ 153 f ABG dem Bergbautreibenden nicht zu, wenn er einer öffentlichen Verkehrsanstalt gegenüber steht; hier ist die Einwirkung rechtswidrig⁸⁴⁾. Diese Regelung stellt aber nur eine Bestimmung der Schranken des Eigentums bzw. des Rechts dar; dem Bergbautreibenden wird das Bergrecht nur mit einer Einschränkung verliehen, er erhält das Recht zur Einwirkung auf die Oberfläche nur bis zu einer gewissen Grenze, der nämlich, wo er auf das überwiegende öffentliche Interesse an dem störungsfreien Ablauf des Betriebes einer öffentlichen Verkehrsanstalt stößt. Ebenso wie das Grundeigentum dadurch beschränkt ist, daß es den Bergbau wegen seiner überwiegenden Bedeutung für die Allgemeinheit nicht verbieten kann, so steht der Bergbau unter der gesetzlichen Beschränkung, öffentliche Verkehrsanstalten nicht beeinträchtigen zu dürfen⁸⁵⁾.

Die §§ 153 f ABG und die aus ihnen folgenden Voraussetzungen der Entscheidungen des Reichsgerichts⁸⁶⁾ verstoßen also nicht gegen das Grundgesetz. Es kann nun im nächsten Kapitel geprüft werden, ob das Reichsgericht von diesen anzuerkennenden Voraussetzungen aus zu einem richtigen Ergebnis gelangt ist.

⁸⁰⁾ GZS des BGH in BGHZ 6, 279 = NJW 52, 973; zustimmend Giese DRiZ 53, 61; Pagenkopf NJW 52, 1193

⁸¹⁾ Hamann S. 146

⁸²⁾ BGHZ 6, 270 und 278

⁸³⁾ Westhoff Bd. I S. 11; Schulte ZfB 91, 309; Barbrock S. 15

⁸⁴⁾ Boldt § 153 Anm. 4c; RGZ 28, 341; RG ZfB 43, 358; Heinemann S. 125

⁸⁵⁾ so im Ergebnis Gutachten des BJM; RG ZfB 33, 235; Hausteil DÖV 56, 102; a. A. Isay Gutachten S. 16

⁸⁶⁾ RGZ 58, 157 und 84, 254

Kritik der reichsgerichtlichen Rechtsprechung.

Ähnlich wie bei der Überprüfung der Voraussetzungen, auf denen das Urteil des Reichsgerichts aufbaute, ist auch die Untersuchung der Richtigkeit des Ergebnisses gewissermaßen doppelgleisig zu führen: Einmal muß festgestellt werden, ob sich die Entscheidung durch logische und den §§ 153, 154 ABG sowie 8 PrEG entsprechende Ableitung ergab und dann, ob das Ergebnis den Normen des Bonner Grundgesetzes entspräche, wenn es heute von einem Gericht der Bundesrepublik dem Urteil zugrundegelegt würde.

A) Ansatzpunkt der Untersuchung muß das Urteil von 1904⁸⁷⁾ sein, da das von 1914 lediglich eine Bezugnahme auf jene erste Entscheidung darstellt.

I. Nach der Aufstellung der bereits besprochenen Thesen über das Verhältnis zwischen dem Bergbau und der öffentlichen Verkehrsanstalt führt das Reichsgericht als ersten Grund für seine Ablehnung des mit der Klage geltend gemachten Anspruchs an, das Verlangen der Klägerin laufe darauf hinaus, daß die Verkehrsanstalt den Bergbautreibenden für die gesetzliche Beschränkung des Bergwerkseigentums entschädige.

Vom Ergebnis her gesehen scheint man dem Reichsgericht zustimmen zu können. Es gibt aber keine rechtliche Vorschrift, die dieses Ergebnis mißbilligt. Der Bergbautreibende verlangt nicht Ersatz für die gesetzliche Beschränkung, der sein Bergwerkseigentum unterliegt, sondern er fordert wie jeder andere Grundeigentümer die volle Entschädigung für die Enteignung seines Grund und Bodens, wozu ihm das PrEG die gesetzliche Handhabe gibt, und der individuelle Wert des Grundstückes, den er verlangen kann, ändert sich nicht dadurch, daß statt irgendeinen beliebigen Unternehmens etwa die Bundesbahn durch die Enteignung begünstigt wird. Es ist kein Argument gegen die Zulässigkeit des Ersparniswertersatzes, wenn das vom Reichsgericht mißbilligte Ergebnis dadurch zustande kommt; denn sachlich gesehen wird der Grundeigentümer entschädigt, und dabei kann es keine Rolle spielen, ob der individuelle Wert nun gerade dadurch beeinflusst wird, daß der Grundeigentümer zugleich Bergbau treibt.

II. Sodann meint das Reichsgericht, wenn nach den besonderen berggesetzlichen Normen der Bergbau hinter öffentlichen Verkehrsanstalten zurückstehen müsse und nur ausnahmsweise Ersatzansprüche für durch diese verursachte Nachteile habe, so sei damit eine weitere Ersatzforderung unter dem Gesichtspunkt der Enteignung unverträglich. Wenn das

⁸⁷⁾ RGZ 58, 157

Gesetz dies für den Fall beabsichtigt habe, wenn der Bergbautreibende zugleich Eigentümer des enteigneten Grundstücks sei, so hätte es dies aussprechen müssen.

1) Wenn der Senat glaubt, der eingeschränkte Ersatzanspruch nach § 154 Abs. I ABG schließe eine weitere Ersatzforderung unter dem Gesichtspunkt der Enteignung aus, so kann das nur darauf zurückzuführen sein, daß er Schadenersatz und Enteignungsentschädigung nicht mit der hier erforderlichen Schärfe auseinanderhält. Der eine Anspruch, nämlich der aus § 154 ABG, hat mit einer Enteignung nichts zu tun, sondern entsteht aus einer Vorschrift, die das Verhältnis zwischen Bergbau und öffentlicher Verkehrsanstalt unter dem Gesichtspunkt des Schadenersatzes für die erforderlichen Aufwendungen des Bergbautreibenden regelt. Dagegen ist der Anspruch auf Ersatz des Ersparniswertes ein Teil des Anspruches auf vollständige Enteignungsentschädigung gemäß den Vorschriften des PrEG. Beide Ansprüche stehen in keiner rechtlichen Beziehung zueinander; insbesondere schließt die Existenz des einen nicht das Bestehen des anderen aus.

2) Auch die Ansicht des Reichsgerichts, das Gesetz hätte aussprechen müssen, daß es den Ersatz des Ersparniswertes trotz §§ 153 f ABG wünsche, ist logisch nicht haltbar. Das PrEG als die allgemeine, grundsätzlich für die Art und Höhe der Entschädigung geltende Norm gebietet vollständige Entschädigung unter Einschluß des Ersparniswertes. Wenn im Einzelfall etwas anderes gelten soll, etwa bei der Enteignung eines einem Bergbautreibenden gehörenden Grundstücks zugunsten einer öffentlichen Verkehrsanstalt, dann muß diese Ausnahmebestimmung ausdrücklich getroffen werden. Das ist aber durch die §§ 153 f ABG nicht geschehen; denn dort ist mit keinem Wort die Rede davon, daß ein Grundstückseigentümer dann eine geringere Entschädigung erhalten soll, wenn er zugleich Bergbautreibender ist. Nicht der Bestimmung bedurfte es also, daß der Ersparniswert zu zahlen sei, — sie ist in § 8 PrEG vorhanden — sondern einer Vorschrift, daß er in der Enteignung durch öffentliche Verkehrsanstalten nicht zu ersetzen sei. Das Argument, welches das Reichsgericht zur Stütze seines klageabweisenden Urteils machte, wird demnach in seiner richtigen Form zu einem Grund für den Ersatz des Ersparniswertes auch gegenüber einem Verkehrsunternehmen.

III. Weiter führt das Reichsgericht an, falls man sich auf den seiner Ansicht entgegengesetzten Standpunkt stelle, ermögliche man es den Zechen, durch den Erwerb zukünftig für öffentliche Verkehrsanstalten benötigter Grundstücke sich der gesetzlichen Einschränkung des Bergwerksbetriebes zu entziehen und die Vermögensnachteile auf die Bahn abzuwälzen.

In diesem Satz stehen zwei Gedanken. Der erste ist der, daß die Anerkennung eines Ersparniswertes auch bei der Enteignung zugunsten öffentlicher Verkehrsanstalten die Möglichkeit mißbräuchlicher Ausnutzung öffnen

werde, der zweite, daß es doch unbillig sei, daß normalerweise die Verkehrsanstalt wenig Kosten durch den unter ihren durch Enteignung erworbenen Grundbesitz umgehenden Bergbau habe, dann aber höhere Summen aufwenden müsse, wenn das von ihr benötigte Gelände dem Bergbau gehöre.

1) Der Tatbestand einer mißbräuchlichen Ausnutzung des Ersparniswertersatzes liegt dann vor, wenn ein Bergbautreibender von der Planung der Verkehrsanstalt erfährt und nun die von dieser benötigten Grundstücke aufkauft, um eine höhere Entschädigung zu erzielen, ein Fall, der zweifellos praktisch vorkommen kann. Berechtigt aber die Möglichkeit eines Mißbrauches allein, einem Anspruch grundsätzlich die Anerkennung zu versagen? Es gibt kaum eine gesetzliche Regelung, die einen Mißbrauch ausschließt; es kann also nicht die Aufgabe der Rechtsprechung sein, die Möglichkeit eines Mißbrauches festzustellen und dann zu entscheiden, daß unter diesen Umständen der betreffende Anspruch allein aus diesem Grunde nicht anerkannt werden könne. Eine richterliche Entscheidung muß vielmehr prüfen, ob bei dem zu beurteilenden Fall der Tatbestand einer Spekulation vorliegt. Einen Vorschlag, wie die Frage des Mißbrauchs in der Praxis geklärt werden kann, habe ich bereits in Kapitel 4 E gebracht.

2) Sodann muß noch untersucht werden, ob das kritisierte Urteil des Reichsgerichts sich etwa mit Billigkeitserwägungen halten läßt, wobei jetzt von dem Fall auszugehen ist, daß der Bergbautreibende das betreffende Grundstück zur Einsparung von Bergschäden erworben hat, bevor ihm der Enteignungsplan bekannt war. Im Ergebnis steht freilich bei Zuerkennung des Ersparniswertersatzes der Bergbautreibende so da, als ob § 154 ABG gar nicht existiere; denn er erhält nun im voraus das, was er später an Bergschädenforderungen wird bezahlen müssen; und die öffentliche Verkehrsanstalt, der die Tatsache, daß unter dem von ihr benötigten Gelände Bergbau umging, nur im Rahmen des § 154 Kosten verursacht, sieht sich nun in einer sehr unangenehmen Lage, nur weil das enteignete Gelände einem Bergbautreibenden gehörte. Aber abgesehen davon, daß ein solcher Sachverhalt kaum die Voraussetzungen erfüllen kann, die eine Entscheidung aus Billigkeitserwägungen rechtfertigen, ist auch zu berücksichtigen, daß in einer sehr hohen Zahl von Fällen die Enteignung für die Verkehrsanstalt, die Grundstücke eines Bergbautreibenden enteignen muß, gar nicht teurer, sondern trotz der Notwendigkeit des Ersparniswertersatzes viel billiger wird. Hätte nämlich die Bergwerksgesellschaft nicht die Grundstücke zwecks Einsparung von Bergschädenlasten erworben, sie also von kostspieligen Gebäuden und Anlagen freigehalten, dann müßte vielleicht die Verkehrsanstalt jetzt neben dem Grundstück noch die Entschädigung für die Enteignung einer Maschinenfabrik, eines Verwaltungsgebäudes, eines großen Wohnblocks oder dergleichen bezahlen. Diese Erwägung zeigt, daß bei einer Nichtzuerkennung des Ersparniswertes die Verkehrsanstalt die Früchte der Voraussicht des Bergbaus erntete — und das wäre

doch bestimmt ein sehr unbilliges Ergebnis! Auch hier wird also ein Argument des Reichsgerichts, mit dem der Ersatz des Ersparniswertes abgelehnt wird, zu einem sehr gewichtigen Grund für eine entgegengesetzte Entscheidung.

IV. Als letzten Grund für sein Urteil führt das Reichsgericht folgendes an: Aus der Bestimmung, die den Bergbau verbiete, sofern er den Verkehr schädige, folge von selbst, daß der Unternehmer nicht gezwungen werden könne, den Enteigneten wegen der aus der Übertretung des Verbots fließenden Nachteile schadlos zu halten und als Enteignungsentschädigung auch die dem Ablösungswerte der gesetzlichen Last des Bergbaus entsprechende Summen zu zahlen; mit der vollzogenen Enteignung trete das in den §§ 153 f ABG geregelte Verhältnis zwischen Bergbau und Verkehrsanstalt ohne weiteres in Kraft.

Dieser letzte Satz ist zweifellos richtig, aber er spricht wiederum nicht für, sondern gegen die These, die das Gericht mit ihm untermauern will. Denn wenn die §§ 153 f ABG erst nach der Vollziehung der Enteignung das in ihnen geregelte Verhältnis in Kraft setzen, nach dem der Bergbau hinter der Verkehrsanstalt zurückstehen muß, dann heißt das negativ ausgedrückt, daß die §§ 153 f vor der vollzogenen Enteignung und während der Enteignung keine Gültigkeit haben, daß nicht einmal § 153 Abs. I eine Rolle spielt, wenn der Bergbautreibende in seiner Eigenschaft als Grundeigentümer wie jeder andere, der von der Enteignung bedroht ist, Einwendungen gegen die Planfeststellung gemäß § 19 PrEG geltend macht. Wenn das aber so ist, dann können die §§ 153 f für die Frage des Ersparniswertes nicht von Bedeutung sein; denn die Enteignung wird in dem vom Gesetz geregelten Normalfall erst nach der Entschädigungsfeststellung vollzogen (§§ 24 ff, 33 ff PrEG), ja, grundsätzlich ist die Enteignung erst nach der Entschädigungszahlung beendet; denn vom Begriff her ist die Enteignung die Entziehung von Grundeigentum durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes gegen Entschädigung. Vor der Enteignung und in der Enteignung stehen sich Bergbautreibender und öffentliche Verkehrsanstalt als Grundbesitzer und Unternehmer mit Enteignungsrecht gegenüber; jedenfalls bei der Entschädigungsfeststellung und der Auseinandersetzung über den Ersatz des Ersparniswertes ist die Enteignung noch nicht vollzogen, das im ABG geregelte Verhältnis noch nicht in Kraft; demnach stehen auch die §§ 153 f dem Ersatz des Ersparniswertes in der Enteignung zugunsten öffentlicher Verkehrsanstalten nicht entgegen. Auch dieser Teil der Begründung der reichsgerichtlichen Rechtsprechung wird also bei einer genauen Betrachtung zu einem Argument gegen diese Entscheidung.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, daß die §§ 153 f ABG und die aus ihnen entwickelten Rechtsgedanken keineswegs dem Ersatz des Ersparniswertes entgegenstehen; es darf deshalb auch in der Enteignung keinen Unterschied machen, ob die Entziehung oder Beschränkung des Grundeigentums zugunsten einer öffentlichen Verkehrsanstalt oder eines

sonstigen Unternehmens erfolgt; in beiden Fällen ist der Ersparniswert zu ersetzen⁸⁸⁾, und zwar nach den im 5. Kapitel dargelegten Grundsätzen.

B) Selbst wenn aber alle Gründe gegen die eben kritisierten Entscheidungen des Reichsgerichts nicht beständen, diese also logisch richtig wären und demnach die §§ 153 f ABG so ausgelegt werden könnten, daß durch sie der Ersatz des Ersparniswertes in der Enteignung zugunsten öffentlicher Verkehrsanstalten ausgeschlossen würde, wäre es immer noch sehr fraglich, ob nicht die beiden Urteile, in heutiger Zeit gefällt, unter dem Gesichtspunkt einer entschädigungslosen Enteignung bzw. einer zu geringen Enteignungsentschädigung verfassungswidrig wären. Die Verfassungswidrigkeit kann in doppelter Hinsicht bestehen:

I. Wenn ein Grundstück enteignet wird, ist die vom Grundgesetz in Art. 14 Abs. III S. 3 festgesetzte Entschädigung zu zahlen. Wenn die Entschädigung, die der Bergbautreibende nach Abzug des Ersparniswertes noch für sein Gelände erhält, nicht der im Grundgesetz zur Bedingung der Rechtmäßigkeit jeder Enteignung gemachten Höhe entspräche, dann wäre ein Urteil nicht mit dem Grundgesetz vereinbar, wenn es diese zu geringe Entschädigung festsetzte.

1) Der Bergbautreibende, dem der Ersparniswert seines Geländes in der Enteignung nicht ersetzt wird, erhält nicht den subjektiven, d. h. nur für ihn bestehenden Wert des Grundstücks, sondern lediglich den objektiven. Ist die vom Grundgesetz vorgeschriebene Entschädigung aber nicht demgegenüber ein Mehr, umfaßt sie nicht wie das PrEG auch den subjektiven Wert? Nach Art. 14 Abs. III S. 3 ist die Entschädigung unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Diese Vorschrift bestimmt das Mindestmaß an Entschädigung, was ein jedes Enteignungsgesetz gewähren muß⁸⁹⁾. Was bedeutet nun die Formel des Art. 14 Abs. III S. 3 GG? Absolut herrschend ist heute die Auffassung, daß die Entschädigungsregelung des Grundgesetzes mit der des Art. 153 WRV, der „angemessene Entschädigung“ vorschrieb, nahezu übereinstimmt⁹⁰⁾. Der Begriff „angemessene Entschädigung“ wurde vom Reichsgericht⁹¹⁾ so verstanden, daß er die vom PrEG gewährte Entschädigung vorschrieb, falls nicht in dem betreffenden Enteignungsgesetz eine anderweitige Entschädigung durch den Gesetzgeber für angemessen erklärt wurde. Deshalb ist heute davon auszugehen, daß mangels einer entgegenstehenden Spezialvorschrift grundsätzlich die Entschädigung nach dem PrEG zu leisten ist, also voller Ersatz des subjektiven und objektiven Wertes unter Ausschluß des entgangenen Gewinns⁹²⁾. Allerdings kann bei der

⁸⁸⁾ Arndt § 154 Anm. 3; Loebell S. 156 f; Westhoff Bd. II S. 414; Isay § 154 Anm. 5; Brassert-Gottschalk S. 632; a. A. Klostermann-Thielmann S. 436

⁸⁹⁾ Forstthoff S. 293; Diester S. 179

⁹⁰⁾ Hamann S. 155; BGHZ 6, 294 u. 19, 146; BGH NJW 50,179. Schultz BB 51, 12; Ehrenforth DVBl. 50, 268; Giese NJW 50,291; Kirchhoff RdL 51, 315; Scheuner III, 1; Hamann RuWS.92f; Schack MDR 53, 195; Süsterhenn-Schäfer S. 250

⁹¹⁾ RGZ 112, 192 u. 128, 32 ⁹²⁾ Schack a. a. O.

Interessenabwägung zugunsten des Enteigneten von diesem Prinzip abgegangen werden, jedoch nicht unter den gemeinen Wert hinaus; dieser muß auf jeden Fall gezahlt werden⁹³⁾, falls nicht im Einzelfall ganz besondere Gründe dagegensprechen⁹⁴⁾.

2) Die Rechtsprechung des Reichsgerichts, nach der bei der Enteignung zugunsten einer öffentlichen Verkehrsanstalt der Ersparniswert nicht zu ersetzen ist, könnte nun so aufgefaßt werden, daß durch sie ein für allemal eine Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten erfolgt ist mit dem Ergebnis, daß aus dem besonders großen Interesse der Allgemeinheit an der ungestörten Aufrechterhaltung des Verkehrs die Ansprüche des enteigneten Bergbautreibenden auf Ersatz des subjektiven Ertragswertes nicht zu berücksichtigen sind.

a) Dazu ist zunächst einmal zu sagen, daß das Interesse der Allgemeinheit nicht immer einseitig nur die öffentliche Verkehrsanstalt bevorzugt. Die Frage, ob der Ersparniswert ersetzt wird, ist keine, an der Sein oder Nichtsein der Verkehrsanstalt oder des Bergbaus hängt; sie beeinflußt lediglich die Kosten. Muß z. B. die Bundesbahn den Ersparniswert ersetzen, so läuft das in der Praxis darauf hinaus, daß sie genau so gestört oder ungestört den Verkehr aufrechterhalten kann, wie wenn der Ersparniswert nicht ersetzt würde. Bergschäden entstehen jedenfalls, nur muß im Endergebnis sie hier der Bergbau und dort die Verkehrsanstalt zahlen, was schließlich dazu führt — auf weite Sicht betrachtet —, daß entweder die Bundesbahn ihre Tarife oder der Bergbau seine Kohlenpreise erhöht. Das Interesse der Allgemeinheit gilt aber in gleicher Weise der Verhinderung von Preissteigerungen im Bergbau wie von Tarifierhöhungen bei der Eisenbahn, und da die Kostenrechnung der Eisenbahn nicht so sehr auf die Frage des Ersparniswertersatzes basiert wie die des Bergbaus auf dem Faktor Bergschäden, ist es sogar möglich, daß das Interesse der Allgemeinheit im Einzelfall gegen die Verkehrsanstalt spricht. Eine allgemeine Abwägung der Interessenlage ist also schon sachlich nicht gerechtfertigt.

b) Zudem widerspricht aber eine allgemeine Interessenabwägung, die für sämtliche vorkommenden Fälle eine Regelung durch Gerichtsurteil trifft, jedenfalls dann dem Grundgesetz, wenn sie in einem Rechtsstreit über Art und Höhe der Entschädigung vorgenommen wird. Art. 14 schreibt nach seiner Formulierung eine der gegenwärtigen verfassungsmäßigen Ordnung entsprechende Berücksichtigung auch des Individualinteresses vor⁹⁵⁾, und ebenso eine individuelle, d. h. auf jeden besonderen Fall bezogene Festsetzung der Entschädigung⁹⁶⁾. Daß im Verhältnis Bergbau-Verkehrsanstalt das öffentliche Interesse an der Nichtzahlung immer als größer angenommen wird als das des Enteigneten an der Zahlung des Ersparniswertes,

⁹³⁾ BGHZ 6, 294; Scheuner S. 131; Hamann S. 155; Diester S. 176 ⁹⁴⁾ BGHZ 19, 151; KG NJW 56, 1358

⁹⁵⁾ Schack MDR 53, 195

⁹⁶⁾ Forsthoff S. 293; Hamann S. 155; BGHZ 6, 293

ist Beweis genug dafür, daß hier keine individuelle Abwägung der Interessen erfolgt und somit nicht dem Grundgesetz entsprechend geurteilt worden ist. Eine Entscheidung von heute, die sich auf die Gründe des Reichsgerichts stützte, wäre verfassungswidrig, wenn sie nicht die Verhältnisse des Einzelfalles würdigte — was wiederum häufig zu einer Anerkennung des Ersparniswertersatzes führen müßte ⁹⁷⁾.

3) Hinzu kommt noch ein weiterer Gesichtspunkt. Die Entschädigung soll nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes⁹⁸⁾ dem Betroffenen einen Ausgleich für das Opfer bieten, das ihm durch den Eingriff in seine private Rechtssphäre auferlegt wurde⁹⁹⁾. Dieser Ausgleich ist zwar kein Schadensersatz im Sinne des BGB, soll aber materiell die auferlegte Vermögenseinbuße wettmachen. Ein solcher Ausgleich findet aber nicht statt, wenn dem Bergbautreibenden bei der Enteignung eines Grundstückes, das ihm in erster Linie zur Einsparung von Bergschädenansprüchen diene, statt des höheren Ersparniswertes nur der Bodenwert vergütet wird. Auch deshalb ist das Reichsgerichtsurteil von 1904 heute nicht mehr haltbar. Dem widerspricht auch nicht, daß der wirtschaftliche Schaden, der sich als Folge des Eingriffs in das Eigentum eingestellt hat, in der Regel nicht ersetzt wird, sondern der Ausgleich sich auf den Substanzverlust beschränkt¹⁰⁰⁾. Dieser Satz kann nämlich nicht auf den hier vorliegenden Sachverhalt bezogen werden. Der Schaden für den Bergbautreibenden stellt sich nicht als Folge der Enteignung ein, etwa bei Geltendmachung der Bergschädenansprüche, sondern ist im Augenblick des hoheitlichen Eingriffs da, entsteht durch den Verlust des Grundstückes, das gegen diese Ansprüche sicherte, genau so, wie bei einer landwirtschaftlich genutzten Fläche der Schaden, nämlich der Ertragsausfall, sofort entsteht und nicht erst in dem Augenblick, in dem die nächste Ernte hätte verkauft werden können. Es handelt sich vielmehr bei dem Verlust des Ersparniswertes um einen echten Substanzverlust, nämlich den Abfluß eines vor der Enteignung vorhandenen Vermögensteiles.

Es ergibt sich also, daß es Art. 14 GG widerspricht, wenn dem Bergbautreibenden grundsätzlich und ohne eine auf den besonderen Fall eingehende Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten der Ersparniswert nicht vergütet wird, weil damit die Höhe der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Enteignungsentschädigung nicht erreicht wird.

II. 1) Bei der Untersuchung der Frage, ob die Vorzugsstellung der öffentlichen Verkehrsanstalten gegenüber dem Bergbau nicht verfassungswidrig sei, hatte sich ergeben, daß die §§ 153 f ABG insoweit nur eine Bestimmung des Inhalts und der Grenzen des dem Bergbautreibenden

⁹⁷⁾ dazu Heinemann S. 125

⁹⁸⁾ BGHZ 6, 295

⁹⁹⁾ Weber Rd. II S. 390; v. Mangoldt-Klein Art. 14 Anm. VII 9b

¹⁰⁰⁾ iM Nr. 20 zu § 26 RLG; BGHZ 15, 23

verliehenen Rechts sei. Bei der Prüfung, ob die reichsgerichtliche Rechtsprechung zum Ersparniswert mit dem Bonner Grundgesetz in Einklang steht, werden jetzt nicht mehr die Grundlagen der Entscheidung erörtert, sondern das Ergebnis, und dieses lautet: In der Enteignung zugunsten öffentlicher Verkehrsanstalten hat der Bergbautreibende keinen Anspruch auf eine den Ersparniswert berücksichtigende Entschädigung. Diese Rechtsprechung ist mit Rücksicht auf Art. 14 Abs. III S. 3 verfassungswidrig, weil sie dem Enteigneten der Höhe nach nicht die vom Grundgesetz festgesetzte Entschädigung zubilligt, wie oben unter 1) festgestellt wurde. Eine Gegenüberstellung etlicher Grundsätze zeigt aber, daß die Verfassungswidrigkeit auch noch in einer anderen Hinsicht gegeben ist.

a) In der Enteignung nach dem PrEG ist der Grundeigentümer nach dem vollen subjektiven und objektiven Wert des enteigneten Grundstücks zu entschädigen. Dieser Grundsatz ist von der Rechtsprechung und Literatur zum PrEG immer wieder anerkannt worden.

b) Zum vollen subjektiven Wert gehört auch der Ersparniswert, und dieser ist deshalb zu ersetzen. Diese Ansicht wurde zwar vom Reichsgericht nicht mit der wünschenswerten Deutlichkeit ausgesprochen, doch läßt die Begründung der beiden Urteile von 1904 und 1914¹⁰¹⁾ erkennen, daß der Senat keine Bedenken gehabt hätte, den Ersparniswert in der Enteignung durch andere Unternehmen als öffentliche Verkehrsanstalten zu vergüten; denn die ablehnende Entscheidung wird einzig und allein aus den §§ 153 f ABG begründet, die nur öffentliche Verkehrsanstalten betreffen. Diese Erwägungen hätte das Reichsgericht sicher nicht angestellt, wenn es nicht der Auffassung gewesen wäre, grundsätzlich sei der Ersparniswert bei der Entschädigung zu berücksichtigen. Die Richtigkeit dieser Meinung wurde im übrigen auch im 4. Kapitel dieser Untersuchung dargelegt.

c) In der Enteignung zugunsten öffentlicher Verkehrsanstalten gelten beide Grundsätze nicht; denn nach der Rechtsprechung¹⁰²⁾ wird der Ersparniswert dem Bergbautreibenden unter diesen Umständen nicht vergütet; dieser erhält somit nur den objektiven Grundstückswert.

Es ergibt sich also, daß jeder Grundeigentümer in der Enteignung nach dem PrEG den vollen subjektiven Grundstückswert und, falls er Bergbautreibender ist, damit auch den Ersparniswert erhält; daß ihm diese Entschädigung jedoch verweigert wird, wenn er Bergbautreibender ist und im Enteignungsverfahren einer öffentlichen Verkehrsanstalt gegenübersteht. In dieser Benachteiligung des Bergbautreibenden, dessen Enteigner eine Verkehrsanstalt ist, gegenüber jedem Grundstückseigentümer, der den vollen subjektiven Wert einschließlich des Ersparniswertes erhält, könnte nun eine entschädigungslose Enteignung des Anspruchs auf volle Entschädigung erblickt werden.

¹⁰¹⁾ RGZ 58, 157 und 84, 254

¹⁰²⁾ RGZ 58, 157 und 84, 254; Beschl. des Reg. Präs. in Arnberg vom 18. 2. 1956

2) Eine Enteignung liegt nach der grundsätzlichen Entscheidung des BGH¹⁰³⁾ vor, wenn

- a) es sich nicht um eine allgemeine und gleichwirkende, mit dem Wesen des betroffenen Rechts in Einklang stehende inhaltliche Bestimmung des Eigentumsrechts handelt,
- b) es um eine Entziehung privater oder öffentlich-rechtlicher Vermögensrechte geht, gleich ob diese dinglicher oder obligatorischer Natur sind,
- c) diese Entziehung durch Gesetz oder auf gesetzlicher Grundlage erfolgt (Art. 14 Abs. III GG) und
- d) die Auferlegung eines Opfers unter Verletzung des Gleichheitssatzes bedeutet.

Es ist nunmehr zu prüfen, ob diese Voraussetzungen bei der gerichtlichen Verweigerung des Ersparniswertersatzes vorliegen.

zu a) Wenn ein Anspruch auf vollständige Entschädigung auch unter subjektiven Gesichtspunkten, der allgemein nach dem PrEG besteht und auch den Ersparniswertersatz umfaßt, dem bergbautreibenden Grundeigentümer nicht gewährt wird, so kann das zur Folge haben, daß er im konkreten Fall nicht 30 000 DM, sondern nur 20 000 DM als Entschädigung erhält. Wenn aber einem kleinen Teil der Bürger ein Drittel von einer ihm zustehenden Forderung entzogen wird, dann kann es sich dabei nicht um eine allgemeine und gleichwirkende Bestimmung des Inhalts und der Grenzen des Eigentums handeln, sondern es liegt eine Enteignung vor.

zu b) Hier ist die Frage zu stellen, was dem Bergbautreibenden entzogen wird, wenn er den Ersparniswert nicht erhält. Ihm müßte ein Anspruch auf volle Entschädigung zugebilligt werden; spricht man ihm nur einen Teil der ihm an sich zustehenden Entschädigungsforderung zu, so nimmt man ihm gleichzeitig durch die im Urteilstenor auszusprechende Klageabweisung im übrigen den anderen Teil der Forderung; entzieht ihm also einen Teil des Anspruchs auf Enteignungsentschädigung, d. h. eines öffentlich-rechtlichen obligatorischen Anspruchs. Der verfassungsmäßige Begriff des Eigentums ist weiter als der des § 903 BGB¹⁰⁴⁾; das durch Art. 14 GG geschützte „Eigentum“ umfaßt nicht nur dingliche, sondern auch obligatorische¹⁰⁵⁾, nicht nur private, sondern auch öffentlich-rechtliche Vermögensrechte¹⁰⁶⁾.

¹⁰³⁾ BGHZ 6, 270 ff., insbesondere 279

¹⁰⁴⁾ Hamann S. 148; BVGE 4, 214

¹⁰⁵⁾ BGHZ 6, 270; Hamann RuW S. 81; Bonner Kommentar Art. 14 Anm. 6

¹⁰⁶⁾ BGHZ 6, 278; Weber in Neumann-Nipperdey-Scheuner Bd. II S. 354; Scheuner S. 97; Rink MDR 52, 524; Stödter DOV 53, 98; Hamann RuW S. 81; unterschiedlich BVG in BVGE 1, 277; 2, 402; 4, 240

zu c) Wenn die Entziehung eines Rechts auf ein bestimmtes Gesetz gestützt wird, dann wird damit die Enteignung aufgrund eines Gesetzes durchgeführt. Das Reichsgericht stützt seine Entscheidung auf die §§ 153 f ABG; somit also auf ein Gesetz. Damit liegt auch diese Voraussetzung einer Enteignung vor.

zu d) Der volle subjektive Grundstückswert wird nur dem Grundeigentümer nicht gewährt, der gleichzeitig Bergbautreibender ist, und das auch nur dann, wenn die Enteignung zugunsten einer öffentlichen Verkehrsanstalt durchgeführt wird. In einem verschwindend geringen Prozentsatz von Fällen wird also eine andere, geringere Entschädigung gezahlt als in allen übrigen, und das bei gleichem Sachverhalt — der zwangsweisen Entziehung oder Beschränkung von Grundeigentum kraft hoheitlicher Gewalt im öffentlichen Interesse. Wenn aber jeder Grundstückseigentümer die volle subjektive Entschädigung erhält, wenn auch jedem Bergbautreibenden der Ersatz des Ersparniswertes zugebilligt wird, die entgegengesetzte Regelung aber dann gilt, wenn eine öffentliche Verkehrsanstalt der Enteigner ist, so ist darin eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes zu sehen, weil einer kleinen Gruppe ein besonderes Opfer auferlegt wird, welches man von allen anderen nicht verlangt.

e) Zu den Voraussetzungen, unter denen eine Maßnahme eine Enteignung bedeutet, gehört schließlich noch, daß der Eingriff in das Vermögen von der öffentlichen Gewalt vorgenommen wird. Im Allgemeinen werden Enteignungen von der Exekutive oder Legislative vorgenommen. Hier war zwar ein Gesetz die Grundlage für die Begründung des Eingriffs, tatsächlich vorgenommen wurde er jedoch durch die Rechtsprechung, die feststellte, daß die §§ 153 f ABG eine Entschädigung für den verlorengegangenen Ersparniswert nicht erlaubten. Der Eingriff erfolgte zwar (angeblich) aufgrund eines Gesetzes, aber nicht durch die Verwaltung, sondern durch die Rechtsprechung. Aber diese Tatsache kann nichts daran ändern, daß der vorgenommene Eingriff ein Handeln der öffentlichen Gewalt und somit eine Enteignung war; denn die Jurisdiktion ist genau so wie Legislative und Exekutive ein Teil der öffentlichen Gewalt¹⁰⁷⁾.

Aus den getroffenen Feststellungen ergibt sich, daß es eine Enteignung bedeutet, wenn dem bergbautreibenden Grundeigentümer in der Enteignung zugunsten öffentlicher Verkehrsanstalten nicht wie jedem anderen der volle subjektive Ertragswert in der Form des Ersparniswertes gewährt wird. Da für diese Enteignung eines Teils der Entschädigungsforderung keine Entschädigung geleistet wird, sind die Urteile des Reichsgerichts sowie der Beschluß des Regierungspräsidenten in Arnsberg verfassungswidrig.

III. Demnach widerspricht es also in doppelter Hinsicht der Verfassung, wenn in der Enteignung zugunsten öffentlicher Verkehrsanstalten der Er-

¹⁰⁷⁾ Vergl. Nawiasky S. 107 ff

sparsamswert nicht vergütet wird. Was hätte es nun für Folgen, wenn heute ein Gericht der Bundesrepublik ein Urteil wie die des Reichsgerichts von 1904 und 1914 erlassen würde?

1) Dann würde dieses Gericht die §§ 153 f ABG verfassungswidrig auslegen. Ist aber dieses Gesetz verfassungswidrig oder die Rechtsprechung, die diese Bestimmungen grundgesetzwidrig auslegt? Die §§ 153 f enthalten nicht die geringste Andeutung, welche Entschädigung dem bergbautreibenden Grundeigentümer in der Enteignung zugunsten öffentlicher Verkehrsanstalten zu zahlen ist. Das Urteil kommt vielmehr zu diesem Ergebnis aufgrund einer Auslegung, die von dem (vermeintlichen) Sinn des Gesetzes ausgehend in einer (angeblich) logischen Gedankenfolge zu dem Schluß vordringt, der die Entscheidung des Falles ermöglicht. Dieser gezogene Schluß ist aber verfassungswidrig, weil er eine entschädigungslose Enteignung darstellt bzw. eine zu geringe Entschädigung gewährt. Die Verfassung bindet nun nicht nur die Gesetzgebung und die Verwaltung, sie stellt auch die Grenze dar, die dem Richter bei der Rechtsprechung gesetzt ist (Art. 1 Abs. III GG), anders ausgedrückt: Bei der Auslegung eines Gesetzes hat das Gericht die Normen des Grundgesetzes als jede staatliche Tätigkeit bindende höchste Bestimmungen im Auge zu behalten; hält sich ein Gericht nicht an diesen Befehl des Grundgesetzes, legt es irgendeine Bestimmung im Gegensatz zu den Vorschriften der Verfassung aus, so ist die Auslegung falsch und das Urteil mit den üblichen Rechtsmitteln (Berufung, Revision) anfechtbar. Sollte allerdings auch der BGH in letzter Instanz der Ansicht sein, daß dem Bergbautreibenden in der Enteignung zugunsten öffentlicher Verkehrsanstalten der Ersparniswert nicht zu ersetzen sei, so wäre zu überlegen, ob eine Klage beim Bundesverfassungsgericht in Betracht käme.

2) Grundlage dafür könnte gemäß Art. 93 Abs. II GG die Vorschrift des § 90 BVGG sein. Diese Bestimmung lautet:

„(1) Jedermann kann mit der Behauptung, durch die öffentliche Gewalt in einem seiner Grundrechte oder in einem seiner in Artikel 33, 38, 101, 103 und 104 des Grundgesetzes enthaltenen Rechte verletzt zu sein, die Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht erheben.

(2) Ist gegen die Verletzung der Rechtsweg zulässig, so kann die Verfassungsbeschwerde erst nach Erschöpfung des Rechtsweges erhoben werden“

a) Erste Voraussetzung für eine begründete Verfassungsbeschwerde gemäß § 90 Abs. I BVGG ist also die Verletzung eines Grundrechts. Ein solches Grundrecht ist gemäß Art. 14 GG das Eigentum ^{107A)}; dieses wird verletzt, wenn es nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise entzogen

^{107 a)} Lechner § 90 Abs. I Anm. 3

wird. Das ist sowohl der Fall, wenn gar keine Entschädigung gezahlt wird, als auch dann, wenn diese zu gering bemessen wird. Das Eigentum als Grundrecht auch eines Bergbautreibenden wird also verletzt, wenn er bei der Enteignung eines ihm gehörenden Grundstücks den Ersparniswert nicht ersetzt bekommt, obwohl dieser Ersatz im Grundgesetz vorgeschrieben ist. Die Verletzung eines Grundrechts liegt also vor.

b) Zweitens muß die öffentliche Gewalt das Grundrecht verletzt haben. Hier hat die Rechtsprechung den Eingriff vorgenommen. Diese ist, wie bereits oben unter II 1 e ausgeführt, ein Teil der öffentlichen Gewalt; auch gegen Akte der Rechtsprechung kann demzufolge die Verfassungsbeschwerde erhoben werden¹⁰⁸⁾. Somit liegt eine Grundrechtsverletzung durch die öffentliche Gewalt vor.

c) Die Verfassungsbeschwerde kann allerdings im Normalfalle erst dann erhoben werden, wenn der Rechtsweg erschöpft ist. Diese Bedingung ist auf jeden Fall dann erfüllt, wenn der Bergbautreibende bei der Klage wegen der Höhe der Entschädigung vor dem ordentlichen Gericht bis zum Bundesgerichtshof — falls zulässig — oder jedenfalls bis zur höchsten Instanz gegangen ist.

Es kann also festgestellt werden, daß der Bergbautreibende mit seiner Klage auf Ersatz des Ersparniswertes auch das BVG anrufen kann. Gäbe dieses der Verfassungsbeschwerde statt, so müßte es die Entscheidung des ordentlichen Gerichtes aufheben und die Sache an ein zuständiges Gericht zurückverweisen (§ 95 Abs. II BVGG).

C) In diesem Kapitel wurde das Ergebnis erarbeitet, daß eine Sonderbehandlung des Ersparniswertersatzes in der Enteignung zugunsten öffentlicher Verkehrsanstalten aus logischen und verfassungsrechtlichen Erwägungen nicht möglich ist. Im Verhältnis Bergbau-öffentliche Verkehrsanstalt tritt also bei der Enteignung nach dem PrEG hinsichtlich der Entschädigung dieselbe Rechtslage ein wie bei jedem anderen enteigneten Unternehmen, d. h. es ist vollständige Entschädigung einschließlich des Ersparniswertes zu leisten. Für die Art des Ersatzes gelten die Ausführungen in Kapitel 5.

¹⁰⁸⁾ v. Mangoldt Art. 93 Anm. 8; Bonner Kommentar Art. 93 Anm. II Ca; Lechner § 90 Abs. I Anm. 2c

II. Abschnitt

Gesetze von der Zeit vor dem Ende des ersten Weltkriegs.

10. Kapitel

Das Allgemeine Berggesetz.

A) Eine echte Enteignung für den Bergbau benötigten Geländes kennt das Allgemeine Berggesetz für die Preußischen Staaten vom 24. Juni 1865 (GS S. 705) nicht. Der Bergbau verschafft sich vielmehr den erforderlichen Grund und Boden im Wege der Grundabtretung nach der §§ 135 ff, die in der Regel dem Grundeigentümer nicht das Eigentum, sondern lediglich die Nutzung entzieht, allerdings aufgrund der Ausnahmebestimmungen in §§ 136 Abs. II, 137 Abs. II, 138 und 139 Abs. II häufig auch zu einem Eigentumswechsel führt. Nichtsdestoweniger ist die Grundabtretung keine Enteignung; während diese die Entziehung von Eigentum im öffentlichen Interesse durch einen hoheitlichen Akt ist, handelt es sich bei der Grundabtretung um einen unmittelbar auf Gesetz beruhenden Anspruch des stärkeren Rechtes des Bergbautreibenden gegenüber dem schwächeren Recht des Grundeigentümers¹⁰⁹⁾. Die Auffassung, daß die Grundabtretung nicht als eine Enteignung zu betrachten ist, hat sich bis heute im wesentlichen erhalten¹¹⁰⁾. Nichtsdestoweniger besteht ein guter Grund dafür, die Behandlung des Ersparniswertes in der Grundabtretung nach dem ABG kurz zu untersuchen, weil es sich auch hier um eine zwangsweise Entziehung des Grundeigentums handelt, bei der Höhe und Art der Entschädigung im Ernstfall, d. h. wenn keine Einigung zustandekommt, nicht durch Vereinbarung der Parteien, sondern durch behördlichen Beschluß bzw. Gerichtsentscheid aufgrund eines Tatbestandes und nicht aufgrund einer Verhandlung im Sinne eine „Handels“ zwischen den Parteien festgesetzt wird.

B) I. Der Grundfall, von dem hier ausgegangen werden muß, ist folgender: Ein Bergbautreibender benötigt für seinen Betrieb, z. B. zur Anlage eines Privatanschlußgleises, Gelände, welches einer anderen Zechengesellschaft gehört, unter dem diese Abbau treibt und das sie zur Einsparung von Bergschadensgeldern benutzt. Dann kann er sich das benötigte Grundstück zur Benutzung abtreten (§ 135 ABG) oder sich übereignen lassen (§§ 136 ff ABG). Es ist nicht nur zulässig, daß ein Bergbautreibender Grundstücke eines anderen in Anspruch nimmt¹¹¹⁾, sondern dieser Fall kommt auch

¹⁰⁹⁾ Boldt Vorbem. 3 vor § 135; RekB 67, 277 und 72, 646

¹¹⁰⁾ Boldt aaO.; Isay § 135 Anm. 1; Voelkel S. 146 und ZfB 51, 54; Dapprich Leitfaden S. 37; Klostermann-Thielmann S. 363; KG ZfB 46, 113 u. 55, 517; a. A. Westhoff Bd. II S. 17; Gottschalk „Glückauf“ 1912 S. 519; wohl auch Schlüter-Heese z. B. § 136 Anm.

¹¹¹⁾ Schlüter-Heese § 135 Anm. 2; RekB ZfB 50, 139; RG ZfB 48, 535;

praktisch vor, ist sogar schon Gegenstand von Prozessen gewesen¹¹²). Das ist auch keineswegs verwunderlich, wenn man sich vergegenwärtigt, das im gesamten Ruhrrevier die Berechtigten der Zechen aneinanderstoßen und z. B. Anschlußgleise sehr oft über die Felder benachbarter Gesellschaften geführt werden müssen.

II. Die die Grundabtretung betreibende Bergwerksgesellschaft muß der dazu verpflichteten vollständige Entschädigung leisten (§ 137 ABG) — bei der Abtretung zur Benutzung für die entzogene Nutzung jährlich im Voraus, bei der Abtretung zu Eigentum für den gesamten Grundstückswert¹¹³). Wenn der zur Grundabtretung verpflichtete Bergbautreibende nach § 137 vollständig zu entschädigen ist, so bedeutet diese Bestimmung, daß ihm nicht nur der objektive und gemeine Wert, sondern auch der subjektive Wert unter Ausschluß des Liebhaberwertes zu vergüten ist¹¹⁴). Zum subjektiven Wert gehört aber auch, wie in Kapitel 4 ausgeführt, der Ersparniswert; dieser ist also auch in der Grundabtretung nach dem ABG zu ersetzen¹¹⁵).

C) Auch hier ist mit dieser Feststellung eine der größten Schwierigkeiten nicht beseitigt, nämlich die Frage nach der Art des Ersatzes.

I. In erster Linie ist an die Zahlung einer Geldsumme zu denken.

1) Im Falle des Eigentumsüberganges ist es zwar durchaus möglich, die gesamten Ansprüche des Grundeigentümers durch die Zahlung einer einzigen Summe zu regeln, doch ergeben sich hier die bereits im 5. Kapitel unter A I 1 aufgezeigten Schwierigkeiten bei der Berechnung des Ertragswertes.

2) § 137 ABG weist einen anderen Weg des Ersatzes. Nach Abs. I dieser Vorschrift ist der Bergwerksbesitzer verpflichtet, dem Grundbesitzer für die entzogene Nutzung jährlich im Voraus Ersatz zu leisten und das Grundstück nach beendigter Benutzung zurückzugeben.

a) Diese Möglichkeit ist zunächst auf ihre Anwendbarkeit für den Fall der Abtretung zur Benutzung zu untersuchen. Besser wäre hier natürlich, wenn der zur Grundabtretung verpflichtete Bergbautreibende erst zum Schluß eines jeden Jahres eine Entschädigung für die entzogene Nutzung verlangen könnte; denn die entzogene Nutzung ist die Summe der Bergschädenforderungen, die vorher eingespart wurden und nun an den Nutzungsberechtigten aufgrund seines dinglichen Rechts¹¹⁶ zu zahlen sind. Der

¹¹²) LG Essen JW 30, 3787

¹¹³) Schlüter-Hense § 141 Anm. II, 1;

¹¹⁴) Ebel § 137 Anm. 2; RG DR 1940, 2018 u. 2019; Lampe DR 1940, 2021; Reuß-Grotefend-Dapprich 137 Anm. 1

¹¹⁵) LG Essen JW 30, 3787; Westhoff Bd. II S. 179; Niemeyer JW 30, 3787; Heinemann JW 28. 2003

¹¹⁶) Reuß-Grotefend-Dapprich § 144 Anm. 1

jährliche Nutzungsverlust steht erst am Ende eines Jahres fest, wenn alle Ersatzforderungen eingegangen sind. Es ist demnach zu prüfen, ob der Ausdruck „im Voraus“ in § 137 Abs. I zwingend ist oder ob nicht auf Antrag des Grundeigentümers die Entschädigung auch nachträglich gezahlt werden kann. Auszugehen ist dabei von dem Sinn der Vorschrift. § 137 in dieser Fassung hat den Zweck, dem Eigentümer die notwendige Sicherheit und die Nutzung der Entschädigung zu der Zeit, wo er sonst in den Genuß der Nutzung des Grundstückes gekommen wäre, zu verschaffen¹¹⁷⁾; der Grundeigentümer soll nicht vorleisten, also nicht gegen nachträgliche Entschädigung seinen Grund und Boden überlassen müssen¹¹⁸⁾. Daraus ergibt sich, daß die Bestimmung, die Entschädigung sei im Voraus zu leisten, lediglich dem Schutz des Eigentümers dienen soll, es demnach auch in seinem Belieben steht, mit der Geltendmachung der Entschädigungsforderung bis zum Ende eines jeden Jahres zu warten. Auch diese Art der Entschädigung würde den Interessen beider Parteien sehr entgegenkommen, weil sie in der Praxis darauf hinauslaufen wird, daß die eine Partei keine Bergschädenansprüche stellt und die andere dann auch den Ersparniswert nicht verlangen kann.

b) Es wäre nun zu untersuchen, ob diese Schadensregelung auch bei der Übertragung zu Eigentum möglich ist. Aus dem Gesetz unmittelbar ergibt sich das nicht. § 137 Abs. I behandelt eindeutig nur den Fall der Grundabtretung zur Nutzung, was daraus hervorgeht, daß es ausdrücklich im Gesetz heißt „für die entzogene Nutzung“, ferner auch daraus, daß der Bergbautreibende das Grundstück nach beendiger Benutzung zurückgeben muß, was bei dem Übergang des Eigentums ja nicht der Fall ist. Auch eine analoge Anwendung des § 137 Abs. I mit dem Ergebnis, daß auch bei einer Übertragung zu Eigentum für den jährlichen Nutzungsverlust am Beginn eines jeden Jahres Ersatz zu leisten sei, kommt nicht in Betracht, weil die spezielle Formulierung des § 137 Abs. I beweist, daß der Gesetzgeber nur den Fall der Abtretung zur Benutzung in dieser Weise regeln wollte. Weiter spricht gegen die analoge Anwendung, daß die Übertragung zu Eigentum endgültig ist, die jährliche Nutzungsentuschädigung also dem Grundeigentümer (und seinen Erben) eine ewige Rente einbringen würde. Ein solcher Fall wäre so gegen die allgemeinen Grundsätze des deutschen Rechts, daß es schon einer ausdrücklichen gesetzlichen Bestimmung bedürfte, um eine solche Regelung zu ermöglichen. Bei der Übertragung des Eigentums ist § 137 Abs. I also nicht anwendbar¹¹⁹⁾.

II. Für den Fall der Übertragung zu Eigentum fehlt also noch eine befriedigende Antwort auf die Frage, wie der Ersatz ohne große Schwierig-

¹¹⁷⁾ Westhoff Bd. II S. 116; Klostermann-Thielmann § 137 Anm. 4

¹¹⁸⁾ Isay § 137 Anm. 5

¹¹⁹⁾ Klostermann Lehrbuch S. 304

keiten geleistet werden kann. Es ist demnach nach einer weiteren Möglichkeit zu suchen. Diese könnte in der Erklärung eines Bergschädenverzichts gesehen werden, die ebenfalls den großen Vorteil hätte, umfangreiche Berechnungen und finanzielle Transaktionen zu ersparen. Wie kann nun ein solcher Bergschädenverzicht erreicht werden?

1) Der erste und einfachste Weg dazu ist der einer Vereinbarung zwischen den Parteien. Das Gesetz gibt ihnen die Möglichkeit, die gesamte Entschädigungsfrage durch Vertrag zu regeln; denn zur Ermittlung der Entschädigung werden gemäß § 143 Abs. II die Kommissarien nur tätig, wenn eine gütliche Einigung der Parteien fehlt.

2) Dagegen kann bei der Entschädigungsfestsetzung bzw. im Wege der Klage die Erklärung eines Bergschädenverzichts dem die Grundabtretung betreibenden Bergwerksbesitzer nicht auferlegt werden, weil der Entschädigungsanspruch auf Geld gerichtet ist¹²⁰⁾.

3) Eine weitere Möglichkeit wäre die, dem die Grundabtretung Betreibenden die Leistung eines Bergschädenverzichts durch den Beschluß gemäß § 144 ABG aufzuerlegen. Diese Vorschrift lautet:

„Der Beschluß, durch welchen die zwangsweise Abtretung oder Erwerbung eines Grundstücks ausgesprochen wird, muß das Grundstück genau bezeichnen, die dem Grundbesitzer zu leistende Entschädigung beziehungsweise Kautio festssetzen und die sonstigen Bedingungen der Abtretung oder Erwerbung enthalten.“

a) Die Erklärung eines Bergschädenverzichts könnte nun eine Bedingung der Abtretung des Grundstücks sein. Diese Frage wirft eine andere auf, nämlich die, was unter Bedingungen der Abtretung bzw. Erwerbung zu verstehen ist. Diese Bedingungen können sehr verschiedener Art sein, es kann sich dabei um die Wahrung von Interessen der einen oder anderen Partei sowie Dritter handeln, ebenso um die Sicherung des öffentlichen Interesses¹²¹⁾. Sie können in Auflagen an den die Grundabtretung betreibenden Bergwerksbesitzer bestehen, ferner Beschränkungen in der Benutzung und Vorbehalte für den Grundeigentümer enthalten¹²²⁾, und zwar sowohl bei der Abtretung zur Benutzung wie zu Eigentum¹²³⁾. So kann z. B. die Grundabtretung unter der Bedingung, daß dem Grundeigentümer ein Wegerecht eingeräumt wird, beschlossen werden¹²⁴⁾. Da es sich beim Bergschädenverzicht ebenso wie beim Wegerecht im Falle der Eintragung in das Grundbuch um eine Dienstbarkeit handelt, muß es auch möglich sein, dem Erwerber die Bedingung aufzuerlegen, daß er dem

¹²⁰⁾ Boldt § 137 Anm. 2; Isay Anm. B I 2 a

¹²¹⁾ Brassert-Gottschalk § 144 Anm. 2

¹²²⁾ Brassert-Gottschalk aaO., Westhoff Bd. II S. 312

¹²³⁾ Isay § 144 Anm. B III

¹²⁴⁾ Ebel § 144 Anm. 1, RekB ZfB 44, 374

bergbautreibenden Grundeigentümer von Bergschädenansprüchen freigestellt¹²⁵⁾, was durch Eintragung einer entsprechenden Grunddienstbarkeit geschehen kann.

b) Durch gemeinsamen Beschluß des Oberbergamtes und der Regierung — jetzt des Regierungspräsidenten¹²⁶⁾ — darf also dem durch die Grundabtretung begünstigten Bergbautreibenden ein Bergschädenverzicht auferlegt werden, der auch in das Grundbuch eingetragen werden kann¹²⁷⁾. Sollte die vom Grundeigentümer beantragte Bedingung, daß der Bergbautreibende, dem das Grundstück zugesprochen werden soll, auf Bergschäden zu verzichten hat, in den Beschluß nach § 144 ABG nicht aufgenommen werden, so steht dem Grundeigentümer dagegen gemäß § 145 nur die Beschwerde mit anschließendem Verwaltungsrechtsweg (§§ 40 ff VwGO) zu¹²⁸⁾, weil diese Bedingung keine Entschädigungsleistung ist, sondern eine Auflage darstellt, unter der die Grundabtretung erfolgt und die den zur Grundabtretung Verpflichteten lediglich vor Schaden bewahren soll.

D) Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Behandlung des Ersparniswertes in der Grundabtretung nach dem ABG nach ähnlichen Grundsätzen erfolgt wie in der Enteignung nach dem PrEG. Der Ersparniswert ist zu ersetzen; als Art des Ersatzes kommt immer eine Geldentschädigung in Betracht; unter Umständen kann auch durch Beschluß die Auferlegung eines Bergschädenverzichts erreicht werden.

11. Kapitel

Das Baufluchtliniengesetz.

Das „Gesetz, betreffend die Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften“ vom 2. Juli 1875 (GS S. 561) in der Fassung des Art. I des Wohnungsgesetzes vom 28. März 1918 (GS S. 23) sieht in den §§ 13 und 13a einige Enteignungsfälle gegen Entschädigung vor. Wie wird nun der Ersparniswert in Enteignungen aufgrund dieses Gesetzes behandelt?

A) Die Entschädigungsregelung ist in § 14 Abs. I enthalten. Diese Bestimmung lautet:

„Für die Feststellung der nach § 13 und 13a Abs. 1 zu gewährenden Entschädigung und die Vollziehung der Enteignung kommen die §§ 24 ff

¹²⁵⁾ Westhoff Bd. I S. 179, LG Essen JW 30, 3787

¹²⁶⁾ Reuß-Grotefend-Dapprich § 142 Anm. 1

¹²⁷⁾ Isay § 144 Anm. III

¹²⁸⁾ Schlüter-Hense § 145 Anm. VIII, 3; Müller-Erzbach S. 329; Isay § 145 Anm. C I 2; RekB ZfB 11, 363

des Gesetzes über Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874 zur Anwendung.“

Ihrem Wortlaut nach verweist diese Bestimmung nur auf die Verfahrensvorschriften des PrEG, doch herrscht Einigkeit darüber, daß die Entschädigungsregelung über Art und Höhe, wie sie im PrEG enthalten ist, ebenfalls in der Enteignung nach dem BFluchtG Anwendung findet. Das ergibt sich daraus, daß in den §§ 24 ff PrEG wiederum Verweisungen auf die materiellen Entschädigungsvorschriften zu finden sind. So wird in § 25 auf § 9 und in § 29 auf die §§ 7-13 Bezug genommen¹²⁹⁾. Die maßgebende Vorschrift für die Höhe der zu zahlenden Entschädigung ist also § 8 Abs. I PrEG, und da dieser volle Entschädigung gebietet, ist der Ersparniswert auch in der Enteignung nach dem BFluchtG zu ersetzen.

B) I. Die Entschädigung ist auch hier grundsätzlich in Geld zu leisten, und zwar bei der Entziehung des Eigentums in einer Summe, bei der bloßen Beschränkung in halbjährlichen Raten (§ 12 Abs. II PrEG).

II. Die Eintragung eines Bergschädenverzichts kann auch hier durch Vereinbarung zwischen den Parteien erreicht werden, da keine Bestimmung des BFluchtG einer vertraglichen Regelung der Entschädigungsfrage entgegensteht. Dagegen ist die Erzwingung des Bergschädenverzichts im Wege der Entschädigungsfeststellung bzw. der Klage nicht möglich, weil die Entschädigung nur in Geld gewährt wird. Es bleibt noch zu prüfen, ob der Bergschädenverzicht in einem Beschluß ähnlich dem nach § 21 PrEG dem Enteigner auferlegt werden kann. Die Vorschrift des § 21 PrEG selbst kann hier nicht angewandt werden, da das BFluchtG ein eigenes Planfeststellungsverfahren in Gestalt der Aufstellung eines Fluchtlinienplans kennt. Dieser Fluchtlinienplan ist die Grundlage für die Entscheidung über die Entschädigung¹³⁰⁾, und die ihn betreffenden Vorschriften sind *lex specialis* gegenüber den Vorschriften über die Planfeststellung im PrEG. Soweit also im BFluchtG eine Regelung erfolgt ist, kann die entsprechende Bestimmung des PrEG nicht mehr zum Zuge kommen. Der „Planfeststellungsbeschluß“ des BFluchtG ist in § 8 geregelt. Dieser Paragraph lautet:

„Über die erhobenen Einwendungen (§ 7) hat, soweit dieselben nicht durch Verhandlung zwischen dem Gemeindevorstande und den Beschwerdeführern zur Erledigung kommen, der Kreisausschuß zu beschließen Sind Einwendungen nicht erhoben oder ist über dieselben endgültig beschlossen, so hat der Gemeindevorstand den Plan förmlich festzustellen, zu jedermanns Einsicht offenzulegen und, wie dies geschehen soll, ortsüblich bekanntzumachen.“

Die Einwendungen, die gegen den Plan erhoben werden können, sind nur solche, die sich gegen die Förmlichkeiten der Planfestsetzung oder gegen

¹²⁹⁾ Strauß und Torney-Saß S. 191; Saran § 14 Anm. 2; Dieckmann S. 85; Koffka S. 232

¹³⁰⁾ Saran § 14 Anm. 3

die Art der Ausführung des Planes richten, nicht aber Einwendungen wegen der Entschädigung¹³¹⁾. Nun wäre die Auferlegung eines Bergschädenverzichts zwar keine Frage der Entschädigung, sondern der Schadensverhütung, aber auch solche Einwendungen sind nach § 7 nicht zulässig. Wenn aber solche Einwendungen nach § 7 nicht mit Aussicht auf Erfolg erhoben werden können, darf ihnen auch nach § 8 nicht stattgegeben werden; demnach ist auch eine Anwendung des § 21 PrEG nicht möglich, nach dem die Art der Beschränkungen, die der Enteigner auf sich zu nehmen hat, im Beschluß festzustellen ist, da das BFluchtG eine Regelung getroffen hat, die von der des PrEG abweicht. Die Auferlegung eines Bergschädenverzichts durch Beschluß ist also nicht möglich.

III. Abschnitt

Gesetze aus der Zeit zwischen dem Ende des ersten und des zweiten Weltkriegs.

12. Kapitel

Verordnung zur Behebung der dringenden Wohnungsnot.

A) Nach der Verordnung zur Behebung der dringenden Wohnungsnot vom 9. 12. 1919 (RGBl. S. 1968), die auch heute noch gültig ist¹³²⁾, ist der Bezirkswohnungskommissar befugt, gemäß § 3 für Klein- und Mittelwohnungen geeignete Grundstücke gegen angemessene Entschädigung zu enteignen, wenn Bau- und Gartenland in passender Lage nicht zu angemessenem Preis zur Verfügung stehen. Die Enteignung erfolgt ohne besonderes Verfahren durch formlosen Bescheid an den Eigentümer; in dem Bescheid ist lediglich anzugeben, zu wessen Gunsten die Enteignung stattfindet und welche Entschädigung bezahlt werden wird (§ 4 Abs. II).

B) Bei der Frage, ob auch nach dieser sog. Behebungsverordnung der Ersparniswert bei der Enteignung eines Bergbautreibenden zu ersetzen ist, muß zunächst ermittelt werden, welche Bedeutung der Begriff „angemessene Entschädigung“ hat. Rechtsprechung und Lehre waren darüber einer Meinung, daß „angemessen“ die vom PrEG gewährte Entschädigung war, falls das betreffende Spezialgesetz nichts anderes bestimmte¹³³⁾. Demnach ist auch in der Enteignung nach der Behebungsverordnung der volle Wert zu ersetzen, und also auch der Ersparniswert.

C) Als Art des Ersatzes kommt zunächst eine Entschädigung in Geld in Betracht; aber auch der Bergschädenverzicht kann vertraglich verein-

¹³¹⁾ Saran § 7 Anm. 9; Dieckmann S. 39

¹³²⁾ Urteil des OVG Münster, IV A 239/50 vom 17. 1. 1950; Neufang S. 158

¹³³⁾ RGZ 112, 192, 128, 33, Schack MDR 53, 195

bart werden. Problematisch ist hier wiederum, ob es möglich ist, dem Enteigner einen Bergschädenverzicht aufzuerlegen. Die Regelung eines dem § 21 PrEG entsprechenden Beschlusses fehlt in der Behebungsverordnung; die Enteignung wird vielmehr durch den formlosen Bescheid an den Eigentümer nach § 4 Abs. II vollzogen. Nun kann in einer Verfügung, die weder in Form noch Inhalt gesetzlich näher umschrieben ist, durchaus eine Beschränkung bestimmt sein. Wie sich aus § 2 der ersten Ausführungsverordnung zur Behebungsverordnung vom 14. 2. 1921 (GS S. 315) ergibt, kann z. B. in dem Bescheid auch ausgesprochen werden, daß der Erwerber eine Belastung des zu enteignenden Grundstücks übernehmen muß. Ebenso muß es auch möglich sein, daß die Enteignung unter der Bedingung vollzogen wird, daß der Erwerber eine neue Belastung zugunsten des Enteigneten übernimmt, die diesen vor Schaden bewahrt; denn oberster Grundsatz bei jeder Enteignung muß sein, daß dem Enteigneten nicht mehr Opfer auferlegt werden, als im öffentlichen Interesse erforderlich ist. Zweck der Behebungsverordnung ist die Beschaffung von Gelände zum Wohnungsbau; dieser Zweck wird auch dann erreicht, wenn dem Erwerber eine Belastung aufgebürdet wird, die die Errichtung des Hauses nicht stört. Eine Verteuerung des Gebäudes tritt z. B. bei der Belastung mit einem Bergschädenverzicht auch nicht ein; denn ob der Erwerber bei der Enteignung den bergbautreibenden Grundbesitzer in Geld entschädigt oder später die Bergschäden auf eigene Kosten beseitigt, führt finanziell zum gleichen Ergebnis. Deshalb kann dem Erwerber gemäß § 4 II durch den Bescheid auf Antrag des Enteigneten ein Bergschädenverzicht zugunsten des Grundeigentümers auferlegt werden. Was also den Ersatz des Ersparniswertes anlangt, spielt es keine Rolle, ob eine Enteignung aufgrund der Behebungsverordnung oder des PrEG durchgeführt wird.

13. Kapitel

Das Energiewirtschaftsgesetz.

A) Eines der wenigen heute noch bedeutsamen Enteignungsgesetze aus der nationalsozialistischen Zeit ist das Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft vom 13. 12. 1935 (RGBl. S. 1451). Die für die Enteignung bedeutsame Vorschrift, § 11 Abs. I u. II, lautet:

„Soweit für Zwecke der öffentlichen Energieversorgung die Entziehung oder Beschränkung von Grundeigentum oder Rechten am Grundeigentum im Wege der Enteignung erforderlich wird, stellt der Reichswirtschaftsminister die Zulässigkeit der Enteignung fest.

Für das Verfahren gelten die Landesgesetze mit der Maßgabe, daß die endgültige Entscheidung über die Zulässigkeit der Inanspruchnahme der Grundstücke zur Ausführung von Vorarbeiten und über

die Art der Durchführung und den Umfang der Enteignung, soweit sie nicht in einem Verwaltungsstreitverfahren ergeht, der Reichswirtschaftsminister trifft.“

B) Diese Bestimmung sagt an sich nichts über das Maß der Entschädigung, da sie lediglich auf die Verfahrensregeln der Landesenteignungsgesetze, im Bereich des ehemaligen Landes Preußens also des PrEG, verweist. Da jedoch auch in den Verfahrensvorschriften, z. B. in § 29 PrEG, auf die Vorschriften über Art und Höhe der Entschädigung Bezug genommen wird, muß davon ausgegangen werden, daß auch in der Enteignung nach dem Energiewirtschaftsgesetz die Entschädigung nach § 8 PrEG zu leisten ist, der Eigentümer also den vollen Wert einschließlich des Ersparniswertes verlangen kann. Ebenso ist durch die Verweisung auf die Verfahrensvorschriften des PrEG klargestellt, daß der Bergschädenverzicht nicht nur durch gütliche Einigung zwischen den Beteiligten, sondern auch durch Beschluß nach § 21 PrEG erreicht werden kann.

14. Kapitel

Das Reichsheimstättengesetz.

A) Das Reichsheimstättengesetz vom 10. Mai 1920 (RGBl. 162, 1218) in der Fassung vom 25. 11. 1937 (RGBl. S. 1291) sieht in § 28 folgende Enteignungsregelung vor:

„Grundstücke, die zur Begründung oder Vergrößerung von Heimstätten erforderlich sind, können unter entsprechender Anwendung der für die Enteignung für Zwecke des Kleinwohnungsbaues geltenden Vorschriften enteignet werden.“

Nach § 45 der Verordnung zur Ausführung des Reichsheimstättengesetzes vom 19. Juli 1940 (RGBl. S. 1027) sind auf die Enteignung von Grundstücken zur Begründung oder Vergrößerung von Heimstätten folgende Bestimmungen anzuwenden:

„a) Die Vorschriften der Dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931, Vierter Teil, Kapitel II (RGBl. S. 537,551) mit ihren Änderungen und Ergänzungen, wenn es sich um Heimstätten mit Nutzgärten (§ 1 Abs. 1 des Gesetzes) oder um Heimstätten handelt, die für nicht gewerbsmäßige gärtnerische Nutzung bestimmt sind (Heimstättengärten — § 29 des Gesetzes und § 46 dieser Verordnung), oder um einheitliche Vorhaben, bei denen diese Stellen (einschließlich Kleinsiedlungen und Kleingärten) überwiegen;

b) die Vorschriften zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 9. Dezember 1919 (RGBl. S. 1968), wenn es sich um Heimstätten ohne Nutzgärten handelt.“

Es sind demnach zwei verschiedene Enteignungsgesetze bei der Frage der Behandlung des Ersparniswertes zu überprüfen.

B) Bei Heimstätten mit Nutzgärten finden die Vorschriften der Dritten Verordnung des Reichspräsidenten Anwendung.

I. Die Höhe der Entschädigung wird in § 11 Abs. I des II. Kapitels geregelt. Danach sind die Grundstücke gegen angemessene Entschädigung zu enteignen. Da unter angemessener Entschädigung bei Erlass der Verordnung die vom PrEG gewährte volle Entschädigung angesehen wurde, falls das betreffende Gesetz nichts anderes bestimmte, ist auch hier der volle Wert einschließlich des Ersparniswertes zu zahlen.

II. Die Entschädigung hat auch hier gemäß § 7 S. 2 PrEG in Geld zu erfolgen, doch steht der vertraglichen Vereinbarung eines Bergschädenverzichts nichts im Wege. Schließlich ist auch die Auferlegung eines Bergschädenverzichts zur Vergütung eines Schadens möglich; denn für das Enteignungsverfahren wird in § 11 Abs. II auf die §§ 4 und 5 der Behebungsverordnung verwiesen, und nach diesen ist, wie im 12. Kapitel bereits ausgeführt wurde, die Auferlegung einer Beschränkung durch den Enteignungsbescheid zulässig.

C) Auf die Enteignung für Heimstätten ohne Nutzgärten sind die Vorschriften der Behebungsverordnung anzuwenden; wegen der Behandlung des Ersparniswertes in dieser Enteignung kann auf die Ergebnisse des 12. Kapitels verwiesen werden.

IV. Abschnitt

Gesetze der Bundesrepublik.

15. Kapitel

Das Baulandbeschaffungsgesetz.

Durch das Baulandbeschaffungsgesetz vom 3. August 1953 (BGBl. S. 720) ist eine Enteignung möglich zur Förderung des Wohnungsbaues und zur Verbindung breiter Volksschichten mit dem Grund und Boden im Rahmen einer geordneten Bebauung (§ 1 Abs. I BLBG). Trifft eine solche Enteignung Gelände, das einem Bergbautreibenden gehört, so wird die Frage der Behandlung des Ersparniswertes auch hier akut. Und da das BLBG das erste Bundesenteignungsgesetz mit einer ausführlichen Entschädigungsregelung ist, empfiehlt sich hier eine eingehende Erörterung des Problems, obwohl das Gesetz inzwischen durch § 186 Abs. I BBauG aufgehoben worden ist.

A) Zunächst soll geprüft werden, ob nach dem BLBG ein Ersatz des Ersparniswertes dann in Betracht kommt, wenn das Eigentum an einem dem Bergbautreibenden gehörenden Grundstück entzogen wird.

I. Als Grundlage eines Anspruchs auf Ersatz des Ersparniswertes könnte § 10 BLBG dienen. Nach dieser Vorschrift ist bei der Ermittlung des Wertes des enteigneten Grundstücks von den Wertverhältnissen am 17. Oktober 1936 unter Berücksichtigung der seitdem eingetretenen Änderungen in den Wertverhältnissen auszugehen. § 10 regelt jedoch nur den Teil der Entschädigung, die für den objektiven Rechtsverlust zu leisten ist¹³⁴⁾, was sich daraus ergibt, daß gemäß § 10 Abs. II die Entschädigung den im Zeitpunkt der Enteignung im gewöhnlichen Geschäftsverkehr zu erzielenden Preis (gemeiner Wert) nicht übersteigen darf. Da der Ersparniswert aber ein subjektiver Ertragswert ist, der nur aus den besonderen individuellen Verhältnissen des Enteigneten — daß er nämlich Bergbautreibender ist — heraus erklärt werden kann, ist im Rahmen des § 10 ein Ersatz des Ersparniswertes nicht möglich.

II. 1) Der über den nach § 10 zu ermittelnden objektiven Wert hinausgehende subjektive Schaden kann unter bestimmten Voraussetzungen nach § 11 ersetzt werden¹³⁵⁾. Diese Vorschrift lautet:

„Wegen anderer durch die Enteignung eintretender Vermögensnachteile (§ 9 Abs. 1 Buchstabe b) sind Entschädigungen insbesondere festzusetzen für

- a) den vorübergehenden oder dauernden Verlust, den der von der Enteignung Betroffene in seinem Erwerb erleidet, jedoch nur bis zu dem Betrag des Aufwands, der erforderlich ist, um ein anderes Grundstück in der gleichen Weise wie das zu enteignende Grundstück zu nutzen oder zu gebrauchen,
- b) die Wertminderung, die durch Enteignung eines Grundstücksteiles oder eines Teiles eines räumlich oder wirtschaftlich zusammenhängenden Grundbesitzes bei dem anderen Teil oder durch Enteignung eines Rechts an einem Grundstück bei einem anderen Grundstück entsteht, soweit die Wertminderung nicht schon bei der Festsetzung der Entschädigung nach Buchstabe a berücksichtigt ist.“

Die nach § 11 zu leistende Entschädigung tritt zu der für den objektiven Rechtsverlust nach § 10 zu gewährenden¹³⁶⁾, vorausgesetzt, daß nicht die eine bereits in der anderen enthalten ist. Weiter ist durch das Wort „insbesondere“ in § 11 klargestellt, daß die beiden unter Buchstabe a und b

¹³⁴⁾ Dittus-Zinkahn § 10 Anm. 1

¹³⁵⁾ Dittus-Zinkahn § 11 Anm. 1

¹³⁶⁾ Dittus-Zinkahn § 9 Anm. 7; Stadler S. 365

aufgeführten Tatbestände lediglich Beispiele und auch andere subjektive Schäden zu ersetzen sind¹³⁷⁾).

2) Voraussetzung für den Ersatz des Ersparniswertes ist also zunächst, daß

a) der Verlust des Ersparniswertes ein über den nach § 10 zu ersetzenden Schaden hinausgehender Vermögensnachteil ist. Das kann der Fall sein; ebenso gut ist es aber auch möglich, daß der gemeine Wert höher ist als der Nutzen, den das Grundstück bisher seinem bergbautreibenden Eigentümer brachte. Da aber der Ersatz des Ersparniswertes ohnehin nur dann problematisch ist, wenn er in dem gemeinen Wert keine Deckung findet, soll auch hier — wie in der gesamten Untersuchung — davon ausgegangen werden, daß der in dem Ersparniswert (zuzüglich des weiteren Ertragswertes) bestehende Ertragswert höher ist als der gemeine Wert.

b) Weiter ist zu prüfen, ob der Verlust des Ersparniswertes einen der beiden besonders aufgeführten Tatbestände des § 11 erfüllt. Zu denken ist hier an den Fall des Buchstaben a. Das setzt voraus, daß der Bergbautreibende infolge der Enteignung einen vorübergehenden oder dauernden Verlust in seinem Erwerb erleidet. Wenn eine Bergwerksgesellschaft vor der Enteignung jährlich durch das Eigentum an dem Grundstück einen bestimmten Betrag an Bergschadenlasten ersparte, so erhöhte sich dadurch ihr Gewinn; nach dem Verlust des Grundstückes hat sie nun Bergschadensansprüche zu befriedigen, und dadurch vermindert sich ihr Gewinn; der Erwerb des Bergbautreibenden wird also durch die Enteignung beeinträchtigt. Die durch die Enteignung betroffene Bergwerksgesellschaft erleidet demnach in ihrem Erwerb einen Verlust, und zwar deshalb, weil ihr ein bisher für Zwecke des Unternehmens benutztes Gelände nicht mehr zur Verfügung steht; dieser Verlust ist ein dauernder, weil er immer von neuem, also in jedem Rechnungsjahr, auftritt.

Die Voraussetzungen des § 11 Buchstabe a liegen also vor.

3) Die Höhe der zu leistenden Entschädigung ist jedoch in § 11 begrenzt. Der Enteignete kann nur Ersatz bis zu dem Betrag des Aufwands verlangen, der erforderlich ist, um ein anderes Grundstück in der gleichen Weise wie das zu enteignende Grundstück zu nutzen oder zu gebrauchen. Falls diese Grenze einhaltbar ist, d. h. wenn der Bergbautreibende ein Grundstück verlor, für das sich ein Ersatzgrundstück findet, welches sich ebenfalls in seinem Abbaugebiet an einer ähnlich gefährdeten Stelle befindet, dann würde also sein Anspruch auf Ersatz des subjektiven Schadens durch den Betrag begrenzt sein, den er benötigte, um sich an diesem Grundstück einen Bergschadenverzicht bestellen zu lassen. Gibt es ein solches Grundstück nicht, so müßten die Kosten für die Bestellung einer

¹³⁷⁾ Dittus-Zinkahn § 11 Anm. I, 1

derartigen Grunddienstbarkeit durch Ermittlung von Vergleichspreisen festgestellt werden. Eine tatsächliche Minderung der Entschädigungsansprüche würde sich hierbei aber selten ergeben; denn der Grundeigentümer, der dem Bergbautreibenden eine Grunddienstbarkeit einräumt, die einen Bergschädenverzicht beinhaltet, wird sich dafür in der Regel eine Summe zahlen lassen, die den aller Wahrscheinlichkeit nach zukünftig von ihm selbst zu tragenden Bergschäden entspricht.

Somit wird der Bergbautreibende meistens jedenfalls dann den Ersparniswert ersetzt verlangen können, wenn dieser nicht in der für den objektiven Rechtsverlust zu leistenden Entschädigung (§ 10) ganz oder teilweise enthalten ist.

III. Als nächste Frage erhebt sich die nach der Art des Ersatzes.

1) Nach § 14 Abs. 1 BLBG ist die Entschädigung in einer Kapitalsumme zu leisten, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt. Das bedeutet, daß der Bergbautreibende sich für den Ersparniswert durch die einmalige Zahlung eines Geldbetrages entschädigen lassen kann. Diese Möglichkeit kommt immer dann zur Anwendung, wenn der Bergbautreibende keine andere Art der Entschädigung beantragt¹³⁸⁾.

2) Eine Entschädigung durch jährliche Zahlungen ist im BLBG nicht geregelt; der Gesetzgeber wollte auch eine derartige Bestimmung nicht in das Gesetz aufnehmen, wie sich daraus ergibt, daß die Regierungsvorlage, die eine entsprechende Vorschrift vorsah, abgeändert wurde. Nichtsdestoweniger können die Beteiligten sich im Wege der Vereinbarung auf eine z. B. jährliche Entschädigung für den Verlust des Ersparniswertes einigen¹³⁹⁾.

3) Auf Antrag kann ferner u. U. eine Entschädigung in Ersatzland zubilligt werden. Falls der Bergbautreibende auf diese Weise ein gegenüber dem enteigneten gleichwertiges Grundstück erhält, wird er von dieser Möglichkeit gern Gebrauch machen, doch wird das in der Praxis nur sehr selten zu verwirklichen sein.

4) Als Entschädigung kann auch die Gewährung dinglicher Rechte an dem zu enteignenden oder einem anderen Grundstück bestimmt werden. Gemäß § 15 Abs. 1 kommt dafür aber nur die Bestellung oder Übertragung von Wohnungseigentum, Teileigentum, Dauerwohnrecht oder Dauernutzungsrecht in Betracht. Diese ausschließliche Aufzählung der als Ersatz infrage kommenden Rechte läßt die Gewährung einer einen Bergschädenverzicht beinhaltenden Grund- oder beschränkten persönlichen Dienstbarkeit nicht zu.

¹³⁸⁾ Dittus-Zinkahn § 14 Anm. 1

¹³⁹⁾ Dittus-Zinkahn a. a. O.

5) Da als Entschädigung ein Bergschädenverzicht auch in der Enteignung nach dem BLBG gegen den Willen des Enteigners nicht durchgesetzt werden kann, ist noch zu prüfen, ob dem Bergbautreibenden andere Wege zur Verfügung stehen, doch noch die Erklärung und Bewilligung der Eintragung eines Bergschädenverzichts von dem Enteigner zu erreichen.

a) Wie bei jeder bisher behandelten Enteignung kann auch hier der Bergschädenverzicht durch einen Vertrag zwischen dem Enteigner und dem Bergbautreibenden vereinbart werden. Die Möglichkeit derartiger Einigungen ergibt sich aus den §§ 27, 28 BLBG.

b) Sollte eine solche Vereinbarung nicht zustandekommen, wäre an die Auferlegung eines Bergschädenverzichts durch Enteignungsbeschluß zu denken. Gemäß § 30 Abs. II c hat der Enteignungsbeschluß u. a. zu bezeichnen

„die Eigentums- und sonstigen Rechtsverhältnisse vor und nach der Enteignung.“

Was das Gesetz unter „sonstigen Rechtsverhältnissen“ verstanden wissen will, erläutert es in § 29 Abs. I S. 2. Danach hat die Enteignungsbehörde darüber zu entscheiden, ob an dem Gegenstand der Enteignung neue dingliche Rechte begründet werden. Es scheint fraglich, ob nach dieser Vorschrift ein Bergschädenverzicht auferlegt werden kann. Zwar wäre dieser in Gestalt einer Grunddienstbarkeit ein neues dingliches Recht, welches an dem Gegenstand der Enteignung, nämlich dem Grundstück, begründet würde, doch ist zu prüfen, ob das Gesetz mit den neuen dinglichen Rechten nicht ausschließlich diejenigen meint, die gemäß § 15 als Entschädigung verlangt werden können.

aa) Für diese letztere Auffassung scheint zunächst zu sprechen, daß eine Entschädigung durch Gewährung anderer dinglicher Rechte als der in § 15 bezeichneten im BLBG nicht vorgesehen und demnach gemäß § 14 Abs. I nicht zulässig ist. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, daß die Auferlegung eines Bergschädenverzichts im Enteignungsbeschluß keine Entschädigung ist, da in diesem Falle dem Bergbautreibenden insoweit kein Schaden durch die Enteignung entsteht; denn er behält ja den Ersparniswert. Der Enteignete wird also lediglich vor Schaden bewahrt — eine Entscheidung, die der allgemeinen Tendenz des BLBG, den Enteigneten möglichst in seinem Rechtsstande zu belassen, entspricht, einer Tendenz, die z. B. in den §§ 4 Abs. 1, 5 und 7 des Gesetzes zum Ausdruck kommt.

bb) Dagegen sprechen zwei andere Argumente dafür, daß die „neuen dinglichen Rechte“ in § 29 Abs. I S. 2 nicht nur die in § 15 aufgezählten sind. Diese Meinung findet zunächst im Wortlaut des Gesetzes eine Stütze. Es heißt „an dem Gegenstand der Enteignung . . . neue dingliche Rechte begründet werden.“ Das kann nur ganz allgemein so verstanden werden, daß jedes dingliche Recht — jedenfalls wenn es die geplante Bebauung des Grundstücks nicht verhindert — neu begründet werden kann. Hätte

das Gesetz mit den neuen dinglichen Rechten nur die in § 15 aufgezählten gemeint, so wäre das durch einen einschränkenden Zusatz zum Ausdruck gebracht worden.

cc) Ein weiteres Argument ergibt sich aus der Fassung des gesamten Satzes 2 des § 29 Abs. 1:

„Zugleich entscheidet die Enteignungsbehörde darüber, ob an dem Gegenstand der Enteignung Rechte der in § 12 Buchstabe a und § 13 bezeichneten Berechtigten aufrechterhalten und ob an dem Gegenstand der Enteignung oder an dem Ersatzland neue dingliche Rechte begründet werden.“

Die in § 12 Buchstabe a und § 13 bezeichneten Berechtigten sind Altenteilsberechtigte und Inhaber von Dienstbarkeiten sowie Nebenberechtigten, für die ein Recht an einem Grundstück im Grundbuch eingetragen oder durch Eintragung gesichert ist; ferner Nebenberechtigte, die Inhaber eines nicht im Grundbuch eingetragenen Rechtes sind¹⁴⁰⁾. Demnach können nach § 29 Abs. 1 S. 2 alle Rechte am Grundstück aufrechterhalten werden, soweit sie die Bebauung nicht stören, also auch Grunddienstbarkeiten, die einen Bergschädenverzicht zum Gegenstand haben. Das unmittelbare Nebeneinander alter und neuer Rechte in § 29 Abs. 1 S. 2 läßt nun darauf schließen, daß die alten und neuen Rechte auch in derselben allgemeinen Bedeutung verstanden werden müssen, mit den neuen Rechten also nicht nur die in § 15 genannten gemeint sind.

Diese Argumente lassen erkennen, daß eine Grunddienstbarkeit, die einen Bergschädenverzicht zum Gegenstand hat, wie jedes andere dingliche Recht durch Enteignungsbeschluß dem Enteigner auferlegt werden kann¹⁴¹⁾.

B) I. Neben der Entziehung ist nach dem BLBG auch eine Beschränkung des Grundeigentums möglich (§§ 1 Abs. II, 4 Abs. I und II). Als Belastungen kommen entsprechend dem Zweck des Gesetzes, Bauland zu beschaffen, praktisch lediglich das Erbbaurecht und vielleicht Grunddienstbarkeiten (für Nebenanlagen, Versorgungsleitungen, Wegerechte) in Betracht¹⁴²⁾. Wegen seiner Bedeutung soll hier nur der Fall geprüft werden, in dem das Grundstück eines Bergbautreibenden mit einem Erbbaurecht belastet wird.

II. Für die Entschädigung finden die §§ 10 und 11 Anwendung; d. h. zu ersetzen ist der objektive Rechtsverlust und der subjektive Vermögensnachteil infolge Erwerbsverminderung (§ 11 Buchstabe a). Nach den Ausführungen unter A II) zu diesem Punkte ist also auch hier unter Umständen der Ersparniswert zu ersetzen.

¹⁴⁰⁾ Dittus-Zinkahn § 13 Anm. II

¹⁴¹⁾ ebenso anscheinend Dittus-Zinkahn § 29 Anm. 4; Dittus NJW 56, 609

¹⁴²⁾ Dittus-Zinkahn § 1 Anm. 14; Stadler S. 364

III. Als Art des Ersatzes bzw. der Vermeidung des Eintrittes eines Schadens kommen bei der Belastung mit einem Erbbaurecht in Betracht:

1) Gemäß § 14 Abs. II ist für Erbbaurechte die Entschädigung in einem Erbbauzins zu leisten. Das würde bedeuten, daß der Bergbautreibende zunächst den gewöhnlichen Erbbauzins erhalten würde (§ 10), darüberhinaus aber auch Ersatz für den jährlichen Erwerbsverlust (§ 11). Das führt aber keineswegs dazu, daß der Bergbautreibende nun am Ende eines jeden Jahres die Summe, die er für Bergschäden in den verflossenen 12 Monaten aufwenden mußte, mit dem Erbbauzins zusammen verlangen kann, bei der Enteignung muß nämlich ein fester Erbbauzins bestimmt werden, da ein variabler Zins nicht möglich ist¹⁴³⁾. Bei der Berechnung des Erbbauzinses hat also sofort eine Berücksichtigung des Ersparniswertes zu erfolgen, sofern dessen Verlust einen über den gemeinen Wert hinausgehenden Schaden für den Eigentümer bedeutet.

2) Weiter kann die Entschädigung darin bestehen, daß der durch die Enteignung Begünstigte zugunsten des Grundeigentümers aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung das Erbbaurecht mit einem Bergschädenverzicht belastet und dessen Eintragung in das Erbbaugrundbuch bewilligt. Schließlich ist es auch möglich, im Enteignungsbeschluß das Erbbaurecht mit einer Grunddienstbarkeit zu belasten, die einen Bergschädenverzicht zum Gegenstand hat (§ 29 Abs. I S. 2 BLBG).

C) Die Betrachtungen zum BLBG sollen nun damit abgeschlossen werden, daß die Behandlung des Ersparniswertes für den Fall erörtert wird, in dem ein Grundstück enteignet wird, daß dem Bergbautreibenden zwar nicht gehört, an dem er aber ein Recht besitzt, welches für ihn einen Ersparniswert hat. Als solche Rechte sollen hier nur Grunddienstbarkeiten und beschränkte persönliche Dienstbarkeiten betrachtet werden, die entweder einen Bergschädenverzicht dinglich sichern oder dem Eigentümer Beschränkungen in der Bebauung auferlegen und so auch zu dem für den Bergbautreibenden entscheidenden Ziel führen, ein über seinem Abbaugebiet liegendes Grundstück von kostspieligen Bauten und Anlagen freizuhalten.

I. Zunächst ist dabei zu prüfen, wie solche Dienstbarkeiten in der Enteignung nach dem BLBG überhaupt behandelt werden. Im PrEG herrschte das Prinzip, daß Grundstücke in der Enteignung frei von privatrechtlichen Lasten zu übertragen waren (§ 45 PrEG). Im Gegensatz dazu ist das BLBG zu einer in dieser Hinsicht freien Gestaltbarkeit des Rechtszustandes nach der Enteignung übergegangen und ermöglicht gemäß § 29 Abs. I S. 2 sogar die Neubegründung dinglicher Rechte¹⁴⁴⁾.

1) Ist der Bergbautreibende Inhaber einer Dienstbarkeit, die die Bebauung des zu enteignenden Grundstücks verhindert oder beschränkt, so

¹⁴³⁾ Dittus-Zinkahn § 14 Anm. 2; Palandt § 9 ErbbRV Anm. 9; Erman Anm. 2

¹⁴⁴⁾ Dittus NJW 56, 609

widerspricht ihre Aufrechterhaltung dem Zweck der Enteignung, nämlich der Förderung des Wohnungsbaues. Solche Dienstbarkeiten werden also in der Regel bei der Enteignung untergehen.

2) Sichert die Dienstbarkeit dagegen einen Bergschädenverzicht, so hindert sie die Bebauung nicht und kann deshalb nach § 29 Abs. 1 S. 2 aufrechterhalten werden.

II. Ein großer Teil der auf dem zu enteignenden Grundstück möglicherweise ruhenden Dienstbarkeiten wird also durch die Enteignung nicht berührt; ihren Inhabern entsteht kein Schaden. Die Frage der Entschädigung ist also nur für die untergehenden Dienstbarkeiten von Bedeutung.

1) Gemäß § 13 BLBG haben die neben dem Grundeigentümer vorhandenen Entschädigungsberechtigten grundsätzlich keinen unmittelbaren und zusätzlichen Anspruch gegen den durch die Enteignung Begünstigten, sondern lediglich eine Forderung gegen den Eigentümer auf Ersatz des Wertes ihres Rechtes aus der Geldentschädigung für das Eigentum am Grundstück¹⁴⁵⁾, es sei denn, daß die Voraussetzungen z. B. des § 12 vorliegen. Nach Buchstabe a dieser Vorschrift sind die Inhaber von Dienstbarkeiten bei der Enteignung eines Grundstücks gesondert zu entschädigen, wenn ihre Rechte nicht gemäß § 29 aufrechterhalten werden.

2) Der Inhaber einer Dienstbarkeit, die für ihn einen Ersparniswert besitzt, hat also einen Anspruch auf gesonderte Entschädigung, d. h. Anspruch auf Entschädigung für den durch die Enteignung eintretenden Rechtsverlust, deren Höhe gemäß § 10 Abs. V nach dem gemeinen Wert zu bestimmen ist, wozu noch die Entschädigung für den subjektiven Vermögensnachteil gemäß § 11 tritt¹⁴⁶⁾. Demzufolge ist der Bergbautreibende bei dem Verlust der Dienstbarkeit auch hinsichtlich des Ersparniswertes mit den unter A II 3 dargelegten Einschränkungen zu entschädigen, und zwar gemäß § 14 in Geld. Evtl. kommt daneben eine Umwandlung der bisherigen, die Bebauung verhindernden Dienstbarkeit in eine die Bebaubarkeit nicht beeinträchtigende durch Vereinbarung oder Enteignungsbeschluß in Betracht, beispielsweise so, daß eine Grunddienstbarkeit, die dem Eigentümer jede Bebauung verbietet, umgewandelt wird in eine Grunddienstbarkeit, die einen Bergschädenverzicht dinglich sichert.

D) Zusammenfassend kann die Betrachtung des ersten bedeutsamen Enteignungsgesetzes der deutschen Bundesrepublik mit der Feststellung beendet werden, daß auch nach dem BLBG wie nach den älteren Enteignungsgesetzen der Ersparniswert ersetzt wird und auch die Art und Weise des Ersatzes durch das Vorbild älterer Regelungen bestimmt wird.

¹⁴⁵⁾ Stadler S. 366

¹⁴⁶⁾ Dittus-Zinkahn § 12 Anm. 7

16. Kapitel

Das Bundesbahngesetz.

A) Das Bundesbahngesetz vom 13. 12 1951 (BGBl. S. 955) enthält keine besondere Regelung der Entschädigungsfrage; in dieser Hinsicht beschränkt es sich auf die Verweisung in § 37 S. 4: „Im übrigen gelten die Enteignungsgesetze.“ Im Bereich des ehemaligen Landes Preußen findet damit für die Entschädigung § 8 PrEG Anwendung¹⁴⁷⁾, nach dem voller Ersatz zu leisten ist. Das bedeutet auch den Ersatz des Ersparniswertes.

B) Bei der Frage nach der Art des Ersatzes ist entsprechend der Regelung des PrEG davon auszugehen, daß die Entschädigung nur in Geld erfolgt. Ein Bergschädenverzicht kann allerdings zwischen der Bundesbahn und dem Enteigneten vereinbart werden, da sich im Gesetz keine gegen-
teilige Bestimmung findet. Problematisch ist jedoch, ob die Erklärung eines Bergschädenverzichtes durch Beschluß dem Enteigner zur Auflage gemacht werden kann. § 21 PrEG kommt hier nicht zur Anwendung, da das Bundesbahngesetz das Planfeststellungsverfahren selbst geregelt hat und insofern die entsprechenden Bestimmungen der Landesenteignungsgesetze ausschließt. Die Planfeststellung nach dem Bundesbahngesetz wiederholt nicht die Bestimmungen des PrEG, sondern bestimmt in § 36 Abs. 1 S. 2: „Die Planfeststellung umfaßt die Entscheidung über alle von der Planfeststellung berührten Interessen.“ Die Interessen des Bergbautreibenden, dessen Grundstück enteignet werden soll, werden insofern von der Planfeststellung berührt, als es für ihn als unmittelbar Beteiligten sehr bedeutsam ist, daß ihm durch die Enteignung nicht mehr Nachteile als unbedingt erforderlich entstehen. Bringt er seinen Interessen entsprechende Anträge im Verfahren vor, so ist darüber zu entscheiden, und die Entscheidung kann positiv wie negativ ausfallen, d. h. seine Interessen berücksichtigen oder nicht. Wenn aber die Interessen des Bergbaus berücksichtigt werden, ohne daß deshalb von der Enteignung des dem Bergbautreibenden gehörenden Grundstücks abgesehen wird, so kann die Entscheidung auch dahin gehen, daß die Bundesbahn die Erklärung und Eintragungsbewilligung eines Bergschädenverzichts zu übernehmen hat. Somit kann also auch nach dem Bundesbahngesetz ein Bergschädenverzicht erreicht werden, ohne daß allerdings ein Anspruch darauf besteht.

17. Kapitel

Das Bundesfernstraßengesetz.

A) Das Bundesfernstraßengesetz vom 6. 8. 1953 (BGBl. S. 903) gehört zu den Gesetzen, denen im heutigen Enteignungsrecht eine besonders große Bedeutung zukommt; denn es dient der Beschaffung von Land für

¹⁴⁷⁾ Hausteин-Mayer § 37 Anm. 3

sämtliche Bundesfernstraßen, also die Autobahnen und die Bundesstraßen einschließlich der Ortsdurchfahrten (§ 1 Abs. II FStrG). Da gerade der Straßenbau in der deutschen Bundesrepublik in den letzten Jahren zahlreiche Grundstücke benötigte und noch weitere benötigen wird, auch im Ruhrgebiet, dem Zentrum des deutschen Bergbaus, viele Enteignungen für diesen Zweck durchgeführt worden sind und auch in den folgenden Jahren noch erforderlich sein werden — man denke an die Autobahnen Köln — Kamen — Bremen und Oberhausen — Holland oder den großzügigen Ausbau des Ruhrschnellweges —, wird auch der Bergbau durch das FStrG in hohem Maße betroffen. Da zudem an Straßen und besonders Autobahnen leicht größere und nur unter erheblichem Kostenaufwand zu beseitigende Bergschäden auftreten, ist es von Bedeutung zu ermitteln, wie der Ersparniswert in der Enteignung nach dem FStrG zu behandeln ist.

B) Zunächst ist festzustellen, ob für den Ersparniswert überhaupt eine Entschädigung geleistet wird. Eine Bestimmung über Art und Maß der Entschädigung ist im FStrG unmittelbar nicht getroffen. Der im Art. 14 GG begründeten Pflicht, Art und Ausmaß der Entschädigung zu regeln, ist der Gesetzgeber jedoch dadurch nachgekommen, daß er in § 19 Abs. V FStrG vorschrieb: „Im übrigen gelten die Enteignungsgesetze der Länder.“ Das bedeutet, daß Art und Maß der Enteignungsentschädigung den Landesenteignungsgesetzen zu entnehmen sind¹⁴⁸⁾.

Im Bereich des ehemaligen Landes Preußen kommt also das PrEG zur Anwendung, und nach § 8 dieses Gesetzes hat der Bergbautreibende bei der Enteignung eines seiner Grundstücke auch Anspruch auf Ersatz des Ersparniswertes.

C) Weiter ist hier die Frage zu prüfen, wie der Ersatz zu leisten ist.

I. Wie in jeder Enteignung, geht der Entschädigungsanspruch in erster Linie auf Geld. Der Bergbautreibende kann also verlangen, daß er für den Verlust des Ersparniswertes durch Zahlung einer Geldsumme entschädigt wird.

II. Wegen der dieser Lösung entgegenstehenden Berechnungsschwierigkeiten ist aber auch hier zu untersuchen, ob der Enteignete die Erklärung und Eintragung eines Bergschädenverzichts verlangen kann.

1) Einmal könnte ein solches Ergebnis durch Vertrag zwischen dem Enteignenden und dem Enteigneten, also dem Träger der Straßenbaulast (§ 19 Abs. I FStrG) und dem Bergbautreibenden, erreicht werden, falls eine solche Einigung zulässig ist. Eine Bestimmung, nach der das zum Straßenbau vorgesehene Gelände nicht mit Rechten Dritter belastet sein darf, findet sich im FStrG nicht; es gibt im Gegenteil Vorschriften, aus denen hervorgeht, daß das Straßenland keineswegs im unbeschränkten Eigentum des Straßenbaulastträgers stehen muß. Nach § 2 Abs. II FStrG

¹⁴⁸⁾ Marshall S. 245, Kodai-Gudat S. 52

kann z. B. eine Widmung auch dann erfolgen, wenn ein Dritter Eigentümer des Straßenlandes ist; dieser muß lediglich der Widmung zugestimmt haben. Wenn es aber möglich ist, daß eine Bundesstraße über Dritten gehörende Grundstücke läuft, dann muß es ebenso zulässig sein, daß an dem Straßenland beschränkte dingliche Rechte Dritter bestehen, wenn diese Rechte die Benutzung und Unterhaltung der Straße nicht erschweren. Diese Ausnahme besteht aber nicht bei einer Dienstbarkeit, die einen Bergschädenverzicht zum Inhalt hat; denn dadurch fallen dem Straßenbaulastträger lediglich Kosten zur Last, die er sonst von dem Bergbautreibenden hätte verlangen können. Diese Erhöhung der für die Unterhaltung der Straße erforderlichen Beträge sind aber keine echte praktische Belastung: Wäre der Bergschädenverzicht nicht erklärt worden, hätte der Straßenbaulastträger dem Bergbautreibenden genau denselben Betrag als Entschädigung für die Verlust des Ersparniswertes zahlen müssen, den er später für Bergschäden verlangen könnte; wirtschaftlich besteht also für den Enteigner, wenigstens zu seinen Ungunsten, kein Unterschied, ob er den Bergschädenverzicht erklärt oder nicht. Da demnach auf dem Straßenland ein Bergschädenverzicht lasten kann, ohne daß der Enteignungszweck dadurch berührt würde, ist eine derartige Vereinbarung zulässig.

2) Schließlich ist noch zu erwägen, ob der Bergschädenverzicht durch den Enteignungsbeschluß angeordnet werden kann. Voraussetzung dafür ist, daß das FStrG eine § 21 PrEG ähnliche Bestimmung enthielte oder diese Vorschrift selbst anwendbar wäre.

a) Eine § 21 entsprechende Vorschrift, daß in dem Planfeststellungsbeschluß Art und Umfang der aufzuerlegenden Beschränkungen festzustellen wäre, findet sich im FStrG nicht. Die einzigen Auflagen, die nach § 17 Abs. IV dem Träger der Straßenbaulast gemacht werden können, beziehen sich auf die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen, die für das öffentliche Wohl oder zur Sicherung der benachbarten Grundstücke gegen Gefahren und Nachteile notwendig sind. Da keine andere Vorschrift Auflagen für den Enteigner betrifft, ist durch die genaue Festlegung der zulässigen Auflagen der Planfeststellungsbehörde die Möglichkeit genommen, dem Träger der Straßenbaulast einen Bergschädenverzicht aufzuerlegen. Ein solches Ziel kann auch nicht durch Einwendungen gegen den Plan und den darüber entscheidenden Beschluß erreicht werden, § 18 Abs. III u. IV, weil begründete Einwendungen sich nur gegen den Plan selbst richten können, aber nicht die Verhütung infolge der Enteignung entstehender Schäden betreffen.

b) Auch § 21 PrEG kann hier nicht angewandt werden. Das Planfeststellungsverfahren nach den §§ 17 f FStrG regelt das Verfahren beim Bau von Bundesfernstraßen erschöpfend; denn ein aufgrund der §§ 17 ffStrG

festgestellter Plan entspricht dem nach § 21 PrEG¹⁴⁹). Die Vorschriften dieses Paragraphen neben denen des FStrG anzuwenden, soweit nicht entsprechende Bestimmungen in diesem vorhanden sind, ist schon deshalb unzulässig. Im übrigen ist das FStrG ein Bundes- und dazu Spezialgesetz, das die Geltung des PrEG für die Enteignung zur Beschaffung von Gelände für Bundesfernstraßen aufhebt.

Ein Bergschädenverzicht kann also in der Enteignung nach dem FStrG nicht im Planfeststellungsbeschluß dem Enteigner auferlegt werden.

18. Kapitel

Landbeschaffungs-, Schutzbereichs- und Kriegsfolgengesetz.

A) Das Gesetz über die Landbeschaffung für Aufgaben der Verteidigung vom 23. 2. 1957 (BGBl. S. 134) lehnt sich in seinen Entschädigungsvorschriften zum Teil an die des Baulandbeschaffungsgesetzes an.

1. Zunächst soll entsprechend dem bisherigen Vorgehen geprüft werden, ob der Ersparniswert überhaupt bei einer Enteignung nach dem LBG zu ersetzen ist.

1) Gemäß § 18 Abs. 1 LBG bemißt sich die Entschädigung für den durch die Enteignung eintretenden Rechtsverlust nach dem gemeinen Wert des enteigneten Grundstücks. Der Begriff des gemeinen Wertes ist hier genau so zu fassen wie nach dem BLBG und bedeutet den im gewöhnlichen Geschäftsverkehr zu erzielenden Preis¹⁵⁰). Mit dem gemeinen Wert findet der Ersparniswert im Regelfall aber keine Abgeltung; sein Ersatz kann also nicht nach § 18 Abs. 1 LBG verlangt werden.

2) Ein Ersatzanspruch für Enteignungsschäden kann aber auch auf § 19 gestützt werden. Diese Vorschrift lautet in den hier bedeutungsvollen Teilen:

„Wegen anderer durch die Enteignung eintretender Vermögensnachteile sind die Entschädigungen unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten festzusetzen, insbesondere für

1. den vorübergehenden oder dauernden Verlust, den der von der Enteignung Betroffene in seinem Erwerb erleidet, jedoch nur bis zu dem Betrag des Aufwandes, der erforderlich ist, um ein anderes Grundstück in der gleichen Weise wie das zu enteignende Grundstück zu nutzen oder zu gebrauchen.“

¹⁴⁹) Marshall S. 227

¹⁵⁰) Bauch-Schmidt § 18 LBG Anm. 2

Da ebenso wie bei der entsprechenden Vorschrift des BLBG nach § 19 auch ein subjektiver Schaden bei der Enteignung berücksichtigt wird, und zwar grundsätzlich, da die Ziffern 1 und 2 des § 19 nur Beispiele für die möglichen Fälle subjektiven Schadens sind¹⁵¹⁾, es sich ferner bei dem Verlust des Ersparniswertes um einen dauernden Erwerbsnachteil handelt, ist entsprechend den Ausführungen in Kapitel 15 unter A II der Ersparniswert auch in der Enteignung nach dem LBG grundsätzlich zu ersetzen.

II. 1) Bei der Frage nach der Art der zu leistenden Entschädigung ist zunächst an einen Geldersatz zu denken. Die Entschädigung ist nach § 21 LBG in Geld festzusetzen, wenn nicht die Entschädigung in Land oder als Naturalwertrente gewährt wird. Damit steht fest, daß der Bergbautreibende Zahlung einer Geldsumme als Ersatz für den Verlust des Ersparniswertes verlangen kann.

2) Weiter könnte eine Gewährung von Ersatzland in Frage kommen. Aber abgesehen davon, daß ein Gelände mit einem gleichwertigen Ersparniswert selten zur Verfügung stehen wird, werden die Voraussetzungen für einen Ersatz in Land nie vorliegen. Ersatzland wird z. B. — und dieses Beispiel ist das einzige, das evtl. auf den Bergbautreibenden Anwendung finden könnte — gemäß § 22 Abs. I LBG dann gewährt, wenn der Eigentümer des zu enteignenden Grundstücks zur Aufrechterhaltung seines persönlich bewirtschafteten Betriebes oder zur Erfüllung der ihm wesensgemäß obliegenden Aufgaben auf Ersatzland angewiesen ist. Da der Fall, daß eine Bergwerksgesellschaft zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes auf Ersatzland für ein Grundstück angewiesen ist, das sie bisher zur Einsparung von Bergschädenansprüchen benutzte, nicht einmal theoretisch vorstellbar ist, kann der Bergbautreibende niemals Entschädigung in Land verlangen und damit den Ersparniswert — wenngleich an einem anderen Grundstück — behalten.

3) Schließlich bleibt noch die Frage, ob der Bergbautreibende zu einem Bergschädenverzicht gelangen kann.

a) Zunächst einmal kann der Bergschädenverzicht zwischen den Beteiligten vereinbart werden; eine entgegenstehende Bestimmung gibt es nicht im LBG. Im Gegenteil läßt § 20 Abs. I erkennen, daß an dem nach dem LBG enteigneten Gelände durchaus Rechte Dritter bestehen können; denn nach dieser Vorschrift entscheidet die Enteignungsbehörde, ob an dem Grundstück bestehende dingliche Rechte aufgehoben werden. Wenn aber eine solche Entscheidung notwendig ist, dann folgt daraus, daß derartige Rechte auch bestehen bleiben können, und wenn überhaupt private Lasten auf einem nach dem LBG enteigneten Grundstück ruhen dürfen, dann ist

¹⁵¹⁾ Bauch-Schmidt § LBG Anm. 2

es auch zulässig, neue durch Vertrag zu vereinbaren, und demnach kann auf diesem Wege auch eine Einigung über Erklärung und Eintragung eines Bergschädenverzichtes erfolgen.

b) Sodann ist zu überlegen, ob dem Enteigner durch Beschluß ein Bergschädenverzicht zur Auflage gemacht werden kann. Das LBG hat das Planfeststellungsverfahren bis in die Details hinein festgelegt und insbesondere in § 47 genau bestimmt, welchen Inhalt ein Enteignungsbeschluß haben kann bzw. muß. Grundlage für die Auferlegung eines Bergschädenverzichtes könnte jedoch allein § 47 Abs. III Nr. 3 sein. Danach muß der Beschluß die Entscheidung über die gegen den Plan erhobenen Einwendungen sowie die Anträge der Beteiligten nach § 26 enthalten. Die Einwendungen können nur gegen den Plan selbst erhoben werden, nicht aber einen Bergschädenverzicht mit Erfolgsaussicht beantragen. Die Anträge, die nach § 26 gestellt werden können, betreffen die Enteignungsfolgen. Was das Gesetz darunter versteht, hat es in den §§ 4 bis 6 näher ausgeführt. In diesen Vorschriften findet sich aber nichts, was die Auffassung stützen könnte, das LBG wolle zukünftige Schäden des enteigneten Grundeigentümers als solche Enteignungsfolgen betrachten. Demnach bietet das Gesetz keine geeignete Grundlage, die es gestattet, dem Enteigner eine Beschränkung, insbesondere einen Bergschädenverzicht zur Auflage zu machen.

B) Das Gesetz zur Beschränkung von Grundeigentum für die militärische Verteidigung vom 7. 12 1956 (BGBl. S. 899), das sog. Schutzbereichsgesetz, läßt keine Enteignung in Gestalt einer Entziehung von Grundeigentum oder der Beschränkung von Nutzungsrechten am Grund und Boden zu. Da aber das Eigentum oder ein Nutzungsrecht die notwendige Voraussetzung für die Errichtung von Bauten und Anlagen sind, wird die Frage der Behandlung des Ersparniswertes durch das Schutzbereichsgesetz nicht aufgeworfen.

C) Das Gesetz zur allgemeinen Regelung durch den Krieg und den Zusammenbruch des Deutschen Reiches entstandener Schäden vom 5. 11. 1957 (BGBl. S. 1747), Allgemeines Kriegsfolgengesetz (AKG) genannt, gibt in § 21 Abs I dem Anspruchsschuldner, z. B. dem Bund, das Recht, unter bestimmten Voraussetzungen einen Antrag auf Enteignung von Grundstücken zu stellen. Gemäß § 21 Abs. II gelten für die Enteignung sinngemäß folgende Vorschriften des LBG: §§ 12-14, 17-21, 23-29, 31-37, 43-54, 56, 58-62, 67, 68, 71 und 73-74¹⁵²⁾. Da sich unter den genannten Vorschriften diejenigen befinden, die sich auf die Höhe der Entschädigung (§§ 18-19), die Art des zu leistenden Ersatzes mit Ausnahme der für den Ersatz in Land (§ 21) sowie auf den Inhalt des Enteignungsbeschlusses (§ 47) beziehen, ist der Ersparniswert in der Enteignung nach dem AKG genau so zu behandeln wie in der Enteignung nach dem LBG, so daß auf die Ausführungen in diesem Kapitel unter A) verwiesen werden kann.

152) Féaux de la Croix § 22 Anm. C 1

Das Bundesbaugesetz.

Am 29. 1. 1960 wurde im Bundesgesetzblatt ein Gesetz verkündet, dessen Bedeutung wohl erst in einigen Jahren richtig gewürdigt werden kann: Das Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341). Es bringt eine Neuordnung des Bau- und Bodenrechts und läßt deshalb eine Reihe von Gesetzen außer Kraft treten, so die Verordnung (§ 186 Abs. 1 Nr. 1), das Baulandbeschaffungsgesetz (§ 186 Abs. 1 Nr. 20) und das Baufluchtliniengesetz (§ 186 Abs. 1 Nr. 21). Es wird deshalb von Interesse sein festzustellen, wie der Ersparniswert in der Enteignung nach dem Bundesbaugesetz zu behandeln ist.

A) Der Anspruch auf Ersatz des Ersparniswertes bei der Entziehung des Eigentums an einem dem Bergbautreibenden gehörenden Grundstück kann sich nicht auf § 95 BBauG gründen, da diese Vorschrift nur den Verkehrswert berücksichtigt. Entsprechend § 11 BLBG (vgl. S. 65) regelt aber § 96 BBauG die Entschädigung für andere Vermögensnachteile:

„(1) Wegen anderer durch die Enteignung eintretender Vermögensnachteile ist eine Entschädigung nur zu gewähren, wenn und soweit diese Vermögensnachteile nicht bei der Bemessung der Entschädigung für den Rechtsverlust berücksichtigt sind. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten festzusetzen, insbesondere für

1. den vorübergehenden oder dauernden Verlust, den der bisherige Eigentümer in seiner Berufstätigkeit, seiner Erwerbstätigkeit oder in Erfüllung der ihm wesensmäßig obliegenden Aufgaben erleidet, jedoch nur bis zu dem Betrage des Aufwandes, der erforderlich ist, um ein anderes Grundstück in der gleichen Weise wie das zu enteignende Grundstück zu nutzen;

2.“

Inhaltlich, wenn auch nicht wörtlich, stimmt § 96 BBauG in der Ziffer 1 des ersten Absatzes mit § 10 Buchstabe a BLBG überein. Entsprechend den Ausführungen auf Seite 66 ist also der Verlust des Ersparniswertes ein dauernder Verlust, den der Bergbautreibende bei seiner Erwerbstätigkeit erleidet; weiterhin ist es auch möglich, daß der Ersparniswert mit der Entschädigung für den Rechtsverlust, also den Verkehrswert, nicht abgegolten ist (vgl. S. 66). Ferner geht dem Bergbautreibenden durch die Enteignung auch noch etwas anderes verloren als nur das Eigentum und sein objektiver Wert, nämlich der subjektive Ersparniswert. Demnach ist dieser nach § 96 BBauG grundsätzlich zu ersetzen, unter Umständen allerdings nur in Höhe des Aufwandes, mit dem der Bergbautreibende sich an einem

vergleichbaren Grundstück einen Bergschädenverzicht bestellen lassen kann (vgl. S. 66). Die Formel „Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten festzusetzen“ steht dem Ersatz des Ersparniswertes nicht entgegen, wie bereits auf S. 48 festgestellt worden ist.

B) Ist also grundsätzlich der Bergbautreibende für den Verlust des Ersparniswertes, soweit er über den Verkehrswert hinausgeht, zu entschädigen, so erhebt sich nunmehr die Frage nach der Art des Ersatzes.

I) Zunächst kommt die einmalige Zahlung einer Geldsumme in Betracht (§ 99 Abs. 1 S. 2 BBauG).

II) Daneben kann auf Antrag des Bergbautreibenden dem Enteigner die Leistung jährlicher Zahlungen — soweit es den Beteiligten zumutbar ist — auferlegt werden (§ 99 Abs. 1 S. 2).

III) Unter Umständen kann der Bergbautreibende auch Ersatz in Land verlangen (§ 100).

IV) Eine Entschädigung durch Gewährung einer einen Bergschädenverzicht beinhaltenden Grunddienstbarkeit ist auch im Bundesbaugesetz nicht vorgesehen; § 101 läßt — wie § 15 Abs. 1 BLBG — nur Ersatz durch bestimmte dingliche Rechte zu.

V) Der Bergbautreibende wird auch in der Enteignung nach Bundesbaugesetz versuchen, durch Vertrag mit dem Begünstigten zu einem Bergschädenverzicht zu gelangen. Im übrigen könnte auch der Enteignungsbeschluß nach § 113 Abs. II Ziffer 7 dem Bergbautreibenden zu dem Verzicht verhelfen, wie auf S. 68 ausgeführt wurde.

C) Weiter soll noch kurz darauf hingewiesen werden, daß bei der Enteignung eines Grundstücks, das mit einem Bergschädenverzicht belastet ist, gemäß § 97 das Recht des Bergbautreibenden aufrechterhalten werden kann.

D) Zusammenfassend ist festzustellen, daß auch das Bundesbaugesetz ebenso wie das Baulandbeschaffungsgesetz grundsätzlich den Ersatz des Ersparniswertes zuläßt.

. III. Teil

Das Ergebnis und seine Konsequenzen.

20. Kapitel

Verbesserungen des gegenwärtigen Rechtszustandes de lege ferenda?

A) Im Verlaufe der Untersuchungen im II. Teil wurden zahlreiche Gesetze überprüft. Zwar konnten nicht alle Gesetze und Verordnungen, die sich auf die Enteignung beziehen, einer Betrachtung unterzogen werden,

aber es wurde doch die Behandlung des Ersparniswertes in der Enteignung nach den meisten einschlägigen Gesetzen erörtert, die im Bereich des ehemaligen Landes Preußen, soweit er von den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland umfaßt wird, entweder heute noch von erheblicher Bedeutung sind oder ein bezeichnendes Licht auf die geschichtliche Entwicklung des Entschädigungsbegriffes werfen. Dabei dürfte es in der letztgenannten Beziehung besonders interessant und für die Handhabung der Entschädigung im Geltungsbereich des Grundgesetzes wegweisend gewesen sein festzustellen, daß selbst die Gesetze einer so einseitig auf die Berücksichtigung des öffentlichen Interesses gerichteten Staatsform wie die des Dritten Reiches teilweise vollständige Entschädigung gewährten. Als Beispiele seien neben dem bereits besprochenen Energiewirtschaftsgesetz das Reichsluftschutzgesetz vom 26. 6. 1935 und die Verordnung über Enteignungen für Zwecke der Reichswasserstraßen vom 18. 3. 1935 genannt¹⁵³⁾. Deshalb wurden die Ergebnisse über die Behandlung des Ersparniswertes nirgends durch die Wandlungen des Staatsbegriffes berührt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß aufgrund des gegenwärtigen Rechtszustandes

- I. nach allen Gesetzen der Ersparniswert als ein subjektiver Ertragswert zu ersetzen ist,
- II. daß als Art des Ersatzes in jedem Falle eine Geldsumme verlangt oder ein Bergschädenverzicht vereinbart werden kann,
- III. nach den meisten einschlägigen Gesetzen zur Verhütung von Enteignungsschäden dem Enteigner seitens der Enteignungsbehörde ein Verzicht auf Bergschadenersatz auferlegt werden kann.

Negativ war dagegen das Ergebnis der Untersuchung, ob ein Bergschädenverzicht als Entschädigung gefordert und ebenso wie der Anspruch auf Geldentschädigung im ordentlichen Rechtsweg durchgesetzt werden könne. Ebenso wenig besteht auch ein erzwingbarer Anspruch auf die Auferlegung des Bergschädenverzichts durch die Enteignungsbehörde zur Verhütung von Schäden.

B) I. Diese Tatsache gibt nun Veranlassung zu überlegen, ob an diesem negativen Teil des Ergebnisses zweckmäßigerweise etwas durch Veränderung bzw. Ergänzung der bestehenden Gesetze zu verbessern sei. Das könnte dadurch erreicht werden, daß in alle bestehenden Gesetze etwa in den die Art der Entschädigung betreffenden Paragraphen ein neuer Satz oder Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt würde:

„Ist ein Grundstück Gegenstand der Enteignung, dessen Eigentümer ein Bergbautreibender ist, so kann auf Antrag die Entschädigung teilweise oder ganz derart bestimmt werden, daß der durch die Ent-

¹⁵³⁾ zu Diester S. 46; Giese S. 14 u. 15

eignung Begünstigte auf alle Bergschädenansprüche gegenüber dem Enteigneten verzichtet und zugleich die Sicherung dieser Erklärung durch Eintragung in das Grundbuch bewirkt.“

Mit einer solchen Gesetzesänderung würde jedoch ein neuer Grundsatz in das Entschädigungsrecht gebracht, daß nämlich die Entschädigung durch Einräumung eines dinglichen Rechtes an dem enteigneten Grundstück bewirkt werden könne. Dieser Grundsatz ist zwar im BLBG bereits verwirklicht worden, zöge aber doch weitreichende Folgen und Veränderungen für das geltende Recht nach sich. Es muß also sehr genau geprüft werden, ob die Frage des Bergschädenverzichts unbedingt den Anstoß zu derart weitreichenden Umwälzungen geben muß, ob es also notwendig ist, dem Bergbautreibenden den Anspruch auf Erklärung eines Bergschädenverzichts zu geben.

II. Es gibt in jedem Falle die Möglichkeit, einen Bergschädenverzicht vertraglich zu vereinbaren. Vorausgesetzt nun, daß der Ersatz des Ersparniswertes in Geld allgemein anerkannt und diese Tatsache durch ein BGH-Urteil bestätigt wäre, müßte sich bei den enteigneten Bergbautreibenden und den Enteignern rasch die Erkenntnis durchsetzen, wieviel vorteilhafter für beide Seiten der Bergschädenverzicht gegenüber der Kapitalzahlung ist. Das wird dann allgemein dazu führen, daß es — ähnlich wie die gesamte Entschädigungsfrage zwischen der Industrie und den enteignenden Unternehmen heute fast stets im Wege der gütlichen Einigung geregelt wird — in den meisten Fällen zur Vereinbarung über den Bergschädenverzicht kommt. So würde eine gesetzliche Bestimmung dann durch die Praxis überflüssig gemacht werden, und es scheint demnach nicht notwendig, ein Gesetzgebungsverfahren herbeizuführen. Viel bedeutsamer ist die Anerkennung des Ersparniswertes durch ein grundsätzliches Gerichtsurteil. Das Gesetz gibt nach den Feststellungen des II. Teils die Möglichkeit dazu.

21. Kapitel

Folgerungen aus der Untersuchung für die Praxis.

A) Es läßt sich nicht verkennen, daß im Augenblick die Rechtsprechung noch nicht mit den gesetzlichen Vorschriften in Einklang steht.

I. Was die grundsätzliche Behandlung des Ersparniswertes betrifft, so liegt bisher keine Entscheidung vor, die seine Berücksichtigung bei der Entschädigung ablehnt, wohingegen positiv das LG Essen¹⁵⁴⁾ sich für seine Anerkennung ausgesprochen hat und die beiden Reichsgerichtsurteile von

¹⁵⁴⁾ JW 30, 3787

1904 und 1914¹⁵⁵⁾ den Schluß zulassen, daß das höchste deutsche Gericht der Auffassung war, grundsätzlich müsse der Ersparniswert ersetzt werden. Immerhin fehlt es bisher an einer eindeutigen und ausdrücklichen höchst-richterlichen Entscheidung.

II. Hingegen hat das Reichsgericht in den bereits zitierten Urteilen und ihm folgend der Regierungspräsident in Arnsberg¹⁵⁶⁾ mit aller Deutlichkeit den Ersatz des Ersparniswertes in der Enteignung zugunsten öffentlicher Verkehrsanstalten abgelehnt. Da diese Auffassung jedoch weder logisch noch verfassungsrechtlich haltbar ist, werden die Gerichte eines Tages von dieser Meinung bezüglich der öffentlichen Verkehrsanstalten abrücken, zumal unter den gegenüber damals neuen verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten.

B) Da jedoch die Erfahrung lehrt, daß es außerordentlich schwer ist, aus den Geleisen einer eingefahrenen Rechtsprechung zu neuen Gedankengängen zu gelangen, liegt die Frage nahe, was ein Bergbautreibender unternehmen kann, um bis zu dem Tage, da der BGH zu einer anderen Auffassung als das Reichsgericht kommt, nicht allzu große Substanzverluste dadurch erleiden zu müssen, daß er bei jeder Enteignung durch die Autobahn, die Bundesbahn und ähnliche Unternehmen ohne jede Entschädigung für den Ersparniswert hohen Bergschädenansprüchen ausgesetzt ist.

I. Wecks¹⁵⁷⁾ schlägt als Lösung vor, der Bergbau solle seine eigenen Grundstücke mit dinglich gesicherten Bergschädenverzichtn belegen. Selbst wenn ein solcher Verzicht von der Enteignung erfaßt und ausgelöscht würde, könne der Grundeigentümer dann Entschädigung für das verlorene dingliche Recht - z. B. in der Enteignung nach dem PrEG nach § 11 PrEG - verlangen. Dieser Gedanke ist so reizvoll, daß er eine kurze Betrachtung rechtfertigt.

1) Voraussetzung für die Verwirklichung von Wecks Vorschlag ist, daß der Bergbautreibende einen Bergschädenverzicht auf seinem eigenen Grundstück eintragen lassen kann. Daß ein Bergschädenverzicht als Grunddienstbarkeit eingetragen werden kann, wurde bereits im 1. Kapitel festgestellt. Eine Grunddienstbarkeit kann auch zugunsten eines anderen eigenen Grundstücks eingetragen werden¹⁵⁸⁾, und demnach auch zugunsten eines eigenen grundstücksgleichen Rechts¹⁵⁹⁾. Da zu diesen grundstücksgleichen Rechten auch ein Bergwerkseigentum zählt¹⁶⁰⁾, kann der Bergbautreibende also auf seinem eigenen Grundstück einen Bergschädenverzicht zugunsten seines Bergwerkseigentums eintragen lassen.

¹⁵⁵⁾ RGZ 58, 157 und 84, 254

¹⁵⁶⁾ Beschluß vom 18. 2. 1956

¹⁵⁷⁾ „Glückauf“ 1943, 463

¹⁵⁸⁾ RGZ 142, 234; Palandt Vorbem. 2 b vor § 1018 BGB; Wolff S. 442

¹⁵⁹⁾ Palandt § 1018 Anm. 2; Wolff S. 443

¹⁶⁰⁾ § 50 Abs. II ABG; KG DR 1940, 1781;

2) Was wird nun im Falle einer Enteignung etwa nach dem PrEG aus einem solchen Bergschädenverzicht? Nach § 45 dieses Gesetzes wird ein enteignetes Grundstück von allen darauf haftenden privat-rechtlichen Verpflichtungen frei, soweit sie nicht vom Unternehmer durch Vertrag übernommen sind. Der Bergschädenverzicht ist eine solche privat-rechtliche Verpflichtung — die von einer Privatperson gegenüber einer anderen bzw. dem Eigentümer eines anderen Grundstückes übernommene Verpflichtung, keine Bergschädenansprüche geltend zu machen — und geht deshalb mangels entgegenstehender Abrede unter¹⁶¹⁾.

II. Sind folglich die Voraussetzungen dafür gegeben, Wecks' Vorschlag zu verwirklichen, so ist weiter zu prüfen, wie die Entschädigung für den auf dem eigenen Grundstück lastenden Bergschädenverzicht zu leisten wäre.

1) Auszugehen ist dabei von dem Normalfall, nämlich der Entschädigung für den auf einem fremden Grundstück ruhenden Bergschädenverzicht. Bei diesem Sachverhalt ist der Bergbautreibende als Inhaber der Grunddienstbarkeit gemäß § 11 PrEG gesondert zu entschädigen, soweit der Wert seines Rechts nicht bereits in der dem Grundeigentümer zustehenden Entschädigung enthalten ist (dann kann der Bergbautreibende den Wert der Dienstbarkeit von dem Eigentümer fordern), was allerdings gerade bei Grunddienstbarkeiten, z. B. Wegerechten, selten der Fall sein wird¹⁶²⁾. Deshalb ist für den auf dem fremden Grundstück lastenden Verzicht meistens gesonderte Entschädigung zu leisten¹⁶³⁾.

2) Das bedeutet freilich noch nicht, daß dasselbe für den auf dem eigenen Grundstück ruhenden Verzicht gelten müßte. In Wirklichkeit ist allerdings der Bergschädenverzicht nicht zugunsten des Bergbautreibenden, sondern zugunsten des Bergwerkseigentums als eines grundstücksgleichen Rechts eingetragen. Es ist die Frage also dahin zu stellen, ob der Enteignete auch den Schaden ersetzt bekommt, der dem herrschenden, in seinem Eigentum befindlichen Grundstück dadurch entsteht, daß das dienende, ebenfalls ihm gehörende Grundstück enteignet wird. Wecks¹⁶⁴⁾ bejaht diese Frage, weil er meint, daß es rechtlich keinen Unterschied macht, wo das Servitut ruht. Der Optimismus, mit dem er glaubt, die Gerichte würden seiner Ansicht folgen, scheint allerdings nicht berechtigt. Entweder erkennt die Rechtsprechung an, daß der Ersparniswert grundsätzlich und auch in der Enteignung zugunsten öffentlicher Verkehrsanstalten zu ersetzen ist — dann bedarf es ohnehin nicht der Belastung eigener Grundstücke mit dem Bergschädenverzicht. Oder die Gerichte halten sich weiter an die alten Urteile des Reichsgerichts mit der angegebenen Begründung — dann ist es auch nicht recht einzusehen, warum sie den Ersparniswert anerkennen sollten, nur weil er (in Gestalt des Bergschädenverzichts) im

¹⁶¹⁾ Barbrock S. 82; a. A. Heinemann S. 114 ff u. „Glückauf“ 1941, 401

¹⁶²⁾ Hopf § 11 Anm. 1; Koffka Anm. 5; Eger Bd. I S. 401 f

¹⁶³⁾ Barbrock S. 87 ff

¹⁶⁴⁾ a. a. O.

Grundbuch eingetragen worden ist. Ob besondere werterhöhende Umstände im Grundbuch eingetragen sind, kann für den Ersatz dieses Wertes nicht ausschlaggebend sein. Schließlich würde auch das Argument des Reichsgerichts¹⁶⁵⁾, wenn nun einmal nach den besonderen berggesetzlichen Normen der Bergbau hinter den Verkehrsanstalten zurückstehen müsse und ihm nur ausnahmsweise ein Schadensersatzanspruch gegen jene zustehe, so sei damit eine Forderung auf Ersatz des Ersparniswertes unter dem Gesichtspunkt der Enteignung unverträglich, durch die Eintragung eines Bergschädenverzichts nicht ausgeräumt. Ein dem Reichsgericht folgendes Urteil würde die gleiche Unverträglichkeit entdecken, wenn der Bergbautreibende in der Enteignung aufgrund der Grundbucheintragung das bekommt, was ihm das Gesetz angeblich abspricht.

C) Unter Berücksichtigung dieser Umstände scheint es sehr zweifelhaft, ob Wecks Vorschlag das geeignete Mittel ist, einen Ersatz für ein der alten reichsgerichtlichen Rechtsprechung entgegengesetztes Urteil zu finden. Auch wenn man diesen Plan verwirklicht, bleibt die bisherige Rechtsunsicherheit bestehen, die sich einmal aus den Urteilen betr. öffentliche Verkehrsanstalten, zum anderen aus den guten Gründen gegen diese Rechtsprechung und drittens aus dem Fehlen einer höchstrichterlichen Entscheidung, ob der Ersparniswert denn überhaupt zu ersetzen sei, ergeben hat. Bis endlich einmal ein solches Urteil ergeht, wird es bei dem jetzigen Rechtszustand bleiben, den Niemeyer¹⁶⁶⁾ schon 1930 beschrieb: Die Parteien weichen wegen der Unklarheit über den Ausgang etwaiger Prozesse in außergerichtliche Vergleiche aus, bei denen dann die Lösung ebenso von dem Verhandlungsgeschick und der Stärke der beiderseitigen Positionen wie von rechtlichen Erwägungen abhängt, jedenfalls aber eine Rechtsfortbildung unmöglich ist.

¹⁶⁵⁾ RGZ S 58, S 47

¹⁶⁶⁾ JW 30, 3787

LEBENS LAUF

Am 3. 3. 1931 wurde ich zu Castrop-Rauxel als Sohn des Industriekaufmanns Peter Klein und seiner Ehefrau Elise geb. Heckmann geboren. Ich bin deutscher Staatsangehöriger. Nach dem Besuch des humanistischen Landfermann-Gymnasiums zu Duisburg bestand ich dort am 11. 3. 1952 die Reifeprüfung. Anschließend studierte ich Rechtswissenschaft, und zwar zwei Semester in Heidelberg und fünf in Bonn. Nach der ersten juristischen Staatsprüfung am 29. 2. 1956 in Düsseldorf hörte ich zwei Semester Vorlesungen an der Universität Münster. Am 29. 1. 1960 bestand ich vor dem Landesjustizprüfungsamt in Düsseldorf die zweite juristische Staatsprüfung.

